



universität  
wien

# Magisterarbeit

Titel der Magisterarbeit

## Das „Demokratie-Experiment“: Gegenöffentlichkeit in Form von Bürgerinitiativen.

Analyse der Organisation, Struktur und Kommunikation anhand der  
Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“.

Verfasserin:

**Bakk. Phil. Julia Musahl (0609377)**

angestrebter akademischer Grad

**Magister der Philosophie**

Wien, im Juli 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 641

Studienrichtung lt. Studienblatt: Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

Betreuer: Univ. – Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch

## **Eidesstattlich Erklärung**

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, Juli 2011

Julia Musahl

## **Danksagung**

An dieser Stelle möchte ich mich für die Unterstützung in jeglicher Hinsicht, während meines Studiums und vor allem in der Entstehungszeit meiner Magisterarbeit, ganz herzlich bei euch bedanken:

- bei Thanni für die Inspiration zum Thema sowie für jegliche offenen Ohren und ausgebreitete Arme.
- bei meinem Betreuer Herr Prof. Wolfgang Duchkowitsch für Illmitz und andere großartige Hilfestellungen. Vielen Dank!
- bei Herr Gangolf Stocker für sein Engagement, seine Unterstützung und sein Wissen.
- bei allen (Chef-) Redakteuren, die mir den Zugang zu den benötigten Zeitungen / Magazinen so einfach und unkompliziert ermöglicht haben.
- bei meiner Mutter für ihre Worte ganz nach dem Motte „Da mach ich mir überhaupt keine Sorgen.“
- bei meinem Vater für Tipps und Tricks zu jeder Lebenssituation.
- bei meinen Leidensgenossinnen für alle hysterischen Lachkrämpfe, Schokolade für zwischendurch und abendliche Nicht-Diskussionen über die Magisterarbeit.

# Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	1
<b>1.1 Einführung in die Thematik</b> .....	1
<b>1.2 Forschungsinteresse</b> .....	3
<b>1.3 Aktueller Forschungsstand</b> .....	4
<b>1.4 Aufbau der Arbeit</b> .....	6
2. Forschungsfragen .....	8
3. Begriffsdefinitionen .....	9
<b>3.1 Demokratie</b> .....	9
3.1.1 Die Klassische Demokratietheorie .....	9
3.1.2 Die Moderne Demokratietheorie.....	10
<b>3.2 Politische Partizipation</b> .....	10
3.2.1 Das Instrumentelle Partizipationsverständnis .....	11
3.2.2 Das Normative Partizipationsverständnis .....	11
<b>3.3 Öffentlichkeit</b> .....	12
3.3.1 Politikwissenschaftliche Sicht.....	13
3.3.2 Kommunikationswissenschaftliche Sicht.....	13
<b>3.4 Gegenöffentlichkeit</b> .....	14
<b>3.5 Bürgerinitiativen</b> .....	16
<b>3.6 Stuttgart 21</b> .....	17
<b>3.7 Massenmedien</b> .....	18
<b>3.8 Stadtteilzeitungen</b> .....	19
4. Die Öffentlichkeit.....	21
<b>4.1 Politische Öffentlichkeit</b> .....	21
<b>4.2 Öffentlichkeit und (Massen-) Medien</b> .....	21
<b>4.3 Öffentliche Kommunikation</b> .....	22
<b>4.4 Die öffentliche Meinung</b> .....	22
<b>4.5 Das Spannungsverhältnis von Demokratie, Öffentlichkeit und Medien nach Jeffrey Wimmer (2007)</b> .....	24
5. Die Gegenöffentlichkeit .....	25
<b>5.1 Historischer Ursprung des Begriffes</b> .....	25
<b>5.2 Modelle und Funktionen der Gegenöffentlichkeit</b> .....	25
<b>5.3 Die Dimensionen von Gegenöffentlichkeit</b> .....	27
<b>5.4 Institutionen von Gegenöffentlichkeit</b> .....	27

<b>5.5</b>	<b>Das Verhältnis von Gegenöffentlichkeit und Massenmedien nach Jeffrey Wimmer (2007)</b> .....	<b>28</b>
<b>6.</b>	<b>Theorien zur Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit</b> .....	<b>31</b>
<b>6.1</b>	<b>Öffentlichkeit und Erfahrung nach Negt und Kluge (1974)</b> .....	<b>31</b>
<b>6.2</b>	<b>Habermas: „Strukturwandel der Öffentlichkeit“</b> .....	<b>31</b>
<b>6.3</b>	<b>Gerhards &amp; Neidhardt: „Öffentlichkeit als intermediäres System“</b> .....	<b>33</b>
<b>6.4</b>	<b>Horkheimer &amp; Adorno: „Die kritische Theorie“</b> .....	<b>34</b>
6.4.1	Der emanzipatorische Ansatz von Enzensberger (1970).....	34
6.4.2	Repressiver und Emanzipatorischer Mediengebrauch im Vergleich.....	35
<b>7.</b>	<b>Massenmedien und ihre Funktionen</b> .....	<b>37</b>
<b>7.1</b>	<b>Partizipatorischer Journalismus</b> .....	<b>38</b>
<b>7.2</b>	<b>Der anwaltschaftliche Journalismus und seine Aufgaben</b> .....	<b>40</b>
<b>7.3</b>	<b>Welche Verantwortung tragen die Massenmedien?</b> .....	<b>42</b>
<b>8.</b>	<b>Bürgerinitiativen</b> .....	<b>45</b>
<b>8.1</b>	<b>Partizipation und Formen von Beteiligung</b> .....	<b>45</b>
<b>8.2</b>	<b>Die Bürgergesellschaft</b> .....	<b>46</b>
<b>8.3</b>	<b>Entstehung der Bürgerinitiativen</b> .....	<b>47</b>
<b>8.4</b>	<b>Strukturen von Bürgerinitiativen</b> .....	<b>49</b>
8.4.1	Organisation.....	50
8.4.2	Strategien.....	51
8.4.3	Funktionen.....	52
8.4.4	Kommunikation.....	53
8.4.4.1	interne Kommunikation .....	53
8.4.4.2	externe Kommunikation.....	55
<b>8.5</b>	<b>Die Rechtsituation von Bürgerinitiativen</b> .....	<b>56</b>
<b>8.6</b>	<b>Die Zukunft der Bürgerinitiativen</b> .....	<b>56</b>
<b>9.</b>	<b>EXKURS: Das „Demokratie-Experiment“</b> .....	<b>58</b>
<b>9.1</b>	<b>Großprojekt Stuttgart 21</b> .....	<b>58</b>
<b>9.2</b>	<b>Schlichtungsrunde Stuttgart 21</b> .....	<b>60</b>
9.2.1	Die Mitglieder.....	60
9.2.2	Die Sitzungen .....	61
9.2.3	Die Ergebnisse.....	62
<b>9.3</b>	<b>Das „Demokratie -Experiment“ und seine Folgen</b> .....	<b>63</b>
<b>10.</b>	<b>Methodenwahl</b> .....	<b>65</b>
<b>10.1</b>	<b>Die qualitative Inhaltsanalyse</b> .....	<b>65</b>
<b>10.2</b>	<b>Das Experteninterview</b> .....	<b>67</b>

11.	Experteninterview mit Gangolf Stocker .....	70
11.1	Der Experte Gangolf Stocker .....	70
11.3	Die Durchführung des Experteninterviews.....	73
11.4	Die Transkription .....	73
11.5	Die Inhaltsanalyse des Experteninterviews: Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ .....	74
11.5.1	Entstehung .....	74
11.5.2	Organisation und Struktur.....	75
11.5.3	Kommunikation .....	76
11.5.3.1	Externe Kommunikation.....	76
11.5.3.2	Interne Kommunikation.....	77
11.5.4	Zukunft .....	78
12.	Empirische Erhebung.....	79
12.1	Untersuchungsdesign.....	79
12.2	Untersuchungsgegenstand .....	81
12.2.1	Süddeutsche Zeitung (SZ) .....	82
12.2.2	Stuttgarter Zeitung .....	82
12.2.3	LIFT – Das Stadtmagazin für Stuttgart und die Region .....	83
12.3	Untersuchungszeitraum .....	84
12.4	Untersuchungsdurchführung .....	84
12.4.1	Untersuchungsleitende Forschungsfragen .....	84
12.4.2	Kategorien.....	85
12.5	Ergebnisse.....	87
13.	Resümee .....	98
13.1	Forschungsablauf dieser Arbeit .....	98
13.2	Beantwortung der Forschungsfragen .....	99
13.3	Forschungsausblick .....	106
14.	Literaturverzeichnis .....	109
15.	Tabellenverzeichnis .....	116
16.	Anhang.....	117
16.1	Interviewleitfaden des Experteninterviews .....	117
16.2	Transkription des Experteninterviews .....	118
17.	Abstract.....	122
18.	Lebenslauf.....	124

# 1. Einleitung

## 1.1 Einführung in die Thematik

*„Es ist ein Experiment, es ist noch nie da gewesen. Was wir hier machen, ist Aufklärung im Sinne von Kant. Die öffentliche Debatte solle dafür sorgen, dass die interessierte Bevölkerung in der Lage ist, selbständig zu denken, sich aus der eigenen Unmündigkeit zu befreien“.*<sup>1</sup>

Stuttgart 21 – fast schon das Wort des Jahres 2010 könnte man meinen, so oft erschien es in den Medien, im Alltag und in der Politik. Was hinter diesem Wort steckt, wird hier kurz erläutert:

Vor ein paar Jahren wurde das Bahnprojekt Stuttgart 21 beschlossen. Dieses beinhaltet die Umbauung des jetzigen Kopfbahnhofes Stuttgart in einen unterirdischen Tunnelbahnhof. Der bisherige Hauptbahnhof Stuttgart soll anhand einem Budget von mehreren Milliarden Euro umgebaut werden. Die Befürworter dieses Projekts versprechen sich einen einzigartigen Bahnhof in der Landeshauptstadt von Baden-Württemberg sowie ein dementsprechendes Ansehen und den daraus resultierenden Profit. Projektgegner stellen sich gegen die (teilweise) Rodung des Stadtparks und der Milliarden, die für diesen neuen Bahnhof ausgegeben werden sollen. Es stehen sich zwei, vorerst nicht einig werden könnende, Parteien gegenüber. Heiner Geißler sollte an dieser Stelle eingreifen und als Schlichter agieren, um so die Parteien langsam aber sicher zueinander führen.

Seit dem 22.10.2010 versuchte Schlichter Geißler, als „Live-Anwalt“, die Gegner- und Befürworterseite des Projekts zusammen zu bringen. Dies wurde live im Fernsehen und Internet übertragen. So eine Art von medialer Schlichtung gab es in dieser Form bislang noch nicht. *„Gegner und Befürworter des Verkehrsprojekts Stuttgart 21 haben vor laufenden Kameras ihren Streit am Runden Tisch zu schlichten versucht - zunächst ohne greifbares Ergebnis. Manche Beobachter verklären den Gipfel gar als Demokratie-Experiment.“*<sup>2</sup> Auch von einem „Medien-Experiment“ ist die Rede und etwaige Einsetzungen dieser Schlichtungs-Art ist auch

---

<sup>1</sup> Zitat Heiner Geißler (2010):  
[www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,724636,00.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,724636,00.html)

<sup>2</sup> Sebastian Fischer (2010):  
[www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,724725,00.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,724725,00.html)

bei Diskussionen um Hartz 4 in Aussicht. Bis zum 26.11.2010 fand jeden Freitag ein öffentlicher, in den Medien ausgestrahlter, Gipfel statt. Man versuchte so eine Einigung im Fall Stuttgart 21 zu finden. Der Info Kanal Phoenix hat die Diskussionen live verfolgt und aufgezeichnet. Bei der Premiere dieser Live-Ausstrahlung am 22.10. dauerte die Schlichtungsrunde sieben Stunden.

Nun einmal abgesehen von den neuen medialen Ereignissen, wer steckt hinter diesen Parteien? Wer die Verantwortlichen für das Großprojekt Stuttgart 21 sind, darauf wird im Kapitel zu Stuttgart 21 noch genauer eingegangen. Doch wer steht auf der anderen Seite? An diesem Punkt wird erstmals das Phänomen Bürgerinitiative genannt. Die Bürgerinitiative zu dem konkreten Beispiel, welches in dieser Arbeit behandelt werden soll, nennt sich „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“. Diese Bürgerinitiative mit Sitz in Stuttgart wird in einem eigenen Kapitel noch näher beleuchtet, hier eine Kurzbeschreibung der Initiative selbst, verfasst von Gangolf Stocker:<sup>3</sup>

Leben in Stuttgart ist ein gemeinnütziger Verein. Seine Mitglieder sind fast alle auch aktiv in der Initiative "Leben in Stuttgart - Kein Stuttgart 21". Im Oktober 1999 kandidierten viele Mitglieder und InitiativlerInnen als Wählervereinigung "parteilos glücklich - Bürgerbeteiligung, Zukunftsbeständigkeit, Kein Stuttgart 21", bei den Kommunalwahlen 2004 und 2009 auf der Liste "S-Ö-S Stuttgart Ökologisch Sozial". Leben in Stuttgart arbeitet mit den Stuttgarter Umweltverbänden, mit Bürgerinitiativen und mit allen Mitgliedern bzw. Gremien von Parteien zusammen, wenn es gilt,

- Stuttgart 21 zu verhindern,
- die Alternative mit Kopfbahnhof zu fördern,
- dafür zu sorgen, daß [sic!] die Demokratie demokratisiert wird
- daß [sic!] Menschen aller Ethnien in Stuttgart friedlich miteinander und mit Freude aneinander zusammenleben,- und daß [sic!] oberstes Ziel aller Maßnahmen deren Zukunftsbeständigkeit im Sinn von Nachhaltigkeit ist.

Es soll in die Hintergründe, Organisation, Struktur und Kommunikation dieser Bürgerinitiative geschaut werden, um sich dadurch ein Bild machen zu können, wie viel Einfluss bürgerliche Partizipation als eine Gegenöffentlichkeit in der

---

<sup>3</sup> Gangolf Stocker: [www.leben-in-stuttgart.de/inis/lis01.htm](http://www.leben-in-stuttgart.de/inis/lis01.htm)

Öffentlichkeit, vor allem in der politischen, haben kann. Um das herauszufinden, wird ein Experteninterview mit dem Sprachrohr und Gründer von „Leben in Stuttgart“ Gangolf Stocker durchgeführt. Außerdem werden im zweiten empirischen Teil der Arbeit anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse regionale sowie überregionale Zeitungsartikel zu Stuttgart 21 und speziell zu der Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ untersucht und in einen Zusammenhang zu den Theorien sowie zu dem Gespräch mit Gangolf Stocker gebracht.

Im Endeffekt soll vor dem Hintergrund der Öffentlichkeits- und Gegenöffentlichkeitstheorien die Art von politischer Partizipation in der Gesellschaft beleuchtet werden, welche in Form von Bürgerinitiativen erscheinen, am Beispiel von „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“.

## **1.2 Forschungsinteresse**

Mein Forschungs- und Erkenntnisinteresse geht zunächst von den Schlagzeilen machenden Begriff „Stuttgart 21“ aus, welches mich zu meinem Untersuchungsthemengebiet gebracht hat. Hinter diesem Begriff verbergen sich extrem viele Dimensionen, die alle in dieses Phänomen mit einfließen. In dieser Arbeit werden vor allem die Theorien der Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit als Basis der partizipativen Bewegung beleuchtet, um auf diesem Grundstein weiterzubauen und im Zuge der Gegenöffentlichkeitstheorien eine Form der aktiven Beteiligung, die Bürgerinitiativen, vorzustellen. Bürgerinitiativen als Phänomen, ursprünglich ausgehend von den Studentenrevolten in den 60er Jahren, der heutigen Mediengesellschaft: Wie sind Bürgerinitiativen aufgebaut? Welche Art von Struktur haben sie? Gibt es tatsächlich eine fest organisierte Struktur, zum Beispiel in Form einer Hierarchie, oder ist auch der innere Zustand einer Initiative so aufgebaut, was sie nach Außen verkörpern soll, Spontaneität, Flexibilität und eine Art von Widerstand? Wie funktioniert die Kommunikation innerhalb einer Bürgerinitiative und wie außerhalb? Gibt es sogenannte Sprecher oder bleibt die Initiative eine homogene Masse ohne Führerpositionen? Unterstützt eine Bürgerinitiative auch nur eine Strategie oder wechselt die Strategie je nach Aussagen aus Politik und Öffentlichkeit? Bilden Bürgerinitiativen somit eine eigene Gegenöffentlichkeit, eine Meinung im Gegensatz zu der sogenannten öffentlichen Meinung? Und welche Rolle spielen hier die Massenmedien? Werden sie zu bestimmten Zwecken genutzt und

fungieren zur Vermittlung von Thesen oder werden die Massenmedien ihren anwaltschaftlichen Aufgaben nicht gerecht?

Begriffe wie anwaltschaftlicher und partizipatorischer Journalismus sowie der emanzipatorische Charakter der Mediennutzung spielen hier ebenso eine große Rolle und werden im Laufe der theoretischen Arbeit erörtert und in einen Kontext gebracht. Schlussendlich sollten, auf Literatur und Theorien basierte, Aussagen gemacht werden können, die mit der Hilfe von Gangolf Stocker, dem Gründer der Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ und seinen Einblicken und Erfahrungen, sowie einer qualitativen Inhaltsanalyse verschiedener Zeitungsartikel, überprüft und bearbeitet werden können. Themengebiete wie Demokratieverständnis und Beteiligung der Bürger sind ebenfalls Untersuchungsgebiete der qualitativen Inhaltsanalyse, da sie einen großen Teil des theoretischen Unterbaus dieser Arbeit ausmachen sowie zur Gegenöffentlichkeit in Form von einer Bürgerinitiative als Auswirkungen oder Auslöser dazugehören.

### **1.3 Aktueller Forschungsstand**

Bei der Auseinandersetzung mit Bürgerinitiativen und ihrer Eigenschaft der politischen Einflussnahme, ist es von Nöten auf die Begriffe von Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit einzugehen. Deswegen werden in diesem Konzept beide Definitionen angeführt und auf den Forschungsstand eingegangen. Dieser ist gekennzeichnet durch eine Fokussierung auf Einzelfälle und kaum auf eine durchgehende Systematik. Die Konstrukte Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit sowie ihre Verbindung sind sehr aktuell und relevant, vor allem in politikwissenschaftlicher sowie kommunikationswissenschaftlicher Sicht. Jedoch sind die Arbeiten und Studien dazu nicht stimmig, denn beide Begriffe sind sehr komplex und haben verschiedene Maßstäbe und Bedeutungen. Somit ergeben sich vor allem in der „*theoretisch-analytischen*“ sowie in der „*methodisch-operationalen*“ Dimension Notwendigkeiten der Überprüfung sowie zu neuen Ansätzen.<sup>4</sup> Gerhards und Neidhardt (1991) kommentieren diese Umstände mit der Feststellung, dass die Zeit noch nicht reif sei, um die Forschungsstände zu Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit zu „*bilanzieren*“.<sup>5</sup> Ihnen nach fehlt dafür die

---

<sup>4</sup> vgl. Wimmer 2007: 15

<sup>5</sup> vgl. Gerhards / Neidhardt 1991: 44., zit. nach ebd.

theoretische Basis. Doch nach Jeffrey Wimmer (2007) ist eine kritische Betrachtungsweise auf bestehende Forschungen und Literaturarbeiten mittels Systematisierung und Generalisierung nötig.<sup>6</sup>

Bürgerinitiativen in einen Forschungskontext zu bringen, ist nicht einfach, da viele der Arbeiten über die Phänomene Partizipation und Bürgerinitiativen relativ veraltet sind, das heißt, meist aus der Entstehungszeit dieser Phänomene (70er - 80er Jahre) stammen. Auch hier, ähnlich wie bei Forschungen über Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit, gibt es zunächst keine eindeutige Definition von Bürgerinitiativen bzw. birgt das Phänomen unterschiedliche Hintergründe und Aussagen. Dadurch lassen sich Untersuchungen kaum vergleichen und es kommt nicht zu einem einstimmigen Konsens. Bürgerinitiativen unterscheiden sich nun mal alle voneinander, da sie auf individueller und themenspezifischer Basis gründen. Bislang durchgeführte Forschungen basieren auf Querschnittsanalysen und lassen somit keine Aussagen auf Entwicklungen von Bürgerinitiativen zu. Auch der soziale Charakter solcher Organisationen wurde bislang kaum erforscht.<sup>7</sup> Es kann festgehalten werden, dass zwar eine Anzahl an theoretischen Arbeiten über Bürgerinitiativen verfügbar, die empirischen Befunde jedoch zahlenmäßig gering sind. Diese Problematik, wie vorangehend schon erwähnt, liegt vor allem in der Charakteristik von Bürgerinitiativen. Die Möglichkeit eine jene mit Hilfe von Methoden der empirischen Sozialforschung zu erforschen, sind eher gering, da sich viele dieser Zusammenschlüsse ganz einfach dagegen wehren.<sup>8</sup> So ist es sehr schwierig ein „*geeignetes begriffliches und methodisches Instrumentarium zu entwickeln*“<sup>9</sup>, um diese Art von sozialer Bewegung zu begegnen. Abschließend soll angemerkt werden, dass sich Bürgerinitiativen in den letzten Jahrzehnten zu einem einflussreichen Phänomen der Gesellschaft entwickelt haben und die sogenannte „*Eigenöffentlichkeit*“ dieser Verbände und Initiativen an Größe und Wichtigkeit gewonnen hat.<sup>10</sup>

---

<sup>6</sup> vgl. Wimmer 2007: 15

<sup>7</sup> vgl. Bößhar 1982: 31-33

<sup>8</sup> vgl. Schenk 1982: 7

<sup>9</sup> Fabris 1979: 228-229

<sup>10</sup> vgl. ebd.: 229

## **1.4 Aufbau der Arbeit**

Ausgehend vom Großprojekt Stuttgart 21 wird diese Forschungsarbeit eingeleitet mit einem Einblick in die Materie der Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit. Anhand des Forschungsinteresses soll ein Einblick gegeben werden, warum diese Thematik forschungsrelevant ist und welche Fragestellungen gelöst werden sollen. Auch die kommunikationswissenschaftliche Relevanz wird im Teil der Einleitung erwähnt. Der letzte Teil zeigt den aktuellen Forschungsstand auf und knüpft an die verwendete Literatur an. Das zweite Kapitel beinhaltet die Forschungsfragen, ausgehend vom Forschungsinteresse, nach denen sowohl die Literatur als auch der empirische Teil zu bearbeiten sind. Danach folgen die Definitionen der wichtigsten Begrifflichkeit dieser Forschungsarbeit. In den darauf folgenden Kapiteln wird auf die Begriffe und Theorien der Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit als Theoriebasis der Arbeit eingegangen. Ursprung, Herkunft, Bedeutung, Auswirkung und Formen der beiden Themengebiete werden angeführt, um das theoretische Fundament der Forschungsarbeit auszubauen. Ebenfalls relevant für diese Arbeit ist die Thematik der Massenmedien, welche im siebten Kapitel erörtert wird. Es wird speziell auf die Funktionen der (Massen-) Medien in der Gesellschaft eingegangen. Im nächsten Kapitel wird auf Bürgerinitiativen mit Hinblick auf Stuttgart 21 eingegangen. Als zentraler Punkt der Arbeit werden hier die Herkunft, Bedeutung, Formen und (Kommunikations-) Strategien beschrieben, um so ebenfalls einen theoretischen Hintergrund für den empirischen Teil des Experteninterviews zu geben, in dem die Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ beleuchtet wird. Vorerst wird noch ein Exkurs in die Thematik des Großprojektes Stuttgart 21 gegeben. In diesem Exkurs Kapitel werden alle Daten und Fakten zu Stuttgart 21 und den Schlichtungsgesprächen angeführt, um dem Leser einen besseren Einblick in die Hintergründe der Thematik geben zu können.

Damit wäre der theoretische Teil der Arbeit abgeschlossen und der empirische folgt mit einer Kurzdefinition und -beschreibung der zwei sozialwissenschaftlichen empirischen Methoden: dem Experteninterview und der qualitativen Inhaltsanalyse. Auch hier soll wieder eine Art Grundlage für die folgenden Kapitel errichtet werden. Im elften Kapitel dieser Arbeit wird das Experteninterview durchgeführt. Dieses soll als Quelle dienen und die gewählte Bürgerinitiative erörtern. Anhand des Aufbaus des theoretischen Teils wird in diesem Kapitel „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ in ihrer Organisation, der Kommunikation und Strategien näher gebracht.

Kapitel 12 geht nun auf den Hauptteil des empirischen Teils ein: auf die qualitative Inhaltsanalyse. Das Kapitel fängt mit dem Untersuchungsdesign an und endet mit der Kategorienbildung, mit dem die Untersuchung beginnen kann. Im Teil der Ergebnisse wird die Auswertung der qualitativen Inhaltsanalyse durchgeführt und die Ergebnisse anhand der Kategorien dargestellt.

Das letzte Kapitel, das Resümee, zeigt zunächst rückblickend den Forschungsablauf und beantwortet dann die Forschungsfragen. Im Teil des Forschungsausblicks sollen interessante Aspekte und Fragestellungen für zukünftig denkbare Forschungsansätze in dieser Thematik angeführt werden.

*Zusätzlich ist anzumerken, dass bei der Nennung von Personengruppen und Einzelpersonen, wie zum Beispiel Bürger(n), sowohl männliche als auch weibliche Individuen gemeint sind.*

## 2. Forschungsfragen

Aus der vorangehenden Einleitung mit dem Forschungsinteresse, dem aktuellen Forschungsstand sowie dem Aufbau der Forschungsarbeit, ergeben sich folgenden Fragestellungen, welche es heißt, während des Forschungsablaufes zu diskutieren und schließlich zu beantworten.

- 1. Was kennzeichnet die Öffentlichkeit in einer Demokratie?**
- 2. Durch welche Merkmale ist die Gegenöffentlichkeit geprägt?**
- 3. Wie ist eine Bürgerinitiative in ihrer Struktur und Organisation aufgebaut?**
- 4. Wie kommuniziert eine Bürgerinitiative innerhalb der Organisation und wie nach Außen zur Öffentlichkeit?**
- 5. Welchen Teil trägt die Gegenöffentlichkeit in Form einer Bürgerinitiative, Fallbeispiel „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“, zur Beteiligung der Bürger bei?**
- 6. Welche Aufgaben und Verantwortung tragen die Massenmedien in Bezug auf Partizipation am Beispiel von Stuttgart 21?**

### 3. Begriffsdefinitionen

Dieses Kapitel der Begriffsdefinitionen soll einen kurzen Einblick geben in die Themengebiete und Definitionen der Arbeit. So wird ein Überblick über die wichtigsten Begrifflichkeiten der Forschungsarbeit gegeben sowie eine knappe Einleitung in die Thesen und Felder, welche mit Bürgerinitiativen und der damit verbundenen Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit zusammenhängen.

#### 3.1 Demokratie

In dieser Arbeit soll auf das moderne Demokratieverständnis eingegangen werden. Es wird nicht nötig und auch kaum möglich sein, den Demokratiebegriff komplett und vollständig zu definieren. Doch mit Bezug auf Bürgerinitiativen in einer demokratischen Gesellschaft im Zusammenhang mit politischer Beteiligung sowie Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit muss auf den hier im Zusammenhang gesehenen Demokratiebegriff eingegangen werden.

*„Jede Demokratie lebt von der Beteiligung ihrer Bürger und Bürgerinnen [...]“*<sup>11</sup>

Diese Aussage beschreibt sehr gut, wie wichtig Partizipation und Beteiligung in einer Demokratie sind. Was in diesem Zusammenhang unter Demokratie verstanden wird, darauf wird in dieser Begriffsdefinition kurz eingegangen. Es gibt zwei verschiedene Arten von Demokratietheorien: die klassische und die moderne Demokratietheorie.

##### 3.1.1 Die Klassische Demokratietheorie

Die klassische Demokratietheorie wird als Basis für alle folgenden Demokratietheorien gesehen. Durch ihre einerseits liberale und andererseits demokratische Seite steht sie als Grundtheorie für all diejenigen, die Bürgerinitiativen als „*basisdemokratische Hoffnung*“ sehen.<sup>12</sup> Die liberale Variante dieser Demokratietheorie, geprägt von John Locke und dem Bürgertum des 17./18. Jahrhunderts, beinhaltet als hauptsächliche Forderung die Trennung von Staat und Gesellschaft, um die Bürger in ihren Rechten und in ihrer Freiheit vor dem Staat zu schützen. Im Gegensatz dazu gibt die demokratische Variante, durch Jean-Jacques Rousseau geformt, vor, dass eine staatliche Ordnung, in Form der Volkssouveränität, genau diese persönliche Freiheit und Rechte des Einzelnen schützen wird. Diese Form der Demokratie wird auch direkte Demokratie genannt und sieht die

---

<sup>11</sup> Hoecker 2006: 3

<sup>12</sup> vgl. Schenk 1982: 9

Bürgerpartizipation als wesentlichen Bestandteil, weswegen diese Theorie von Autoren gewählt wird, welche die politische Partizipation wünschen.<sup>13</sup>

### 3.1.2 Die Moderne Demokratietheorie

Das Repräsentationsprinzip ist die Basis aller modernen Demokratietheorien und die praktisch durchführbare Lösung der klassischen Demokratietheorie. Somit wurde das Prinzip der Wahl von Repräsentanten des Volkes „*zum wesentlichen Strukturelement demokratischer Staaten*“<sup>14</sup>. Doch die Vertretung von Gesamt- und Einzelinteressen des Volkes führte zu Problemen in der repräsentativen Demokratie. Dies wiederum rief das Konkurrenzmodell der Demokratie hervor, welches von Joseph Schumpeter und Anthony Downs Mitte des 20. Jahrhunderts geprägt wurde. Dieses Modell der Demokratie ist durch einen rein formalen Charakter und des Wettbewerbes von Parteien gekennzeichnet.<sup>15</sup>

## 3.2 Politische Partizipation

„*Partizipation ist nur in Gemeinsamkeit mit anderen Menschen vorstellbar*“.<sup>16</sup>

Vorab soll eine kurze Definition zum Begriff der Partizipation angeführt werden. Partizipation beschreibt eine „*Beteiligung von Mitgliedern einer Organisation oder Gruppe [...] an gemeinsamen Angelegenheiten*“<sup>17</sup>. Stürmer (2005) versteht unter Partizipation nicht nur die bloße Teilnahme an Ereignissen oder Vorgängen, sondern ebenso die Einflussnahme an eben diesen. Weiter bezeichnet Partizipation, auch Beteiligung genannt, „*die aktive Mitarbeit in Parteien und Bürgerinitiativen, die Mitwirkung an Streiks*“<sup>18</sup> sowie ähnlichen politisch begründeten Vereinigungen oder Treffen (z.B. Proteste und Demonstrationen). Auch die passive Mitarbeit in Form von Interesse für das politische Geschehen, geäußert durch Rezeption von Nachrichten in jeglicher Form (Rundfunk, Printmedien, etc.), gehört zu einer Art von Partizipation. Zusammenfassend beschreibt Partizipation einen aufkommenden Trend der letzten Jahrzehnte, in dem Bürger versuchen, an der politischen und sozialen Situation teilzuhaben und letztendlich auch mitzuwirken. Durch Medien,

---

<sup>13</sup> vgl. Schenk 1982: 9-10

<sup>14</sup> ebd: 11

<sup>15</sup> vgl. ebd.: 12-13

<sup>16</sup> Stürmer 2005: 22

<sup>17</sup> ebd.

<sup>18</sup> ebd.

wie zum Beispiel das Internet, kommen Informationen transparenter und schneller zum Bürger und somit entsteht das Verlangen, neben den Wahlen, auch anderweitig an politischen Prozessen beteiligt zu sein.<sup>19</sup> In den USA wurde unter *participation* meist die Beteiligung der Bürger an der Politik, also der Öffentlichkeit und parlamentarischen Demokratie, verstanden.<sup>20</sup>

Um politische Partizipation vor dem Hintergrund der demokratietheoretischen Grundpositionen zu definieren, muss wiederum auf zwei verschiedene Arten von Demokratiemodellen eingegangen werden:

### 3.2.1 Das Instrumentelle Partizipationsverständnis

Politische Partizipation wird hier als Handlung gesehen, welche gezielt auf die Erreichung eines politischen Ziels angewendet wird. Individuelle Ziele der Bürger sollen durch die Vertreter der Regierung, des Parlaments und der Parteien verwirklicht werden.<sup>21</sup> Das dahinter stehende Demokratieverständnis ist das der empirischen oder realistischen Demokratietheorie. Diese Theorie trat das erste Mal in den 40er Jahren auf und wurde vor allem durch die Beobachtungen der realen Verhältnisse und Umstände der Demokratie in den USA geprägt. Einer der Vertreter dieser Theorie, Joseph A. Schumpeter, definierte 1950 die Demokratie als „*Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittelt eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben*“<sup>22</sup>. Er beschränkt seine Definition auf das rein formelle und ließ jegliche normative Deutung weg: Die Demokratie als Methode. Den Bürgern wird unter dem realistischen Demokratieverständnis keine aktive Rolle zugesprochen, außer der Wahl ihrer Repräsentanten.<sup>23</sup> Bürger sind nicht im Entscheidungsprozess miteinbezogen, ihre Aufgaben übernimmt die Elite. Diese Demokratietheorie ist heutzutage jedoch veraltet und wurde im Laufe der Zeit angepasst.

### 3.2.2 Das Normative Partizipationsverständnis

Im Gegensatz zum empirischen Demokratieverständnis ist Partizipation hier nicht nur eine Methode zum Zweck sondern auch ein Wert an sich. Der Bürger erfährt hier eine aktive Position, das heißt, er soll sich aktiv am politischen und

---

<sup>19</sup> vgl. Stürmer 2005: 22

<sup>20</sup> vgl. Funk / Rack / Pauer 1981, zit. nach ebd.

<sup>21</sup> vgl. Hoecker 2006: 4

<sup>22</sup> Schumpeter 1950: 428 zit. nach ebd.

<sup>23</sup> vgl. ebd.

gesellschaftlichen Leben beteiligen.<sup>24</sup> Der Demokratiebegriff dazu ist zielgerichtet und legt seinen Hauptfokus nicht in das Funktionieren der Demokratie an sich, sondern in das Normative und Transitive der Demokratie. Das heißt, dass die Entscheidungen, die getroffen werden müssen, vom Volk getragen sein sollten.<sup>25</sup> Im Mittelpunkt dieses Ansatzes steht die direktdemokratische Form der Partizipation: „[...] je mehr Partizipation in Entscheidungen gegeben ist, desto mehr ist Demokratie zugegen“<sup>26</sup>. Im Gegensatz zum instrumentellen Partizipationsbegriff wird hier der Bürger als Entscheidungsträger und Beteiligter von partizipativen Prozessen im gesellschaftlichen Leben gesehen.<sup>27</sup> Dieser Ansatz steht weit mehr der Realität nahe als der erste Ansatz und spielt in Bezug auf diese Arbeit die durchaus größere und relevantere Rolle.

### 3.3 Öffentlichkeit

Öffentlichkeit ist ein sehr weitgreifender Begriff, weswegen er in Bezug auf diese Arbeit definiert werden muss. Öffentlichkeit ist einer der meist verwendeten Begriffen, wenn es um Kommunikation, Partizipation und Bürgerbeteiligung geht. Auch im Alltag wird Öffentlichkeit oft als Begriff genutzt: auf der einen Seite als eine Art „*institutionelle Instanz*“, zum Beispiel wenn jemand „*in der Öffentlichkeit steht*“, zum anderen als eine Art „*Quasi-Akteur*“, wie zum Beispiel „*unter dem Druck der Öffentlichkeit stehen*“.<sup>28</sup> Der Öffentlichkeitsbegriff hat verschiedene interdisziplinäre Bedeutungen, verwendet wird er insbesondere in den Fächern Politikwissenschaft, Sozialpsychologie, Kulturwissenschaft, Soziologie und Kommunikationswissenschaft. Relevant vor allem für die Thematik dieser Arbeit ist der politik- und kommunikationswissenschaftliche Aspekt der Öffentlichkeit, welche beide nun kurz beschrieben werden.

---

<sup>24</sup> vgl. Hoecker 2006: 6

<sup>25</sup> vgl. ebd.

<sup>26</sup> ebd.

<sup>27</sup> vgl. ebd.: 7

<sup>28</sup> vgl. Wimmer 2007: 21

### 3.3.1 Politikwissenschaftliche Sicht

Marcinowski (2001) teilt den Öffentlichkeitsbegriff in der Politik in zwei unterschiedliche Aspekte auf:<sup>29</sup>

1. „*Öffentlichkeit bezieht sich auf die Sorge um das Allgemeinwohl im Gegensatz zur Verfolgung von Partikularinteressen.*“
2. „*Öffentlichkeit stellt ein spezifisch demokratiethoretisches Konzept dar.*“

Öffentlichkeit stellt eine Grundvoraussetzung der Demokratie dar, da über sie sowohl politische Akteure als auch die Bürger informiert werden. Öffentlichkeit und Demokratie sind also fest miteinander verbunden. Die Leistung, die Öffentlichkeit heutzutage bringt, lässt sich in Informationsvermittlung, Meinungsbildung und in der Kontrollfunktion ablesen.<sup>30</sup>

### 3.3.2 Kommunikationswissenschaftliche Sicht

Dieser Aspekt von Öffentlichkeit ist ein großer Bestandteil für die Grundtheorien zu dieser Arbeit, weswegen jener Aspekt, wie der politikwissenschaftliche, hier hier nur kurz angerissen, in den folgenden Kapiteln zur Öffentlichkeit jedoch näher betrachtet wird. In dieser Definition soll die Bedeutungszuweisung und die historische Entwicklung des Begriffes der Öffentlichkeit aufgezeigt werden. Imhof (2003) bestimmt drei Punkte, welche auf die historische Entwicklung von Öffentlichkeitskonzepten in den Kommunikationswissenschaften zutreffen:<sup>31</sup>

1. Aufgrund der Bedeutung von Öffentlichkeit ist es wichtig gesellschaftstheoretische Konzepte miteinzubauen.
2. Der Begriff der Öffentlichkeit wird sowohl in wissenschaftlichen als auch alltagssprachlichen Bereichen gebraucht.
3. Öffentlichkeitskonzepte bewegen sich zwischen der augenscheinlich „*real existierenden Öffentlichkeit*“ und einem *normativen Aufklärungsverständnis*“<sup>32</sup>.

Öffentlichkeit kann aus zwei Sichten heraus gesehen und interpretiert werden: aus der normativen und der empirischen Sicht. Die normativ-funktionale

---

<sup>29</sup> vgl. Wimmer 2007: 23

<sup>30</sup> vgl. ebd.

<sup>31</sup> vgl. ebd.: 32

<sup>32</sup> ebd.

Bedeutungsebene vertritt Habermas (1990). Für ihn ist die Öffentlichkeit ein all umfassendes Ideal.<sup>33</sup> Während die empirisch-klassifikatorische Sicht auf Öffentlichkeit diese als *Netzwerk, Kommunikationsforen, Teilöffentlichkeiten, Kommunikationsraum* oder einer *Instanz kultureller Selbstvergewisserungsprozesse* definiert.<sup>34</sup> Auch Friedhelm Neidhardt (1994) beschreibt die Öffentlichkeit sehr anschaulich als eine Art Kommunikationsforum, in dem sogenannte Öffentlichkeitsakteure, Sprecher und Kommunikateure bestimmte Themen ansprechen und ihre Meinung wiedergeben und versuchen zu verbreiten. Der Adressat dieser Meinungen ist das Publikum. Unter konkreten Umständen beschränkt sich die Konzentration der Öffentlichkeitsakteure auf bestimmte Themengebiete. Es sind sogar Übereinstimmungen in den Meinungen zu diesen Themengebieten möglich, in dem Fall ist eine öffentliche Meinung entstanden. Wenn diese öffentliche Meinung mit der Meinung des Publikums, man muss beide Meinungen trennen, übereinstimmt, dann kann sich ein extremer Druck auf die Regierung und ihre Akteure aufbauen. Wenn Bevölkerungs- und öffentliche Meinung nicht übereinstimmen, dann entstehen sogenannte soziale Bewegungen und die Bevölkerung versucht sich ebenso Gehör zu verschaffen wie die Öffentlichkeitsakteure schon getan haben.<sup>35</sup> Dies kann die Bevölkerung zum Beispiel in Form einer Bürgerinitiative versuchen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Öffentlichkeit schon aus der historischen Analyse heraus unterschiedliche Perspektiven, Kompatibilitäten und Bedeutungen hat.<sup>36</sup> Auf weitere wichtige Sinnzuschreibungen der Öffentlichkeit als Begriff heutzutage und konkret in Bezug auf Bürgerinitiativen und politische Partizipation, werden später kommende Kapitel in dieser Arbeit eingehen.

### **3.4 Gegenöffentlichkeit**

Die Gegenöffentlichkeit stützt sich auf das demokratietheoretische Konzept der Öffentlichkeit. Gegenöffentlichkeit steht als Kontrastbegriff zur Öffentlichkeit und wird auch als alternative Öffentlichkeit bezeichnet. Themen die keine besondere Beachtung in der öffentlichen Kommunikation und in der Gesellschaft finden,

---

<sup>33</sup> vgl. Wimmer 2007: 34

<sup>34</sup> vgl. ebd.

<sup>35</sup> vgl. Neidhardt 1994: 7-8

<sup>36</sup> vgl. ebd.: 35

werden hier zur Kenntnis genommen und erläutert. Gemeint sind Themen, die zum Beispiel von der Politik mit Absicht verdrängt werden oder die sogenannten Tabu – Themen in der Gesellschaft sind.<sup>37</sup> Gegenöffentlichkeit meint auch Aktionen der sozialen Gruppen, welche aufgrund bestimmter sozialer Merkmale wie zum Beispiel Religion oder auch Herkunft, von der Gesellschaft ausgeschlossen wurden. Die Gegenbewegungen, die sich herauskristallisieren, verfolgen bestimmte Taktiken und Strategien und sind weit mehr als eine Gegenöffentlichkeit.<sup>38</sup>

Eine Art von Gegenöffentlichkeit tauchte schon im 15. und 16. Jahrhunderts in Form von Flugschriften der Reformatoren und im 19. Jahrhunderts als Kampfschriften der Arbeiterbewegung auf. Doch in Bezug auf die moderne Sicht von Gegenöffentlichkeit werden die 60er und 70er des 20. Jahrhunderts herangezogen, in der erstmals alternative Medien im Zuge der Studentenbewegungen auftraten.<sup>39</sup> Es treten nach Oy (2001) drei „*idealtypische Konzepte alternativer Kommunikation*“ auf:<sup>40</sup>

1. *Modell der gegenöffentlichen Kommunikation: eine kritische Weiterentwicklung der klassischen Demokratietheorien durch Einflussnahme auf die Öffentlichkeit und Radikalisierung der Aktionen*
2. *Modell der authentischen Kommunikation: beruft sich auf die kritische Theorie von Horkheimer & Adorno (1969).<sup>41</sup> „Allein die ‚Betroffenen‘ sind in der Lage, ihre gesellschaftliche Situation authentisch öffentlich zu artikulieren“.<sup>42</sup>*
3. *Modell der emanzipativen Kommunikation: Auch hier gilt die kritische Theorie als einer der Basistheorien. Durch *technischen* und *medienstrukturellen Wandel* können neue Formen von (emanzipierter) Kommunikation entstehen.*

---

<sup>37</sup> vgl. Weidner 2007: 11

<sup>38</sup> vgl. ebd.

<sup>39</sup> vgl. Wimmer 2007: 153-154

<sup>40</sup> ebd.: 155

<sup>41</sup> vgl. ebd.: 167

<sup>42</sup> ebd.: 155

Allgemein gesehen wird Gegenöffentlichkeit als eine Organisations- und Kommunikationsformen beschrieben, welche von den aus der Öffentlichkeit ausgeschlossenen Akteuren begründet werden.<sup>43</sup>

### 3.5 Bürgerinitiativen

Vorab soll angemerkt werden, dass egal in welcher Schrift, Buch, oder Artikel das Thema Bürgerinitiative behandelt wird, die Definition immer mit der Aussage beginnt, dass der Begriff der Bürgerinitiative aufgrund der unterschiedlichen Formen, der ungenügenden empirischen Daten sowie der verschiedenen Ansichten der Autoren einer solchen Initiative nicht exakt definiert werden kann. Außerdem sind sehr viele Arbeiten über die Thematik schon über 20 Jahre alt, neuere Studien sind (noch) rar gestreut. Folglich sollen nun ein paar, für diese Arbeit einleuchtende und relevant klingende, Definitionen von Bürgerinitiativen angeführt werden.

Nach Haffner (1987) sind Bürgerinitiativen *„spontane, meist sehr lose Gruppierungen, die nur durch ein gewisses Vorhaben zusammengehalten werden und sich fast immer wieder auflösen, wenn sie ihr Ziel erreicht oder – häufiger – verfehlt haben“*.<sup>44</sup> Viele Autoren bezeichnen Bürgerinitiativen als sehr kurzlebig und dadurch flexibel. Folgende Merkmale sind ihnen gemein: *„Spontaneität, Punktualität und zeitliche Begrenztheit der Engagements, unmittelbare Bezogenheit auf erfahrbare Problemsituationen im alltäglichen Leben, kollektiver Charakter der Aktionen, sowie unmittelbare Einwirkung auf die Entscheidungsträger“*<sup>45</sup>. Das letzte Merkmal lässt schon darauf schließen, dass Bürgerinitiativen heutzutage weit aus mehr sind als „lose Gruppierungen“, sondern einen entscheidenden Teil zur politische Entscheidungen beitragen. Bürgerinitiativen *„haben sich zu einer sozialen Bewegung verdichtet, die nicht mehr zu ignorieren ist“*<sup>46</sup>. Sie werden gegründet, meist auf kommunaler Ebene, wenn Missstände in der Politik und Gesellschaft, besonders in den Bereichen Sozial- und Umweltpolitik, sowie Fehlleistungen der Entscheidungsträger bemerkt und kritisiert werden. Es gibt keine Tendenz der Mitglieder einer Bürgerinitiative zu einer Schicht, eines Alters oder Geschlechts. Beweggründe eines Beitritts sind meist die *„direkte oder persönlich indirekte*

---

<sup>43</sup> vgl. Wimmer 2007: 162-163

<sup>44</sup> Haffner 1987: 76, zit. nach Nowotny 1985: 183

<sup>45</sup> Gabriel 1987: 261, zit. nach ebd.

<sup>46</sup> Schenk 1982: 6

*Betroffenheit*“<sup>47</sup> der Personen. Bürgerinitiativen gelten als „*Elemente direkter Demokratie*“<sup>48</sup>.

Nach Peter Cornelius Mayer-Tasch (1985) sind Bürgerinitiativen, jedoch nicht unter diesem Begriff, schon seit jeher bekannt.<sup>49</sup> Für diese Arbeit relevant sind jedoch die Bewegungen, welche sich in der 60ern formierten. Schon 1973 waren 3-12 % der Bundesbürger Mitglieder von Bürgerinitiativen.<sup>50</sup> Zu den Vorreitern der Bürgerinitiativen gehört die Studentenbewegung ausgehend von der Freien Universität Berlin.<sup>51</sup>

### **3.6 Stuttgart 21**

Stuttgart 21 steht für ein Milliardenprojekt in der Landeshauptstadt Stuttgart. Stuttgart 21 umfasst zwei Großprojekte: Die Tieferlegung des Stuttgarter Hauptbahnhofs und die NBS (Neubaustrecke) Ulm-Wendlingen. Zu diesen zwei Projekten gehören wiederum mehrere Teilprojekte, wie zum Beispiel das für den neuen Bahnhof benötigten Bauen von Brücken.<sup>52</sup> Hauptprojekt ist der Umbau des Kopfbahnhofs zu einem unterirdischen Durchgangsbahnhof. Das Großprojekt Stuttgart 21 befindet sich noch in der Bauphase und soll den Eisenbahnknoten Stuttgart neu ordnen. Bauherr des Projekts ist die Deutsche Bahn, finanzielle Unterstützung erfahren sie unter anderem von der Bundesrepublik Deutschland, dem Land Baden-Württemberg und der Landeshauptstadt Stuttgart. Seit 1988 steht das Vorhaben im Raum, Verkehrswissenschaftler Gerhard Heimerl entwarf die Idee. 1994 wurde sie erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt und am 2. Februar 2010 starteten die Bauarbeiten. Die geplante Fertigstellung und Inbetriebnahme des neuen Bahnhofs ist Ende 2019.<sup>53</sup>

Schon seit Jahren ist Stuttgart 21 umstritten und umkämpft. Mit dem Bauvorhaben sind offene Baustellen verbunden, welche das Stadtbild prägen. Der Umbau des historischen Bahnhofgebäudes sowie des Stadtparks und der damit verbundenen

---

<sup>47</sup> Nowotny 1985: 184

<sup>48</sup> ebd.: 186

<sup>49</sup> vgl. Mayer-Tasch 1985: 9

<sup>50</sup> vgl. ebd.: 10 (Repräsentativerhebungen Infas und Emnid 1973)

<sup>51</sup> vgl. ebd.: 10

<sup>52</sup> vgl. Huber 2008: 10

<sup>53</sup> vgl. Liebnitzky 2010: 9

teilweisen Rodung der Parkbäume erregen viel Aufmerksamkeit und Ärger.<sup>54</sup> Zehntausende demonstrierten gegen Stuttgart 21, ein Bürgerbegehren wurde seitens der Regierung jedoch abgelehnt. Seit dem 22. Oktober 2010 wurden Schlichtungsrunden zu Stuttgart 21 mit Heiner Geißler in der Schlichterrolle eingeführt und live im Fernsehen und im Internet übertragen.

### 3.7 Massenmedien

Die in dieser Arbeit relevanten Medien sind die sogenannten Massenmedien. Durch die Massenmedien werden Aussagen, die von Bürgerinitiativen oder einzelnen Personen gemacht wurden, an die Öffentlichkeit getragen und somit zugänglich für alle gemacht. Massenmedien ermöglichen die Massenkommunikation, welche nach Maletzke (1963) ein Prozess ist, in dem die Aussagen öffentlich, indirekt und einseitig durch die Massenmedien an das Publikum übermittelt wird.<sup>55</sup> Massenmedien sind technische Verbreitungsmittel wie Flugblätter, Plakate, Presse, Bücher, Hörfunk, Schallplatten/CDs/DVDs, Filme, Fernsehen und das Internet, hier zum Beispiel Homepages.<sup>56</sup> Zusammengefasst sind *„Massenmedien oder auch Massenkommunikationsmittel [...] alle jene Medien, die durch Techniken der Verbreitung und Vervielfältigung mittels Schrift, Bild und/oder Ton optisch bzw. akustisch Aussagen an eine unbestimmte Vielzahl von Menschen [vermitteln] [...]“*<sup>57</sup>. In dem Fall der Thematik dieser Arbeit spielen vor allem Massenmedien wie Rundfunk, Printmedien und das Internet eine Rolle. Live-Übertragungen wie zum Beispiel die der Schlichtungsrunden mit Heiner Geißler zu Stuttgart 21 wurden dadurch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Per Live-Stream konnten die wöchentlichen Schlichtungsgespräche auf dem TV-Sender Phoenix oder auch im Internet verfolgt werden. Wichtig in diesem Zusammenhang ist ebenfalls die Feststellung Burkarts (2002), dass Massenmedien nicht nur die technischen Voraussetzungen erfüllen und darstellen, sondern dass diese Medien und ihre Aussagen auch in einem *„sozialen Prozeß [sic!] integriert sein müssen“*<sup>58</sup>. Der sogenannte soziale Prozess spielt eine wichtige Rolle, wenn man sich vor allem auf

---

<sup>54</sup> vgl. Huber 2008: 10

<sup>55</sup> vgl. Maletzke 1963, zit. nach Burkart 2002: 32

<sup>56</sup> vgl. ebd.: 171-172

<sup>57</sup> ebd.: 171

<sup>58</sup> ebd.: 172

das Internet bezieht, in dem Foren oder soziale Plattformen wie Twitter oder Facebook die Meinungsbildung und -entstehung maßgeblich fördern und beeinflussen.

### 3.8 Stadtteilzeitungen

Stadtteilzeitungen sind eine Form der alternativen Kommunikation, wie auch die Bürgerinitiativzeitungen oder lokale Parteizeitungen. Alternative Medien versuchen,

insbesondere im lokalen Raum so etwas wie demokratische Öffentlichkeit herzustellen und damit die notwendige Voraussetzung der für eine funktionierende Demokratie lebensnotwendigen breiten Mitarbeit der Bevölkerung an der Problembewältigung [...] zu schaffen.<sup>59</sup>

Seit Anfang der 70er Jahre hat diese Art von alternativer Kommunikation stark zugenommen und die Auflagen der Stadtteilzeitungen sind stetig gestiegen. Günter Reisbeck (1983) hat in seiner Studie über Funktionen von Stadtteilzeitungen aus drei verschiedenen Aspekten heraus geforscht:<sup>60</sup>

1. *Politischer Aspekt*: Funktionen im Rahmen formaler Demokratiemodelle und politischer Strategie.
2. *Medientheoretischer Aspekt*: Weniger Funktionstrennung zwischen Kommunikator und Rezipient.
3. *Sozialpsychologischer Aspekt*: Stärkere Förderung Identifikation des Lesers mit Zeitung.

Aus der Untersuchung Reisbecks ergab sich unter anderem folgendes Conclusio über Stadtteilzeitungen (am Beispiel München): Stadtteilzeitungen erfüllen, wie die drei oben genannten Punkte schon zeigen sollen, mehrere Funktionen, vor allem in politischer und sozialpsychologischer Hinsicht. Durch diese Art von lokalen Medien werden sogenannte „*Kommunikationslücken*“ gefüllt, die durch die universale Berichterstattung entstanden sind. Außerdem können durch die Zeitungen Betroffene zur Mitarbeit und Unterstützung von Lösungen der lokalen Probleme motiviert

---

<sup>59</sup> Eurich 1983: 15

<sup>60</sup> vgl. Reisbeck 1983: 51-53

werden.<sup>61</sup> Stadtteilzeitungen fungieren somit wie ein Sprachrohr, zum Einen für die Information an die Bürger, zum Anderen zur aktiven Beteiligung der Bürger.

---

<sup>61</sup> vgl. Reisbeck 1983: 61

## 4. Die Öffentlichkeit

### 4.1 Politische Öffentlichkeit

Es gibt verschiedene Interpretationen von politischer Öffentlichkeit, folglich sollen zwei Definitionen angeführt werden. Nach Marcinowski (2001) wird Öffentlichkeit immer dann zu einer politischen Öffentlichkeit, wenn Themen von allgemeinem Interesse diskutiert werden.<sup>62</sup> Gerhards (1994) beschreibt politische Öffentlichkeit als den öffentlich zugänglich und für alle sichtbaren Teil der politischen Handlungen. Für ihn ist politische Öffentlichkeit gleich die Öffentlichkeit im Singular und rechtfertigt seine These durch die „*normative Größe politischer Öffentlichkeit*“.<sup>63</sup>

Um eine Struktur in den Zusammenhang Öffentlichkeit und Politik zu bringen, wird dieser anhand der „*politikwissenschaftlichen Prozesskategorien* ‚*Polity*‘, ‚*Politic’s* und ‚*Policy*‘“<sup>64</sup> beschrieben:

- Der Begriff *Polity* verweist auf die politische Ordnung, das heißt die Festlegung von politischen Ideen und ihre Verwirklichung in Form von Institutionen zum Beispiel.
- *Politics* bezeichnet den Akt der Gestaltung in der Politik durch die verschiedenen Akteure, an diesem Punkt entstehen politische Entscheidungen.
- *Policy* beschreibt schließlich die spezifischen politischen Aktivitäten, welche den Bürger direkt betreffen, wie zum Beispiel Gesetzesbeschlüsse und Verordnungen.

### 4.2 Öffentlichkeit und (Massen-) Medien

Dieser Zusammenhang ist sowohl für die Öffentlichkeit an sich als auch für die Thematik der Bürgerinitiativen von hoher Wichtigkeit. Durch die Entwicklung der Medien hat sich die Öffentlichkeit ebenfalls gravierend verändert, eine sogenannte Medien-Öffentlichkeit ist entstanden. Daraus resultierend kann von einem ‚doppelten Öffentlichkeitsbegriff‘ gesprochen werden: Öffentlichkeit – Medien (-öffentlichkeit)

---

<sup>62</sup> vgl. Wimmer 2007: 56

<sup>63</sup> vgl. ebd.

<sup>64</sup> ebd.: 58 (Hervorhebung im Original)

– Medien / Öffentlichkeit.<sup>65</sup> Massenmedien bilden in dem Fall den „*institutionellen Kern*“<sup>66</sup> der Öffentlichkeit. Öffentlichkeit kann hier als eine Art kommunikativer Raum, bestehend aus mehreren kommunikativen Räumen, gesehen werden. In diesem können Informationen und Diskussionen zirkulieren und somit eine öffentliche Meinung entstehen. Durch die Massenmedien, vor allem durch die neuen Medien, wird die Kommunikation zwischen Bürgern und politischem System erleichtert. Die Beziehung zwischen Bürger und Politik wird durch (erst) die Medien institutionalisiert.<sup>67</sup>

### 4.3 Öffentliche Kommunikation

Wie auch oben schon angeführt: durch öffentliche Kommunikation entsteht überhaupt erst Öffentlichkeit.<sup>68</sup> Informationen werden durch die Massenmedien ‚öffentlich‘ gemacht, das heißt, jeder kann auf diese Informationen zugreifen, sofern er Zugang zu den Medien hat. Die Medien spielen also eine sehr wichtige Rolle, sowohl in Bezug auf die Öffentlichkeit als wichtigster Akteur, als auch in Bezug auf die Bürgerinitiativen und ihre Strategien.<sup>69</sup>

### 4.4 Die öffentliche Meinung

Auch die öffentliche Meinung wird in verschiedenen Weisen erörtert. Hier sollen nun vier Konzepte der öffentlichen Meinung nach Merten (1987) angeführt werden.<sup>70</sup>

1. Das ‚mystische‘ Konzept öffentlicher Meinung beschreibt die „*eher vorwissenschaftlich*“<sup>71</sup> erklärbare Wirkung der öffentlichen Meinung.
2. Bei dem ‚historischen‘ Konzept, welches vor allem von Habermas (1990) geprägt ist, wird die öffentliche Meinung als „*einzig anerkannte Basis der Legitimation politischer Herrschaft*“<sup>72</sup> definiert. Das heißt also, dass

---

<sup>65</sup> vgl. Faulstich 2002, zit. nach Wimmer 2007: 43

<sup>66</sup> ebd.: 43

<sup>67</sup> vgl. ebd.: 43-44

<sup>68</sup> vgl. ebd.: 45

<sup>69</sup> vgl. ebd.: 46

<sup>70</sup> vgl. ebd.: 51

<sup>71</sup> ebd.

<sup>72</sup> vgl. Habermas 1990, zit. nach ebd.

ohne die öffentliche Meinung die Politik nicht handlungsfähig wäre. Öffentliche Meinung ist die „zentrale Legitimationsgrundlage der moderne Demokratie“<sup>73</sup> und durch eine ‚kritische öffentliche Meinung‘ kann auch das Volk oder das Publikum an der Politik teilhaben und Einfluss nehmen.

3. Das ‚deskriptive‘ Konzept zeichnet sich durch den Einfluss von Noelle-Neumann (1980) aus: Das System der Schweigespirale und der damit verbundene Zwang zu einer öffentlichen Meinung, da sonst Sanktionen, zum Beispiel in Form von Isolation, anstehen.<sup>74</sup>
4. Luhmann (1970) prägte das ‚systemtheoretische‘ Konzept der öffentlichen Meinung, welches an Habermas Ansätze anknüpft, jedoch die Entwicklungen unserer Gesellschaft berücksichtigt. Öffentliche Meinung wird hier als ein „Reduktions- und Selektionsmechanismus für die Kontingenz des politisch Möglichen durch Differenzierung von Themen politischer Kommunikation“<sup>75</sup> gesehen, was bedeutet, dass die Funktion der öffentlichen Meinung in der Ordnung und Strukturierung von öffentlichen Themen und in einer Verbindung zwischen Medien und Politik liegt.<sup>76</sup>

Eine weitere Interpretation der öffentlichen Meinung kommt von Gerhards und Neidhardt (1990) und verbindet die beiden letzten Ansätze von Noelle-Neumann und Luhmann: Die öffentliche Meinung ist demnach eine Art ‚herrschende Meinung‘. Distanzierungen zu dieser können zu Unannehmlichkeiten, zum Beispiel in Form von gesellschaftlicher Isolation, führen.<sup>77</sup> Näheres zum ‚intermediären System der Öffentlichkeit‘ wird in Kapitel sechs angeführt.

---

<sup>73</sup> Wimmer 2007: 52

<sup>74</sup> vgl. ebd.: 52-53

<sup>75</sup> Luhmann 1970, zit. nach ebd.: 53

<sup>76</sup> vgl. ebd.: 54

<sup>77</sup> vgl. ebd.: 54-55

#### 4.5 Das Spannungsverhältnis von Demokratie, Öffentlichkeit und Medien nach Jeffrey Wimmer (2007)

Die Beziehung zwischen den drei Basisbegriffen dieser Arbeit soll anhand dreier Theorien erklärt werden: Elitetheorie, Pluralismustheorie und Partizipationstheorie.<sup>78</sup>

1. **Die Elitetheorie:** politische Entscheidungen werden einzig und allein von einer kleinen Anzahl an Gruppen / Einzelpersonen und nach deren Interessen, ohne Berücksichtigung der Bevölkerung, getroffen. Massenmedien haben hier die Aufgabe, politische Handlungen zu veröffentlichen und dadurch zu legitimieren. Intentionen der Eliten zur Instrumentalisierung der Massen sind hier nicht ausgeschlossen.
2. **Die Pluralismustheorie:** Politik charakterisiert sich durch einen Wettbewerb gleichberechtigter Gruppen und deren Interessen. Einfluss geht hier, im Gegensatz zur Elitetheorie, nicht von der hierarchischen Stellung aus, sondern von der Verfügbarkeit und Bedeutsamkeit politischer Ressourcen. Außerdem wird die politische Öffentlichkeit auch von anderen gesellschaftlichen Gruppen genutzt und nicht nur von der Elite.
3. **Die Partizipationstheorie:** Diese Theorie zeichnet sich durch ihre Forderung nach mehr Partizipation für die Bevölkerung aus. Öffentlichkeit stärkt hier in dieser Theorie gesellschaftliche Partizipation durch Kommunikation und verbesserter Entscheidungsfindung.

Interessant in dem Zusammenhang dieser Arbeit ist natürlich auch zu wissen, in wie weit Gegenöffentlichkeit, zum Beispiel in Form von Bürgerinitiativen, in dieses Beziehungsdreieck passt. Dafür wird nun in den folgenden Kapiteln auf den Begriff der Gegenöffentlichkeit genauer eingegangen.

---

<sup>78</sup> vgl. Wimmer 2007: 66 ff.

## 5. Die Gegenöffentlichkeit

### 5.1 Historischer Ursprung des Begriffes

Eine Art historische Geschichte der Gegenöffentlichkeit und ihrer Theorien kann kaum aufgezeigt werden. Die theoretische Rezeption erfolgte in der praktischen Gegenöffentlichkeit von jeher eher lückenhaft. Auch die Materialien zur Verbreitung und Diskussion der Theorien der Gegenöffentlichkeit wurden nicht strukturiert gesammelt.<sup>79</sup>

Einigen Wissenschaftlern nach existiert der Begriff der Gegenöffentlichkeit schon seit dem 15. Jahrhundert, praktiziert durch die Flugschriften der Reformatoren. Doch für die Bezeichnung von Gegenöffentlichkeit im modernen Sinn und relevanten Teil für diese Arbeit, ist es sinnvoller, sich auf die 60er und 70er Jahre des 20. Jahrhunderts zu beziehen. In dieser Zeit war erstmals die Rede von ‚alternativen Medien‘, vor allem geprägt durch die Entstehung der Studentenbewegung. In dieser aufstrebenden Bewegung stellt die Gegenöffentlichkeit den ‚Gegenbegriff‘ zur existierenden Öffentlichkeit dar, welcher unterstellt wird, von den Massenmedien und der Politik gesteuert und instrumentalisiert zu werden. Es ist also eine Art ‚Kampfbegriff‘, der sich gegen die bestehenden Verhältnisse in Gesellschaft, Politik und der Medienlandschaft wendet und das Ziel hat, zu verändern.<sup>80</sup>

### 5.2 Modelle und Funktionen der Gegenöffentlichkeit

Der Zusammenhang zwischen Öffentlichkeit, Medien und Demokratie wird nach Oy (2001) in dem Konzept der Gegenöffentlichkeit quasi bestätigt. Wie schon in der Begriffsdefinition von Gegenöffentlichkeit weiter oben angeführt, gibt es nach Oy (2001) drei „idealtypische Konzepte alternativer Kommunikation“<sup>81</sup>: Modell der gegenöffentlichen, der authentischen und der emanzipativen Kommunikation. Um einen Schritt weiter zu gehen, wird Gegenöffentlichkeit nun in vier Dimensionen aufgeteilt, welche den Begriff an sich sowie seine Funktion noch näher definieren.<sup>82</sup>

---

<sup>79</sup> vgl. Bauer 2002: 5

<sup>80</sup> vgl. Wimmer 2007: 153-154

<sup>81</sup> Oy 2001, zit. nach ebd.: 154-156

<sup>82</sup> vgl. ebd.: 157-164 (Hervorhebung im Original)

1. *Gegenöffentlichkeit als eine bestimmte Form der Gegenthematisierung:* Durch die mediale Veröffentlichung erfährt die Bevölkerung die Informationen und Meinungen, welche sonst zurückgehalten werden. Gegenöffentlichkeit hat also die Aufgabe, jene Informationen gesellschaftlich zu thematisieren. Ein wichtiges Stichwort dazu ist die (Wieder-) Herstellung der *Authentizität der Massenkommunikation*. Verwirklicht wird die gesellschaftliche Gegenthematisierung von *alternativen Medien* sowie *marginalisierten Gesellschaftsgruppen* (gesellschaftliche Gruppen, welche vor allem wegen ihrer politischen Einstellung an den ‚Rand‘ gedrängt werden).
2. *Alternative und bewegungseigene Medien:* Unter alternativen Medien versteht man die ‚Alternative‘ zu den sogenannten Mainstream – Medien. Sie tragen dazu bei, dass eine andere Sicht auf die medialen Themen möglich ist. Bewegungseigene Medien dienen eher der internen Kommunikation.
3. *Gegenöffentlichkeit als bestimmte Öffentlichkeitsform bzw. als spezifischer Teil des allgemeinen Publikums:* Gegenöffentlichkeit soll einerseits den gesellschaftlichen Diskurs erweitern, dann ist die Rede von kritischen Teilöffentlichkeiten. Andererseits soll sich Gegenöffentlichkeit vom Diskurs entfernen, wie bei den autonomen Teilöffentlichkeiten.
4. *Gegenöffentlichkeit als eine bestimmte medial- und / oder kulturell vermittelte Praxisform:* Gegenöffentlichkeit wird hier als eine Art kulturellen Strategie verstanden. Das heißt, Gegenöffentlichkeit und ihre alternative Kommunikation darf nicht ohne den Bezug auf soziale Umstände gesehen werden. Das relevante Stichwort ist hier die *subjektive Dimension*.

Abgesehen von den bereits erwähnten marginalisierten Gesellschaftsgruppen gibt es auch viele Teilöffentlichkeiten oder Gegenöffentlichkeiten, welche eine „partizipatorische Gleichstellung“<sup>83</sup> der Bevölkerung fordern. Diese Gruppen besitzen die Funktion der Förderung von Demokratie und kulturell offenen Gesellschaften. Dann gibt es noch bestimmte Gegenöffentlichkeiten, denen eigentlich kaum von der Politik und ihren Medien (bewusst „ihre Medien“ verwendet, um darauf hinzuweisen, dass diese Gruppen eventuell von alternativen

---

<sup>83</sup> Wimmer 2007: 183

Medien unterstützt werden) Aufmerksamkeit geschenkt werden. Diesen werden jedoch sogar zwei Funktionen zugewiesen: eine „*gruppenspezifische*“ und eine „*gesamtgesellschaftliche*“ Funktion.<sup>84</sup>

### 5.3 Die Dimensionen von Gegenöffentlichkeit

Es gibt drei Komplexitätsebenen, auf die sich der Begriff der Gegenöffentlichkeit beruft.<sup>85</sup>

1. **Makroebene:** diese besteht aus der alternativen Öffentlichkeit und alternativen Folgemedien.
2. **Mesoebene:** gekennzeichnet durch eine partizipatorische Öffentlichkeit sowie durch Bewegungsöffentlichkeit / -medien.
3. **Mikroebene:** hier herrschen der Medienaktivismus, mediale Interventionen und eine alternative Kommunikationspraxis.

Um auf den Begriff der Bürgerinitiativen zu kommen, kann angemerkt werden, dass Bürgerinitiativen und ihre Formen von äußerer und innerer Kommunikation in der Mikroebene als alternative Kommunikationspraxis anzusiedeln sind.

### 5.4 Institutionen von Gegenöffentlichkeit

Wimmer (2007) erwähnt in seiner Arbeit über Öffentlichkeits- und Gegenöffentlichkeitsphänomene vier Institutionen von Gegenöffentlichkeit:

1. **Die neue soziale Bewegung (NSB):** vor allem vertreten durch die Studentenbewegung der 60er und 70er Jahre. Sie steht für die Kritik an der gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Die NSB kann auch als eine „*Bewegungsöffentlichkeit*“<sup>86</sup> betitelt werden, deren innere Kommunikation voraussetzend für das nötige ‚Wir-Gefühl‘ ist.
2. **Alternative Medien:** gehen einher mit der NSB. Haben sich sozusagen als abweichende Möglichkeit zu den bestehenden Medien und dem

---

<sup>84</sup> vgl. Wimmer 2007: 183

<sup>85</sup> vgl. ebd.: 238-241

<sup>86</sup> ebd: 207

„professionellen Journalismus“<sup>87</sup> gebildet. Sowohl die Produktion als auch die Kommunikation / der Inhalt entstehen durch eine „*alternative Art*“<sup>88</sup>.

3. **Aktivisten:** durch die neuen Medien entstehen neue Möglichkeiten der Artikulation, Emanzipation / Identitätsbildung, Information / Kommunikation, Mobilisierung, Organisation, Protest und Subversion für die Akteure.<sup>89</sup> Wichtiges Stichwort hier: „*Netzaktivismus*“<sup>90</sup>.
4. **Projekte:** zeichnen sich durch ihre subversive radikale Kritik aus, mit der sie die Wahrnehmung der Bevölkerung durcheinander bringen möchten. Ziel ist es, dadurch die Kommunikationszusammenhänge der medialen Öffentlichkeit zum Schwanken zu bringen.<sup>91</sup> Auch verbunden mit dem Ausdruck „*Kommunikationsguerilla*“<sup>92</sup>.

Wo sich Bürgerinitiativen, als eine Form von Gegenöffentlichkeit, einordnen lassen, das heißt es, im Laufe der Arbeit herauszufinden.

## **5.5 Das Verhältnis von Gegenöffentlichkeit und Massenmedien nach Jeffrey Wimmer (2007)**

In dem Kapitel zu Öffentlichkeit wurde schon auf die Beziehung von Demokratie, Öffentlichkeit und Massenmedien eingegangen. Bezüglich der Thematik dieser Arbeit und der Wichtigkeit des Begriffes der Gegenöffentlichkeit soll hier die Beziehung von Gegenöffentlichkeit und Massenmedien erörtert werden. Die Bezugnahme zu den Massenmedien ist aus dem Grund wichtig für diese Arbeit, da die Kommunikation der Bürgerinitiativen nach Außen und auch innerhalb der Gruppe herausgearbeitet werden sollen, um ihre Effizienz und Relevanz für die Zielverfolgung und den Erfolg einer solchen Initiative festzustellen. Zunächst soll dies durch Literaturarbeit geschehen, um dann anhand des Experteninterviews und der Inhaltsanalyse einen praktischen Zugang und eine Art Beleg für alle theoretischen Überlegungen zu bekommen.

---

<sup>87</sup> Wimmer 2007: 193

<sup>88</sup> ebd.: 211

<sup>89</sup> vgl. ebd.: 217

<sup>90</sup> ebd.: 215

<sup>91</sup> vgl. ebd.: 225

<sup>92</sup> ebd.: 222

Gegenöffentlichkeit ist, wie schon in den Begriffsdefinitionen angegeben, eine Öffentlichkeit, welche nicht automatisch in der Öffentlichkeit und damit ‚in den Medien‘ vertreten ist. Die Institutionen, Vereine, Verbände, und Initiativen müssen sich selber ‚Gehör‘ und Aufmerksamkeit verschaffen, um in das Mediensystem integriert zu werden oder zumindest erwähnt zu werden. Vor allem auch aus dem Grund heraus, da sie kaum bis keinen Einfluss in politischer Form haben.<sup>93</sup>

Wimmer teilt seine Erläuterungen zum Verhältnis der Gegenöffentlichkeit und seiner Institutionen zu den Massenmedien in verschiedene Punkte auf: (1) Kommunikationsziele, (2) Kommunikationsstrategien und (3) massenmediale Resonanz.

Ad 1) Wimmer (2007) erklärt die Ziele anhand einer Grafik, welche er in zwei Oberkategorien teilt:<sup>94</sup> ‚Vorder- und Hinterbühne der politischen Öffentlichkeit‘. Symbolisch für die öffentlich eher transparenten und eher schwer einsehbaren politischen Prozesse. Auf der Vorderbühne zu sehen sind die Kommunikationsarten Medienarbeit und Aktionen, die medienbezogene Kommunikationsziele verfolgen. Die publikumsbezogenen Kommunikationsziele wiederum stützen sich auf die Bevölkerung sowie Mitglieder und Sympathisanten. Die Hinterbühne wird besetzt durch Lobbying, was politikbezogene Kommunikationsziele hat.

Ad 2) Um diese Ziele zu erreichen, ist es von Nöten, Strategien zu verfolgen. Angeführt werden hier vier zentrale Kommunikationsstrategien:

- a) **Enthaltungs – Strategie:** Ein Versuch, die Massenmedien zu beeinflussen, wird aufgegeben.
- b) **Angriffs – Strategie:** Extreme Kritik, zum Teil sogar extreme Handlungen gegenüber den Massenmedien.
- c) **Anpassungs – Strategie:** ‚Regeln‘ der Massenmedien werden akzeptiert und befolgt, um die Berichterstattung zu beeinflussen. Die *„Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit“*<sup>95</sup> steht im Vordergrund.
- d) **Alternativen – Strategie:** Gründung von eigenen Medien, zum Teil auch von neuen Institutionen (im Zusammenhang mit den NSB).

---

<sup>93</sup> vgl. Wimmer 2007: 225-226

<sup>94</sup> vgl. ebd.: 227

<sup>95</sup> ebd.: 228

Ad 3) Die Medienresonanz ist ein sehr wichtiges Indiz für die „*Stärke kollektiver Akteure aus dem Spektrum der Gegenöffentlichkeit*“<sup>96</sup>. Es gibt verschiedene Faktoren, welche die Entstehung von Medienresonanz hervorrufen:<sup>97</sup>

- **Politikfaktoren:** *Genereller Status, Stellung im politischen Prozess*
- **Ereignisfaktoren:** *Nachrichtenwert, Routine vs. Krisenphasen*
- **Medienfaktoren:** *Blattlinie, inter-media agenda setting, Medialität*
- **Organisationsfaktoren:** *Professionalisierung, Ressourcen, Inszenierung symbolischer Ereignisse, Merkmale der Botschaft*

Für die Gegenöffentlichkeit bedeutet das oftmals eine eher sprunghafte Medienresonanz. Durch die Professionalität von Medien generell und Medienarbeit der Gegenöffentlichkeit hat sich dennoch eine ‚ruhigerer‘ Umgang zwischen Massenmedien und den Akteuren der Gegenöffentlichkeit eingestellt.<sup>98</sup>

Anschließend, mit Bezug auf Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit, soll im nächsten Kapitel die theoretischen Ansätze zu beiden Begrifflichkeiten angeführt und in Beziehung zueinander sowie zum Schwerpunkt der Forschungsarbeit gebracht werden.

---

<sup>96</sup> Wimmer 2007: 228

<sup>97</sup> vgl. ebd.: 228-231

<sup>98</sup> vgl. ebd.: 231

## 6. Theorien zur Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit

### 6.1 Öffentlichkeit und Erfahrung nach Negt und Kluge (1974)

Dieser Theorieansatz nähert sich sehr an die marxistische Theorie an. Negt und Kluge unterscheiden hier im Wesentlichen die ‚bürgerliche‘ und die ‚proletarische‘ Öffentlichkeit. Die bürgerliche Öffentlichkeit steht im übertragenen Sinne für die gesamtgesellschaftliche Öffentlichkeit, in ihren Worten ist das eine bürgerliche Scheinöffentlichkeit, welche eine „*Gegenöffentlichkeit als Ausdruck der dialektischen Widersprüche in Produktion und Erfahrung*“<sup>99</sup> von Nöten hat. Diese Gegenöffentlichkeit sehen die Autoren in der proletarischen Öffentlichkeit, „*ein Block wirklichen Lebens*“<sup>100</sup>. Näher soll an dieser Stelle nicht auf die Theorie der Autoren eingegangen werden, da diese sehr stark auf die Begriffe des Marxismus eingeht, welche in dieser Arbeit nicht relevant sind. Negt und Kluge weisen dennoch ausdrücklich darauf hin, dass die Gegenöffentlichkeit nicht nur aus den Aspekten der kritischen Diskurse und Diskussionen bestehe, sondern in einem weitergehenden Kontext gesehen werden müsse. In diesem Zusammenhang sind vor allem die sozialen, politische und kulturellen Handlungen sowie Erfahrungen zu beachten.<sup>101</sup>

### 6.2 Habermas: „Strukturwandel der Öffentlichkeit“

In der Theorie von Habermas, erstmals 1962 publiziert, dominiert das Modell der ‚bürgerlichen Öffentlichkeit‘, was bedeutet, dass der emanzipatorische Charakter der Öffentlichkeit, ausgehend vom Bürgertum, wesentlich für dieses Modell ist.<sup>102</sup> Aufbauend auf seine Theorie des kommunikativen Handelns (1988), versucht Habermas die „*Akteurs- und Strukturdimension*“<sup>103</sup> von Öffentlichkeit in einen Zusammenhang zu bringen sowie eine Art Idealvorstellung von Öffentlichkeit darzustellen.<sup>104</sup> Habermas sieht die Öffentlichkeit als „*notwendige Voraussetzung für die Demokratie*“<sup>105</sup> und als einen Raum, in dem, ausgehend von Teilöffentlichkeiten, kommuniziert und ausgedrückt wird. Gegenöffentlichkeiten

---

<sup>99</sup> Bauer 2002: 7

<sup>100</sup> Negt / Kluge 1974: 107

<sup>101</sup> vgl. Bauer 2002: 7

<sup>102</sup> Habermas 1990, zit. nach Wimmer 2007: 71

<sup>103</sup> ebd.

<sup>104</sup> vgl. ebd.: 87

<sup>105</sup> Habermas 1990, zit. nach ebd.

entstehen für ihn nur abgegrenzt von Öffentlichkeiten, unterstehen aber diesen in ihrer Struktur.<sup>106</sup>

Jürgen Habermas' Strukturwandel entwickelt eine „*Dialektik von Widersprüchen des Begriffes ‚Gegenöffentlichkeit‘ in verschiedenen historischen Ausformungen*“<sup>107</sup>, die hier kurz anhand einer chronischen Aufzählung mit Erläuterungen dargestellt werden sollen.<sup>108</sup>

- **Mittelalter:** vertreten durch die „*repräsentative Öffentlichkeit*“. Öffentlichkeit wird hier als Statusmerkmal gesehen, angewiesen auf das gegenwärtige Publikum.
- **Finanz- und Bürgertum:** eine „*Öffentlichkeit der rasonierenden Bürger*“. Öffentlichkeit im Zuge der Emanzipation als „*Berufung der Vernunft*“.
- **Gegenwärtige westliche Gesellschaften (1962):** „*Zugang zur Öffentlichkeit für alle in ihr lebenden Mitglieder*“. Die Realität zeigt aber, dass Öffentlichkeit viel mehr durch Organisationen vertreten wird als durch Individuen. Dies wiederum verweist wieder auf das Konzept der „*repräsentativen Öffentlichkeit*“.

Diese moderne Form der repräsentativen Öffentlichkeit ist für Habermas eine „*gesellschaftliche Repression*“, zu der auf der einen Seite der Begriff der „*manipulativen Publizität*“ und auf der anderen Seite der Begriff der „*kritischen Publizität*“ gehört.<sup>109</sup>

Jeffrey Wimmer (2007) geht, von seinem Erkenntnisinteresse ausgehend, auf die kommunikationswissenschaftliche Perspektive des Ansatzes von Habermas ein und belegt, dass das Öffentlichkeitskonzept von Habermas „*Maßstäbe für soziale und politische Veränderungen und Entwicklungen‘ in einer von Massenmedien beherrschenden Gesellschaft*“<sup>110</sup> setzt: „*Öffentlichkeit aus der Perspektive von Habermas [...] kann als ein Netzwerk für die Kommunikation von Meinungen verstanden werden, das als intermediäre Instanz zwischen Lebenswelt und anderen*

---

<sup>106</sup> vgl. Wimmer 2007: 88

<sup>107</sup> Bauer 2002: 6 (Hervorhebung im Original)

<sup>108</sup> vgl. ebd.: 6-7

<sup>109</sup> vgl. ebd.: 6

<sup>110</sup> Wimmer 2007: 89 (Hervorhebung im Original)

*funktionalen Teilsystemen vermittelt.*“<sup>111</sup> Austausch von Meinungen und Argumenten in diesem Netzwerk soll zu einer breiten Akzeptanz und schließlich zu einer öffentlichen Meinung führen.<sup>112</sup>

### **6.3 Gerhards & Neidhardt: „Öffentlichkeit als intermediäres System“**

Auf den intermediären Aspekt gehen auch Gerhards und Neidhardt ein. Sie knüpfen an Habermas' Öffentlichkeitskonzept an und sehen „*Öffentlichkeit als Ort der öffentlichen Meinung*“<sup>113</sup>. Auch hier werden akteurs- und systemtheoretische Annahmen miteinbezogen. Die beiden Autoren kritisieren jedoch am Ansatz Habermas (auch an der Systemtheorie Luhmanns von 1996) die fehlende empirische Überprüfbarkeit und wollen deswegen ein Modell der Öffentlichkeit entwerfen, welches zwar als Ideal das von Habermas entworfene Modell sieht, doch auch für die Empirie geeignet ist. Sie beschreiben Öffentlichkeit als eine ‚Arena‘, welche zwischen der Politik und den Bürgern vermittelt und auf den Austausch von Meinungen und Informationen baut. Die sprachliche Verständigung stellt das Medium dar, Öffentlichkeit kann somit auch „*Diskussionssystem*“ oder „*intermediäres System*“ genannt werden.<sup>114</sup>

Die *öffentliche Meinung* ist für Gerhards und Neidhardt eine Meinung, welche mit einer breiten Akzeptanz in der Öffentlichkeit rechnen kann, eine *herrschende Meinung*. Die politische Funktion von Öffentlichkeit stellt die Aufgabe dar, genau diese vertretene Meinung an die Bürger und die Politik zu verbreiten.<sup>115</sup> Andere Funktionen der Öffentlichkeit sind die Informationssammlung, -verarbeitung, -anwendung und-vermittlung.

Beide bislang genannten Theorien, die von Habermas der bürgerlichen Öffentlichkeit und die darauf aufbauende von Gerhards & Neidhardt, beschäftigen sich primär mit der Öffentlichkeit und lassen die Gegenöffentlichkeit eher nur als Nebeneffekt erscheinen. Folgendes Unterkapitel soll nun auf die kritische Theorie (Horkheimer & Adorno von 1969) als Basis für die Gegenöffentlichkeit eingehen.

---

<sup>111</sup> Wimmer 2007: 89

<sup>112</sup> vgl. ebd.: 108

<sup>113</sup> ebd.: 107

<sup>114</sup> vgl. ebd.: 108

<sup>115</sup> vgl. ebd.

#### 6.4 Horkheimer & Adorno: „Die kritische Theorie“

Schon die Schriften der Frankfurter Schule<sup>116</sup> sowie unter anderem auch die von Enzensberger (1970) gehen auf die Gegenöffentlichkeit ein und stellen den theoretischen Unterbau dar. Die Charakteristik der Medien, aufzuklären und aufzudecken, wurde von diesen Autoren erkannt und niedergeschrieben. An der Öffentlichkeit kritisiert wurden speziell die „*Strukturen, Kommunikationsinhalte und Funktionen*“, wobei die Öffentlichkeit hier mit der Massenkommunikation gleichgesetzt wurde.<sup>117</sup> Besonders im Fokus haben die Autoren der Kritischen Theorie den Einfluss und die Möglichkeiten der neuen Medien. Sie belegen, dass auch Technik nie ganz neutral sein, sondern dass Medientechnik, in Form von Massenmedien, in das soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben der Individuen eingreifen und somit Informationen und Meinungen beeinflussen kann. Dadurch wird das „*Bild von Öffentlichkeit und Realität*“<sup>118</sup> in der Gesellschaft durch die Medien geprägt.

Auf eine der kritischen Theorieansätze soll im nächsten Unterkapitel näher eingegangen werden, vor allem in Hinblick auf Bürgerinitiativen und Partizipation im Allgemeinen.

##### 6.4.1 Der emanzipatorische Ansatz von Enzensberger (1970)

Hans Magnus Enzensberger sieht in den modernen Massenmedien, den elektronischen Medien, die Möglichkeit zu Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, im speziellen Fall zur Überwindung des Monokapitalismus. Der Hauptkritikpunkt, den Enzensberger äußert, ist „*der Vorwurf, daß [sic!] es bis heute nicht gelungen sei, aus den Massenkommunikationsmedien echt Kommunikationsmittel zu machen*“<sup>119</sup>. Im Gegenteil: Medien wie Rundfunk und Fernsehen sollen die Kommunikation sogar verhindern, was nach Enzensberger auf der klassischen Aufteilung der Arbeitsteilung zwischen Produzenten und Konsumenten beruht. Seiner Meinung und auch die Bertolt Brechts (1932) nach, sollte der Konsument / Empfänger / Zuhörer, ebenfalls

---

<sup>116</sup> Frankfurter Schule: Autoren des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, gegründet von Horkheimer und Adorno

<sup>117</sup> vgl. Wimmer 2007: 167

<sup>118</sup> ebd.: 173

<sup>119</sup> Burkart 2002: 518

als eine Art Produzent agieren und die Medien als Sender nutzen können und nicht isoliert werden.<sup>120</sup> Die Wirklichkeit jedoch zeigt, dass der Konsument allenfalls, durch Videogeräte oder Kameras, „zum Amateur und nicht zum Produzenten“<sup>121</sup> wird. Als Lösung sieht Enzensberger die Mobilisierung der Massen, welche durch die Massenmedien ermöglicht wird. Aktiver und hinterfragender Mediengebrauch soll bloßes Aufnehmen von Informationen ersetzen.<sup>122</sup> Wichtig ist für Enzensberger, neben der einzelnen Teilnahme an der Produktion, der „gesellschaftlich kontrollierte, kollektive Gebrauch“, „die sogenannte emanzipatorische Nutzung von Medien“.<sup>123</sup>

6.4.2 Repressiver und Emanzipatorischer Mediengebrauch im Vergleich  
 Enzensberger stellt nun den repressiven, nach ihm der für kapitalistische Gesellschaften typische, und den emanzipatorischen Mediengebrauch gegenüber.<sup>124</sup> Den Vergleich führt er hier anhand einer tabellarischen Gegenüberstellung von Roland Burkart (2002) durch:<sup>125</sup>

<b>Repressiver Mediengebrauch</b>	<b>Emanzipatorischer Mediengebrauch</b>
Zentral gesteuertes Programm	Dezentralisierte Programme
Ein Sender, viele Empfänger	Jeder Empfänger ein potentieller Sender
Immobilisierung isolierter Individuen	Mobilisierung der Massen
Passive Konsumentenhaltung	Interaktion der Teilnehmer, Feedback
Entpolitisierungsprozess	Politischer Lernprozess
Produktion durch Spezialisten	Kollektive Produktion
Kontrolle durch Eigentümer und Bürokraten	Gesellschaftliche Kontrolle durch Selbstorganisation

Tabelle 1: Repressiver vs. Emanzipatorischer Mediengebrauch

Diese Gegenüberstellung soll an dieser Stelle die Unterschiede zwischen repressiven und emanzipatorischen Mediengebrauch in den einzelnen Punkten vereinfacht dargestellt und damit besser deutlich gemacht.

<sup>120</sup> vgl. Burkart 2002: 518-519

<sup>121</sup> ebd.: 519

<sup>122</sup> vgl. ebd.

<sup>123</sup> Wimmer 2007: 172

<sup>124</sup> Enzensberger 1970: 173, zit. nach ebd.: 172

<sup>125</sup> vgl. Burkart 2002: 520

Um das Phänomen Mediengebrauch besser begreifen und ihren Gebrauch besser einordnen zu können, geht das nächste Kapitel auf die (Massen-) Medien genauer ein.

## 7. Massenmedien und ihre Funktionen

Die politischen Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen Kommunikation und ihrer (Massen-) Medien sind [...] nicht nur von der Verfasstheit eines gesellschaftlichen Systems [...] aus zu betrachten und zu erklären. Ihre Wirksamkeit ist auch von der an den Tag gelegten, vorauseilenden bis lediglich gerade noch vollzogenen Willfähigkeit von Medieneigentümern sowie diesen unterstellten Journalisten oder von anderen Publizisten aus zu erfassen.<sup>126</sup>

Diese Aussage von Wolfgang Duchkowitsch (2002) leitet dieses Kapitel Massenmedien und ihre Funktionen, vor allem vor dem Hintergrund der Verantwortung der Massenmedien, sehr treffend ein. Die „*Aktivitäten der Gegenöffentlichkeit*“ sollen unter anderem in dieser Arbeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten herausgestellt werden. Da spielen sowohl die „*politischen Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Kommunikation*“ als auch die „*Funktionsleistungen von (Massen-) Medien*“ eine Rolle.<sup>127</sup>

In den folgenden Abschnitten wird auf die Massenmedien und ihre Funktionen von ihren Anfängen bis zur Gegenwart eingegangen.

Die Massenmedien und ihre Funktionen sind durch die Entwicklungen der letzten Jahrhunderte geprägt: Angefangen bei der französischen Revolution und des Stellenwerts des Bürgertums bis hin zum politischen System der Demokratie und ihrer bürgerlichen Öffentlichkeit heute. Was früher in Wien die sogenannten „*Zeitungssinger*“ und „*Liederweiber*“ waren, könnten heutzutage die Parole rufenden Demonstranten zu einem aktuellen gesellschaftlich diskutiertem Thema, wie zum Beispiel Stuttgart 21, sein.<sup>128</sup> Das dazugehörige Medienforum, in dem Fall die Zeitungen der Bürgerinitiativen oder Internetplattformen, waren früher die „*Geschriebenen Zeitungen*“<sup>129</sup>. Wichtig zu erwähnen ist auch die staatliche Einflussnahme auf die Massenmedien, diese entwickelte sich im Laufe der Jahrzehnte und gestaltete sich durch die Gesetzgebung für Medien, Subventionen,

---

<sup>126</sup> Duchkowitsch 2002: 53

<sup>127</sup> vgl. ebd.

<sup>128</sup> vgl. ebd.: 54

<sup>129</sup> ebd.

Kapitalbeteiligungen, Eigentum des Staats an Medien-Institutionen, Personal- und Informationspolitik.<sup>130</sup>

Medien oder Massenmedien haben in dieser Arbeit einen hohen Stellenwert: „*Medien kontrollieren die Macht der Mächtigen*“. <sup>131</sup> Medien können über die Macht oder den Einfluss bestimmter Gruppierungen, Institutionen auf die Öffentlichkeit und die öffentliche Meinung entscheiden oder sie zumindest stark prägen. In dem Fall einer Gruppierung, wie die einer Bürgerinitiative, sind Massenmedien der Schlüssel zur Öffentlichkeit. Nicht selten kommt es vor, dass Medien von einzelnen Interessensverbänden abhängig sind, sie diese „*Interessensabhängigkeit*“<sup>132</sup> jedoch hinter dem Anspruch der Objektivität der Medien geschickt verstecken.<sup>133</sup>

„*Der ‚Teilhabe‘- oder ‚Teilnahme‘ – Begriff spielt in der neueren demokratie – theoretischen Diskussion eine zentrale Rolle.*“<sup>134</sup> Folglich sollen hier zwei Modelle der Teilhabe am öffentlichen Kommunikationsprozess angeführt werden. Der partizipative und der anwaltschaftliche Journalismus zeigen die Funktion der Massenmedien in der Verantwortung gegenüber dem Rezipienten bzw. der Bürger. Zum einen in Form von Partizipation am Journalismus bzw. an der Medien (-inhalts) -gestaltung, zum anderen in der Aufgabe der Medien als eine Art Anwalt der Rezipienten zu agieren. Auf den Begriff der Verantwortung soll im dritten Unterkapitel näher eingegangen werden.

## **7.1 Partizipatorischer Journalismus**

Unter partizipatorischen oder partizipativen Journalismus wird im Allgemeinen die Tendenz zur Demokratisierung der Medienlandschaft und der damit verbundenen Teilhabe- und sogar Mitwirkungsmöglichkeiten der Rezipienten / Bürger verstanden. Stichwörter wie „*Bedürfniskommunikation*“, „*Interessensartikulation*“, „*repräsentative Vertretung von Interessen*“, „*Teilnahmechancen*“ und „*bürgernahe Medienarbeit*“, welche in der Arbeit von Hans Heinz Fabris (1979) genannt werden, beschreiben den (emanzipatorischen) Ansatz des Versuchs der Veränderung des

---

<sup>130</sup> vgl. Fabris 1979: 31

<sup>131</sup> Pelinka 1994: 18

<sup>132</sup> ebd.

<sup>133</sup> vgl. ebd.: 18-19

<sup>134</sup> Fabris 1979: 139

Massenkommunikationsprozesses. Eine „*Demokratisierung der Massenmedien*“<sup>135</sup>. Nach dem „*partizipatorischen Modell der Benutzung der Kommunikationsmittel*“ von Lasswell (1972) besteht ein „*Recht auf Kommunikation*“, damit sind nicht nur Recht wie Rede- und Pressefreiheit gemeint, sondern ebenso der „*Anspruch auf die Schaffung von Kommunikationsverhältnissen [...], die interaktive und partizipatorische Kommunikation zwischen den Menschen [...] ermöglichen würden*“.<sup>136</sup>

Möglichkeiten der Teilhabe an Kommunikationsprozessen sind auf verschiedenen Ebenen möglich, wobei die Unterscheidung von folgenden Ebenen in diesem Zusammenhang am sinnvollsten erscheint: Produktions-, Verteilungs- und Rezeptionsebene.<sup>137</sup> Es existieren heutzutage viele unterschiedliche Arten von partizipatorischem Journalismus, Beispiele dafür wären unter anderem Internet – Blogs mit Kommentarfunktionen, Publikumsbeteiligung im Rundfunk sowie auch öffentliche Diskussionsrunden zum Beispiel im Rahmen einer Bürgerinitiative. Nach den Autoren Grunwald et al. (2006) können die Arten von Teilhabe und Partizipation nach zwei Aspekten unterschieden werden:<sup>138</sup>

1. **Kollaborativer / Kollektiver Journalismus:** Texte werden von einer bestimmten Gruppe oder von mehreren einzelnen Personen (wie bei Wikipedia) laufend erstellt und ergänzt.
2. **Journalistische / quasi-journalistische Beiträge:** Bestehende Texte im Netz können an Ort und Stelle kommentiert werden, hier entsteht eine Interaktion zwischen Autor und Leser.

Die Möglichkeiten der Partizipation an Medieninhalten, vor allem im Bereich der neuen Medien, sind also gegeben. Fast jeder, zumindest diejenigen, die Zugang zu den Medien haben, können heutzutage mitgestalten, kommentieren und diskutieren. Die Problematik hier entsteht in dem Moment, wenn man von journalistischer Qualität oder Qualitätssicherung spricht. Dies würde aber an dieser Stelle zu weit von der Thematik dieser Arbeit abweichen.

---

<sup>135</sup> vgl. Fabris 1979: 141-145

<sup>136</sup> vgl. ebd.: 147

<sup>137</sup> vgl. ebd.: 164

<sup>138</sup> Grunwald / Banse / Coenen / Hennen 2006: 179

## 7.2 Der anwaltschaftliche Journalismus und seine Aufgaben

Der anwaltschaftliche Journalismus gehört zum aktiven Journalismus. Wie der ‚investigative Journalismus‘ soll auch der anwaltschaftliche Journalismus Missstände aufdecken und öffentlich machen. Das Ziel ist es, diese gesellschaftliche relevanten Missstände zu beseitigen.<sup>139</sup> Wie der Name schon andeutet, werden bestimmte Gruppen oder auch einzelne Personen, von Journalisten vertreten, da sie selber keinen Zugang zu den Medien haben. Im Gegensatz zum investigativen Journalismus dient der anwaltschaftliche Journalismus mehr dem Personen- und Gruppeninteresse als dem öffentlichen Interesse und der Journalist bekennt sich klar und deutlich zu seinem ‚Mandanten‘, der Person oder der Gruppe.<sup>140</sup>

Trotz der vorangehenden Definierung von anwaltschaftlichem Journalismus ist es sehr schwierig eine genaue Festlegung des Begriffes durchzuführen. Begriffe wie alternativer, neuer, subjektiver, partizipatorischer sowie der oben schon erwähnte investigative Journalismus beschreiben ebenso ein Teil des anwaltschaftlichen Journalismus. Schlussendlich stehen alle genannten Formen des Journalismus im Gegensatz zum traditionellen Journalismus.<sup>141</sup> Den Ursprung findet der anwaltschaftliche Journalismus in den USA, zeitlich gesehen während des Vietnam – Krieges. Doch auch schon vorher haben sich Journalisten als Anwälte von Minderheiten oder benachteiligten Gruppen oder Personen gesehen und versucht, diese und ihre Meinungen zu verteidigen, wie zum Beispiel die Publizisten des Vormärz, welche sich als „*Vorkämpfer für die liberalen Rechte der Ausdrucksfreiheit*“<sup>142</sup> sahen.

Um neben den Definitionen ein klares Bild vom anwaltschaftlichen Journalismus zu bekommen, bestimmte H.H. Fabris (1979) die wichtigsten Merkmale dieser Art von Journalismus:<sup>143</sup>

- *Engagement für konkrete Ziele oder Gruppen,*
- *Anwaltschaftlicher Journalismus ist Meinungsjournalismus,*
- *er erhebt keinen Objektivitätsanspruch, er ist subjektiv,*

---

<sup>139</sup> vgl. Hielscher 2004: 23

<sup>140</sup> vgl. ebd.: 23

<sup>141</sup> vgl. Nowotny 1985: 77

<sup>142</sup> ebd.: 78

<sup>143</sup> vgl. Fabris 1979: 210-211

- *der Journalist nimmt Anteil an den Berichtsgegenständen; die Propagierung von Meinungen bleibt nicht mehr allein den Leitartikel-Verfassern und Kolumnenschreibern überlassen,*
- *der Journalist bedient sich anderer stilistischer Möglichkeiten als in der herkömmlichen Berichterstattung,*
- *die Verantwortung des Journalisten ist ungleich höher, als bei der objektiven Nachrichtenübertragung.*

Im Hinblick auf lokale Kommunikation, zum Beispiel ausgehend von Bürgerinitiativen, spielt der anwaltschaftliche Journalismus eine bestärkende Rolle. Durch die Interessen der lokalen Medien an lokalen Themen sowie das Interesse der Initiativen oder Verbänden an der Herstellung einer Öffentlichkeit, entsteht eine Verbindung, zum Teil auch Abhängigkeit, zwischen den Initiativen / Verbänden und den lokalen Medien.<sup>144</sup> Ein Beispiel eines lokalen Mediums, welches die Aufgabe eines ‚Anwaltes‘ übernehmen kann, ist die Stadtteilzeitung. Wie in den Begriffsdefinitionen bereits beschrieben, vertreten diese „*Alternativzeitungen*“ die lokalen Interessen und gründen sich meist durch die „*Monopolisierung der Medienlandschaft, der Unterdrückung von Minderheitenmeinungen und der Absenz der Massenmedien von einer Vielzahl von Bereichen des täglichen Lebens*“.<sup>145</sup> Die meisten dieser Zeitungen sind politisch motiviert oder stehen im Zusammenhang zu Bürgerinitiativen oder anderen Gruppierungen. Auf das Medium der Stadtteilzeitung wird im empirischen Teil dieser Arbeit noch einmal eingegangen, da sie als Untersuchungsgegenstand fungiert.

Fabris (1976) stellt den Anspruch der Partizipation sowie die Massenmedien in folgenden Zusammenhang:<sup>146</sup>

Den Massenmedien kommt in den aufbrechenden gesellschaftlichen Konflikten, die sich an diesen Problemen entzünden, eine zunehmend wichtigere Rolle zu. Die Konkurrenz- wie Konfliktsituation zwischen Medienjournalisten und Laien-Kommunikatoren [worunter die Akteure von Bürgerinitiativen oder auch Stadtteilzeitungen fallen] dürften in Zukunft [...] häufiger werden. Es ist zu erwarten, daß (sic!) aus diesen Auseinandersetzungen neue Formen partizipatorischer Medienarbeit entstehen werden. Auf längere Sicht ist eine Lösung der anstehenden

---

<sup>144</sup> vgl. Fabris 1979: 211-212

<sup>145</sup> vgl. ebd.: 219

<sup>146</sup> vgl. ebd.: 232

Probleme nur in der Entwicklung solcher kommunikativen Formen und Bedingungen zu sehen, in denen die Teilhabe von Interessen möglich ist, die über die in der repräsentativen Öffentlichkeit vertretenen Parteien, Verbände und Wirtschaftsinteressen hinausgehen.

Welche Aufgaben die Massenmedien genau haben und welche Verantwortung sie tragen, darauf wird das folgende Unterkapitel eingehen.

### **7.3 Welche Verantwortung tragen die Massenmedien?**

Auf die Massenmedien, ihren Aufgaben, ihre Wirkung und Formen wurde in dieser Arbeit schon mehrmals eingegangen. Die Verantwortung der Medien ist in Bezug auf Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit, Partizipation und Beteiligungsformen, ein wichtiger Aspekt. Durch die Massenmedien können Teilöffentlichkeiten Öffentlichkeit erreichen, durch sie erfahren sie Aufmerksamkeit und gewinnen an Teilnahme. Gegenöffentlichkeiten, wie auch schon angeführt, entstehen, wenn sich Gruppierungen, Individuen nicht mit der allgemeinen Öffentlichkeit identifizieren können und eine eigene Art von Öffentlichkeit herstellen möchten. Hier geht es oft um Themengebiete, die in der Gesellschaft ‚tabu‘ sind oder von denen das politische System und seine Entscheidungsträger eine Meinung haben, welche nicht von allen Bürgern getragen wird. Genau an dieser Stelle können Medien eingreifen. Die sogenannten emanzipatorischen Ansätze / Konzepte zielen *„auf die Umwandlung der Gesellschaft und im Zuge dessen auch auf die Veränderung im Bereich der Massenkommunikation“*<sup>147</sup> ab und

[...] sie sehen in der Umgestaltung massenmedialer Kommunikation die Voraussetzung für einen gesellschaftlichen Wandel, der die Menschen näher an die Wahrnehmung und Durchsetzung ihrer eigenen Bedürfnisse und Interessen bringt.<sup>148</sup>

Das Konzept zu diesem Ansatz von Hans Magnus Enzensberger wurde im Teil der Theorien schon erörtert, soll hier an dieser Stelle nicht noch einmal erläutert, jedoch erwähnt werden. Der emanzipatorische Denkansatz von Rainer Geißler, welcher sich der *„partizipatorisch-pluralistische Demokratie“* widmet, wird, auch aus dem Grund heraus, weil Geißler auf die Leistungen der Massenmedien eingeht, welche nötig

---

<sup>147</sup> Burkart 2002: 516

<sup>148</sup> ebd.: 516-517

sind für ein verantwortungsvolles Handeln, hier nun näher erklärt. Diese, für eine emanzipatorische Sicht auf die Massenkommunikation und ihre Medien typischen, Ansätze zeigen, welche theoretischen Überlegungen hinter der Entwicklung von Bürgerinitiativen und ähnlichen Organisationen und der Idee der Partizipation steht.<sup>149</sup>

Der demokratietheoretische Ansatz von Rainer Geißler stützt sich auf die schon erwähnte partizipatorisch – pluralistische Demokratieform,

einem politischen System also, in dem eine möglichst einsichtige Teilnahme möglichst vieler Staatsbürger an der Analyse und Entscheidung von politischen Fragen und damit an der Ausübung von Macht und Herrschaft gewährleistet ist.<sup>150</sup>

Partizipation meint hier eine Art stetig andauernde Motivation zum Mitdenken und – handeln, sowohl bei politischen als auch bei gesellschaftlichen Fragen oder Institutionen, wie zum Beispiel die einer Bürgerinitiative. Pluralismus geht hier noch einen Schritt weiter und setzt die Chancengleichheit der unterschiedlichen Interessen der Gruppierungen, sich bei politischen Entscheidungen einzubringen, voraus. Um beide Begrifflichkeiten, Partizipation und Pluralismus, umsetzen zu können, ist es nach Geißler von Nöten eine Art Basiskommunikation zwischen den Bürgern (der Basis des Staates) und den Staatsakteuren zu ermöglichen. So kann eine „pluralistische Öffentlichkeit“ gewährleistet werden. In dieser sollen schließlich, mit Hilfe der Massenmedien, die verschiedenen Interessen Gehör finden und diskutiert werden. Die Massenmedien spielen in der heutigen sehr komplexen Gesellschaft an dieser Stelle eine entscheidende Rolle: sie beeinflussen, abhängig von ihren Leistungen, die tatsächliche Ausführung der Partizipationschancen der Bürger.<sup>151</sup> Diese Leistungen, welche die Medien erfüllen müssen, um Manipulation und Entpolitisierung der Medien und der Basiskommunikation auszuschließen, gestalten sich durch drei Funktionen:<sup>152</sup>

1. *Ideologiekritische Herstellung von Transparenz*: Massenmedien sollten eine Transparenz in Bezug auf politische Probleme, Denken und Handeln durch Information und Kritik bieten.

---

<sup>149</sup> vgl. Burkart 2002: 517

<sup>150</sup> ebd.: 521

<sup>151</sup> vgl. ebd.: 521-522

<sup>152</sup> vgl. ebd.: 522-527

2. *Artikulation von Interessen*: Massenmedien sollten komplexe Fragestellungen und Probleme vereinfachen, das heißt für den Bürger verständlich und zugänglich gestalten.
3. *Pluralistische Kompensation*: Massenmedien sollten die Chancengleichheit aller Interessengruppen fördern und auch diejenigen Gruppierungen unterstützen, denen in der bestehenden Gesellschaftsstruktur nicht genügend publizistische Aufmerksamkeit geschenkt wird. An diesem Punkt tritt der Begriff des anwaltschaftlichen Journalismus auf.

Wenn diese Leistungen seitens der Massenmedien erfüllt würden, dann ist es dennoch von Bedeutung, dass auch das Publikum der Medien, also die Bürger, ihrer Verantwortung bewusst sind. Auch sie müssen sich verändern, um eine demokratische Basiskommunikation und damit die Basis für Beteiligung an politischen Entscheidungen, zu realisieren. Die Bürger müssen erst einmal bereit und offen sein für politische Fragen und Probleme. In dem Fall einer Bürgerinitiative kann aber davon ausgegangen werden, dass zumindest der Part des Publikums, der Bürger, erfüllt ist.

## 8. Bürgerinitiativen

Bürgerinitiativen sind eine Form von Partizipation / Beteiligung. Auf den Begriff der Partizipation wird hier nur noch kurz eingegangen, da im Kapitel Begriffsdefinition die Definitionen von Partizipation und Beteiligung bereits angeführt wurden.

### 8.1 Partizipation und Formen von Beteiligung

Ein Definitionsansatz besagt, dass Partizipation oder auch politische Beteiligung als „*allgemeinere Kategorie des sozialen Handelns*“<sup>153</sup> oder als eine Art Sonderform sozialen Handelns auftritt.

In diesem Sinne bezeichnet politische Partizipation jede Art von Versuchen der Einflußnahme [sic!] oder Beteiligung an dem durch die staatlichen Institutionen und den Bestand der öffentlichen Aufgaben ausgewiesenen politisch/administrativen Bereich und umfaßt [sic!] insbesondere auch die Mitwirkung der Bürger an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben.<sup>154</sup>

Diese Definition wurde gewählt, da sie es erlaubt, einzelne Aktivitäten heraus zu suchen und abzugrenzen<sup>155</sup>, womit nun die unterschiedlichen Arten von Beteiligung beschrieben werden können. Unterschieden wird zwischen direkter und indirekter Beteiligung. Direkte Beteiligung meint hier die Chance der Bürger auf bestimmte politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Zu dieser Form gehören die Bürgerinitiativen als eine „*direkt – demokratische Teilnahmeform*“<sup>156</sup>. Bürgerinitiativen sind rechtlich gesehen nicht verfasst, im Gegensatz zum Beispiel zu Bürgerentscheide oder -begehren. Das bedeutet wiederum, dass die Forderungen und ihre Erfolge abhängig sind von ihrem Einflussvermögen und dies ist abhängig von den politischen Kräfteverhältnissen, denen sie sich stellen müssen.<sup>157</sup> Später in diesem Kapitel wird ausführlicher auf die Rechtsituation von Bürgerinitiativen eingegangen.

---

<sup>153</sup> Buse / Nelles 1975: 41

<sup>154</sup> ebd.

<sup>155</sup> vgl. ebd.

<sup>156</sup> ebd.: 82

<sup>157</sup> vgl. ebd.: 83

## 8.2 Die Bürgergesellschaft

Die Bürgergesellschaft definiert sich aus den Wörtern Bürger und Gesellschaft. Der Bürger als Begriff bringt wiederum Begrifflichkeiten wie Freiheitsrechte, politische Gestaltungsmacht sowie Zivilcourage und Beteiligung mit sich. Auch der Begriff der Demokratie spielt eine wesentliche Rolle, denn durch engagierte Bürger erhält das demokratische System erst seine Würze, sowie die Bürger erst durch eine Demokratie als politisches System eine legale und erwünschte, im Sinne von Verantwortung, Plattform für Beteiligung. Auch die Wirtschaft spielt eine Rolle in diesem Beziehungsdreieck, Stichwort ‚Corporate Social Identity‘. Eine aktive Bürgergesellschaft zeichnet sich nun durch ein neues Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus, *„in dem bürgerschaftliches Engagement – von Einzelpersonen wie von Organisationen, Unternehmen oder Behörden – eine tragende Rolle spielt“*<sup>158</sup>.

Alois Glück (2008) definiert (aktive) Bürgergesellschaft durch eine Abgrenzung zum Begriff der Zivilgesellschaft. Der Begriff der Zivilgesellschaft als solches kommt aus den Vorstellungen der damaligen Oppositionsgruppen der osteuropäischen, kommunistisch geprägten Staaten der 80er Jahre. Unter einer Zivilgesellschaft stellte man sich einen *„quasi staatsfreien Raum“*<sup>159</sup> vor, in welchem sich gegen die Politisierung der Gesellschaft gewehrt wird. Diese Vorstellung wurde auch von den westlichen Staaten übernommen, einhergehend mit der Forderung nach der Demokratisierung der Gesellschaft und der Partizipation der Bürger am politischen Leben. Bei der Vorstellung einer Zivilgesellschaft stehen sich der Staat und die Bürger gegenüber, im Gegensatz zu einer Bürgergesellschaft. In einer Bürgergesellschaft, in einer aktiven, geht es um eine *„neu ausbalancierte Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Staat“*<sup>160</sup>. Die Bürgergesellschaft besteht aus der Verbindung eines handlungsfähigen und starken Staats mit seinen Bürgern, die aktiv in Gesellschaft und Politik mitgestalten möchten. Verbunden damit, ist eine neue Aufgabenverteilung der Bürger und des Staates und somit auch eine Klarstellung des jeweiligen Selbstverständnisses.

---

<sup>158</sup> Dettling 2008: 15

<sup>159</sup> Glück 2008: 84

<sup>160</sup> ebd.: 85

### 8.3 Entstehung der Bürgerinitiativen

Die Entstehung von Bürgerinitiativen gehen einher mit der Forderung der Bürger nach Partizipation am gesellschaftlichen Leben. Durch die Gründung von alternativen Initiativen, mit alternativ ist die Gegenströmung zur allgemeinen Öffentlichkeit und öffentlichen Meinung gemeint, konnten sich die Anhänger der zu diskutierenden Themen ein Forum bauen, in dem möglich war und ist, sich strukturiert für etwas einzusetzen. Die Ziele solcher Initiativen bestehen darin, bestehende Meinungen zu ändern oder auf andere Meinungen und Einstellungen aufmerksam zu machen und diese in Botschaften zu vermitteln. Meist sind soziale Brennpunkte wie zum Beispiel Umwelt- oder lokale Themen sowie bestimmte Medien oder politische Strömungen die Plattform für Bürgerinitiativen.<sup>161</sup>

Die Zeit als die ersten Bürgerinitiativen gegründet wurden, war auch die Zeit der Studentenrevolten der Bundesrepublik Deutschland um Mitte der 60er Jahre. Sie machten vor allem auf Missstände und Fehlentwicklungen in der Gesellschaft aufmerksam und bekamen auch rasch stetig wachsenden Zulauf. Durch die generelle Stimmung in der Bundesrepublik, welche sich gegen das herrschende politische System, ihren Medien und die Öffentlichkeit richtete, aber auch durch „*Defizite bei der Vollziehung von Gesetzen sowie Mängel bei der Durchführung behördlicher Kontrollen*“<sup>162</sup>, wurde die Entstehung der Initiativen und Vereinigungen gefördert. Das Interesse des Einzelnen stand im Vordergrund und konnte somit auch an die Öffentlichkeit weitergetragen werden. Anfangs entstanden Bürgerinitiativen meist durch lokale Betroffenheit, heutzutage jedoch können auch gesamtgesellschaftliche Themen Grund einer Gründung sein.<sup>163</sup> Immer mehr übernehmen Bürger für andere Bürger die Rolle eines Anwalts, das heißt, sie setzen sich für das gemeinsame Interesse ein, artikulieren dieses nach Außen und äußern sich in den unterschiedlichsten Aktionen zur Erreichung ihrer Ziele. „*Betroffenheit in direkter Form ist also nicht mehr Kriterium für Aktivität und Teilnahme in einer Bürgerinitiative*“.<sup>164</sup>

Bürgerinitiativen können in zwei verschiedenen Erscheinungsformen auftreten: erstens als eingetragener Verein und zweitens als „*informelle*

---

<sup>161</sup> vgl. Kriegl 1996: 32

<sup>162</sup> ebd.

<sup>163</sup> vgl. Kienast 1988: 23 ff.

<sup>164</sup> Knirsch / Nickolmann 1976: 13

*Nachbarschaftsgruppe*“<sup>165</sup>, wobei es bei den meisten Initiativen der Fall ist, dass sie zwischen beiden Formen angesiedelt sind. Es gibt außerdem vier unterschiedliche Arten von Bürgerinitiativen, welche anschließend kurz beschrieben werden sollen:<sup>166</sup>

1. Die erste Art von Bürgerinitiativen entsteht durch eine spontane Zusammenkunft von Menschen mit einem gewissen politischen Bewusstsein, die sich für denselben Missstand interessieren und sich nach Beseitigung des Gründungsgrundes wieder auflösen oder ihre aktive Arbeit einstellen.
2. Der zweite Typ von Bürgerinitiativen wird von Bürgern gegründet, die sowohl den Missstand, der sie persönlich betrifft, als auch den Missstand, der andere betrifft, erkennen, sozial engagiert sind und das Wohl ihrer Mitmenschen sowie eine funktionierende Gesellschaft wichtig sind.
3. Eine dritte Unterscheidung oder Steigerung einer Bürgerinitiative entsteht durch den Wunsch heraus, Veränderungen im bestehenden System herbei zu führen. Diese Art von Initiativen ist größtenteils überregional angesiedelt und versuchen durch Unterschriftenaktionen und Werbung auf ihre Botschaften aufmerksam zu machen.
4. Die vierte und letzte Gruppierung von Bürgerinitiativen definiert sich durch ihren starken und fundierten theoretischen Hintergrund sowie ihre extremen Aktionen, wie zum Beispiel eine Hausbesetzung. Sie fordern das Maximale an Beteiligung sowie Mitspracherecht und geben sich dadurch nicht mit Teillösungen zufrieden. Die Mitglieder dieser Initiative wollen aufzeigen, dass die zu kritisierenden *bisherigen Eigentums- und Machtverteilungen* durch das Übergehen der Bedürfnisse der Bürger herrührt.

Nach Pelinka (1978) können die oben angeführten Unterteilungen auch in drei Hauptformen zusammengefasst werden:<sup>167</sup>

1. „Initiativen, die lokal organisiert sind und auf einen lokalen Adressaten zielen.

---

<sup>165</sup> Gabriel 1983: 288

<sup>166</sup> vgl. Kienast 1988: 24

<sup>167</sup> Pelinka 1978: 51

2. *Bürgerinitiativen, die lokal organisiert sind und auf einen überlokalen Adressaten zielen.*
3. *Bürgerinitiativen, die überlokal organisiert sind und auf einen überlokalen Adressaten zielen.“*

#### **8.4 Strukturen von Bürgerinitiativen**

Bürgerinitiativen können den Langzeit- oder Dauerinitiativen sowie den sogenannten Kurzzeit- oder Ad-hoc-Initiativen zugeordnet werden. Nach Mayer-Tasch (1985) zeichnen sich die Langzeitinitiativen durch den Versuch der konkreten „*Einflussnahme auf bestehende oder sich abzeichnende politische, ökonomische, soziale oder kulturelle Verhältnisse und Entwicklungen*“<sup>168</sup> aus, während Ad-hoc-Initiativen eine „*Reaktion auf eine, in der Regel durch behördliches Handeln entstandene Drucksituation*“<sup>169</sup> ist. Diese Drucksituation wird als Missstand gesehen.

Sehr oft sind Bürgerinitiativen spontan, ad-hoc gegründet. Die Mitglieder besitzen ein gemeinsames Ziel und treten für dieses ein, deswegen einen Verein zu gründen ist vielen ein zu hoher Aufwand. Doch auch in diesen Gruppierungen lassen sich Strukturen erkennen. Mayer-Tasch (1985) stellt drei verschiedene Strukturkreise fest:<sup>170</sup>

1. **Führungskreis:** Von dieser Gruppe hängt die „*Funktionsfähigkeit der Gruppe*“ ab, der Führungskreis stellt den „*Kristallisations- und Kommunikationskern*“ dar. Dieser Kreis bleibt durch seinen Anspruch an politische und soziale Kenntnisse relativ klein, er bleibt meist beschränkt auf die Gründungsmitglieder.<sup>171</sup>
2. **Verfügungskreis:** Mitglieder der Initiative, welche sich durch berufliche und private Verpflichtungen nicht durch eine Führungsposition belasten können. Sie sind dennoch Experten auf ihrem Gebiet und verfolgen die Ziele der Zusammenkunft intensiv.

---

<sup>168</sup> Schenk 1982: 36

<sup>169</sup> ebd.: 36

<sup>170</sup> vgl. Mayer-Tasch 1985:156 ff.

<sup>171</sup> vgl. Gabriel 1983: 289

3. **Sympathisantenkreis:** Interessenten der Initiative und deren Ziele, identifizieren sich mit der Botschaft und beteiligen sich an Aktionen wie Unterschriften sammeln oder Leserbriefe schreiben.<sup>172</sup>

Die Teilnehmerstruktur einer Bürgerinitiative kann hier anhand der Ausführungen von Rüdig (1980) kurz aufgezählt werden:<sup>173</sup>

- Mehr Männer als Frauen.
- Mehr Mitglieder mit „*höherem Status*“ als mit „*niedrigerem Status*“.
- Mehr Mitglieder in höherem Alter als jüngere Mitglieder.
- Mehr sowieso schon sozial aktive Mitglieder als Mitglieder aus der inaktiven Bevölkerungsgruppe.<sup>174</sup>

#### 8.4.1 Organisation

Bürgerinitiativen können auf die unterschiedlichsten Weisen organisiert sein: von gelegentlichen Treffen über feste Rollen- und Aufgabenverteilung bis hin zum eingetragenen Verein.<sup>175</sup> Immer mehr sind Bürgerinitiativen jedoch sehr gut organisiert im Hinblick auf die bereits erwähnte Rollen- und Aufgabenverteilung sowie die Kommunikation nach Außen, zum Beispiel in Form von Informationsschriften. Nach Bößhar (1982) kann man die sogenannten „*Organisationsstrukturen*“<sup>176</sup> einer Bürgerinitiative in mehrere Teile zerlegen:

- **Die Größe einer Bürgerinitiative:** Die Anzahl der Mitglieder ist sehr variabel, die durchschnittliche Mitgliederzahl stieg jedoch im Laufe der Jahrzehnte.
- **Der „äußere Organisationsgrad“:** Generell wird unterschieden zwischen einer offenen und losen sowie einer geschlossenen und festen Organisation, grob gesagt, zwischen informellen und formellen Bürgerinitiativen.
- **Der „innere Organisationsgrad“:** Bößhar (1982) zitiert in seiner Arbeit mehrere Aussagen von Forschern, die eine positive Korrelation zwischen äußerer und innerer Organisation einer Bürgerinitiative nennen.

---

<sup>172</sup> vgl. Geizler 1993: 80 ff.

<sup>173</sup> vgl. Gabriel 1983: 292

<sup>174</sup> vgl. Schenk 1982: 256 ff.

<sup>175</sup> vgl. Knirsch / Nickolmann 1976: 15

<sup>176</sup> Bößhar 1982: 38

Außerdem ist festzustellen, dass je länger eine solche Organisation existiert, desto eher wird diese von einem Sprecher vertreten.

- **Der „Verlauf von Willensbildungsprozessen“:** Wie in den konkreten Fällen Entscheidungen, zum Beispiel in Form der Wahl eines Sprechers gefällt werden, korreliert meist auch mit der Form der Organisation (formell oder informell). Je formeller die Initiative organisiert ist, desto eher wird eine Entscheidung durch Abstimmung getroffen.
- **Die Kontaktaufnahme zu anderen Bürgerinitiativen:** Hier kann angemerkt werden, dass Bürgerinitiativen untereinander den Kontakt suchen und pflegen, jedoch kommt es immer auf die einzelnen Initiativen und ihre Ziele an.

#### 8.4.2 Strategien

Knirsch und Nickolmann (1976) haben den Versuch gewagt, eine Art Handbuch für Bürgerinitiativen zu erstellen, was sich aufgrund der Verschiedenartigkeiten solcher Gruppierungen als schwierig gestaltete. Trotzdem haben sich schlussendlich fünf Aktionsphasen für ein Beispiel der Verfahrens- und Vorgehensweise einer Bürgerinitiative von ihren Anfängen bis zum Ende und zur Zielerreichung ergeben:<sup>177</sup>

- 1. Aktionsphase:** Problem erkennen.
  - a) Eine Einzelperson erkennt einen Missstand
  - b) Die Einzelperson möchte etwas gegen diesen Mangel unternehmen
  - c) Die Person sucht nach Gleichgesinnten
- 2. Aktionsphase:** Wie können Gleichgesinnte gefunden werden?
  - a) Leserbriefe
  - b) Flugblätter
  - c) Plakate
  - d) Öffentliche Veranstaltungen
  - e) Persönliche Gespräche
- 3. Aktionsphase:** Gründung einer Bürgerinitiative
  - a) Öffentliche Diskussionsveranstaltung
  - b) Gründungsversammlung der Bürgerinitiative

---

<sup>177</sup> vgl. Bößhar 1982: 128 ff.

- c) Pressekonferenz
- d) Bildung von Sprecherrat und Arbeitsgruppen

**4. Aktionsphase:** Aufklärung und Mobilisierung einer breiten Öffentlichkeit

- a) Kontakt zur Presse und Presseerklärungen
- b) Infostände und Unterschriftensammlungen
- c) ‚Sandwichmann/-frau‘: Person mit Plakaten
- d) Flugblätter
- e) Demonstrationen
- f) Kundgebungen

**5. Aktionsphase:** Weiterarbeit und / oder Nachbereitung

- a) Bei Erfolg: Resümee der Aktivitäten
- b) Bei Nicht – Erfolg: Analyse der Fehler
- c) Eintragung des Vereins
- d) Regelung der Finanzierung
- e) ‚Totschweigen‘ entgegenwirken
- f) ‚Totlaufen‘ entgegenwirken
- g) ‚Integrativer Umarmung‘ entgegenwirken

Um Erfolg in ihrer Arbeit zu haben und ihre Ziele zu verwirklichen, sollten Bürgerinitiativen bestimmte Strategien befolgen. Natürlich gibt es mehrere Wege zum Ziele und somit auch mehrere Strategien, wie schon angeführt. Mayer-Tasch (1982) beschreibt unterschiedliche Ansätze von Strategien, bestehend aus kooperativen und widersprüchlichen Elementen. Zentral sind dabei die *„Erzeugung von politischem Gegendruck durch eine Mobilisierung der Öffentlichkeit“*<sup>178</sup>, der sogenannte ‚Legalitätstest‘, ein juristisches Verfahren zur Durchsetzung von Bürgerinteressen sowie eine Kooperation mit potentiellen Gleichgesinnten zum Beispiel mit Gewerkschaften.<sup>179</sup>

#### 8.4.3 Funktionen

Die Funktion einer Bürgerinitiative kann nicht anhand eines Stichwortes oder einer Aufzählung dargestellt werden. Die Bürgerinitiative entsteht aus dem Grund heraus, eine Funktion für die Gesellschaft zu erfüllen. Es wird der Versuch gewagt, die Gesellschaft an sich sowie die allgemeine Meinung und Missstände zu verbessern.

---

<sup>178</sup> Mayer-Tasch 1982, zit. nach Schenk 1982: 264

<sup>179</sup> vgl. ebd.: 264-265

Entstanden sind Bürgerinitiativen „als Ausdruck einer mehr oder weniger tiefgreifenden Krise der repräsentativen Demokratie [...]“<sup>180</sup>, zumindest sagen das die Vertreter der sogenannten Krisentheorie oder Theorie der Legitimitätskrise. Die Krisentheorie meint die durch ein „Unbehagen am politischen System“<sup>181</sup> und seiner Institutionen hervorgerufenen Motivation zur Gründung einer Bürgerinitiative oder zum Beitritt zu dieser.

Abgesehen von der „Strukturschwäche der repräsentativen Demokratie“<sup>182</sup> und den daraus entstandenen Motiven, Bürgerinitiativen zu gründen, haben diese auch noch eine weitere Funktion: bis dato nicht berücksichtigte Themengebiete oder Interessen können in den „Prozess der politischen Willensbildung“<sup>183</sup> eingebracht werden. Bürgerinitiativen könnten als Vertreter dieser Interessen handeln, die nötigen Beziehungen pflegen und Informationen an die Entscheidungsträger weiterreichen. Kurz gesagt: Bürgerinitiativen können eine Unterstützung für das politische System sein sowie zur Stabilisation des politischen und auch des gesellschaftlichen System beitragen.<sup>184</sup>

#### 8.4.4 Kommunikation

##### 8.4.4.1 interne Kommunikation

Eine Bürgerinitiative ist an sich nichts anderes als eine Gruppe, was bedeutet, dass die Kommunikationsregeln und -strukturen dieselben sind. Auf den Begriff der Gruppe soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Beispiele für Inhalte einer Kommunikation sind unter anderem emotions- oder sachbezogene Themen, positive oder negative Äußerungen (über sich selbst, die Gruppe, ihre Mitglieder und das soziale Umfeld), Austausch von nonverbalen Signalen sowie Schweigen.<sup>185</sup> In einer Gruppe gibt es verschiedene Rollen. Diese zeigen sich auch im Kommunikationsprozess, das heißt, die verschiedenen Rollen nehmen auch unterschiedliche Positionen bei der Kommunikation ein. Rollenerwartungen können erfüllt oder nicht erfüllt werden, die Erwartung in eine Rolle kann aber auch gänzlich falsch sein. Wichtige Rollen sind unter anderem die Führungsrolle wie aber auch die

---

<sup>180</sup> Gabriel 1983: 275

<sup>181</sup> ebd.

<sup>182</sup> Schenk 1982: 18

<sup>183</sup> ebd.

<sup>184</sup> vgl. ebd.

<sup>185</sup> vgl. Deckmann / Ryffel 1981: 40, zit. nach Kienast 1988: 62

sogenannte Opposition. „Die Klarheit der Rollen in einem Kommunikationsprozess“<sup>186</sup> ist ein wesentliches Faktum, damit Kommunikation in Gruppen funktionieren kann. Doch auch andere Kommunikationsstörungen in Gruppen können zu einer Dysfunktion führen:<sup>187</sup>

- verbale und nonverbale Signale widersprechen sich
- eigene Bedürfnisse können nicht verbal und damit für andere verständlich geäußert werden
- Eigenbild und Fremdbild stimmen nicht überein
- Kommunikationspartner merken die Dissonanzen nicht und interpretieren die Situation anders
- Kommunikationspartner missdeuten den „kulturspezifischen Ausdruck“<sup>188</sup> des anderen, Stichwort ‚Soziale Kategorien‘
- eigene soziale Kategorie wird vorher nicht auf ihre Realitätsnähe und Angemessenheit überprüft

Um solche Störungen gar nicht erst aufkommen zu lassen, gibt es sogenannte Kommunikationsregeln.

Nach der Arbeit zu Kommunikationsstrukturen in Bürgerinitiativen von Michael Schenk (1982) und seinen empirischen Ergebnissen sind „Gespräche mit Mitgliedern“, auch „interpersonale Kommunikation“ genannt, als zentrale Informationsquelle angeführt.<sup>189</sup> Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch der Aspekt des wechselseitigen Informationsflusses, der erst durch eine bestehende Kommunikationsstruktur gewährleistet wird und welcher Integration fördern und Informationsdefizite vermeiden kann. Diese benötigte Kommunikationsstruktur ist, laut der Berliner Forschergruppe<sup>190</sup>, zumindest bei überschaubaren Mitgliederzahlen, möglich bei Gruppen wie einer Bürgerinitiative. Eine optimale Kommunikationsstruktur wäre wechselseitig, dicht vernetzt und dezentralisiert.<sup>191</sup>

---

<sup>186</sup> Kienast 1988: 63

<sup>187</sup> vgl. ebd.

<sup>188</sup> ebd.

<sup>189</sup> vgl. Schenk 1982: 179

<sup>190</sup> vgl. Lange et al. 1973, zit. nach ebd.

<sup>191</sup> vgl. Schenk 1982: 179

#### 8.4.4.2 externe Kommunikation

Die Kommunikation, welche von der Bürgerinitiative nach Außen geht, ist extrem wichtig. Schließlich sollen potentielle Mitglieder sowie die allgemeine Öffentlichkeit und die Presse angesprochen und aufmerksam gemacht werden. Kurz gesagt: die Öffentlichkeitsarbeit der Initiativen ist von großer Wichtigkeit. Der Kommunikationsprozess soll Vertrauen schaffen und zwar durch die Weitergabe von Informationen. Somit sollen schlussendlich Austausch, Diskussionen und Entscheidungen stattfinden können.<sup>192</sup> Wichtige Faktoren der schriftlichen als auch mündlichen Kommunikation nach Außen und vor allem zu „*initiativen Bürgern*“<sup>193</sup> sind folgende:<sup>194</sup>

- **Verständlichkeit:** Jeder Betroffene soll die Botschaft unabhängig seines fachlichen Wissens verstehen können. Um dies gewährleisten zu können, gibt es vier Schritte zum Gestaltungsprozess, die man beachten sollte:
  - 1) Adressaten- bzw. Zielgruppenanalyse
  - 2) Vier Dimensionen der Verständlichkeit nach dem „*Hamburger Verständlichkeitsmodell*“<sup>195</sup> (Einfachheit, Gliederung und Ordnung, Kürze und Prägnanz, Zusätzliche Anregungen)
  - 3) Gestalten und Bereitstellen von Veranschaulichungs- / Visualisierungshilfen
  - 4) Wahl der Informationsform
- **Rechtzeitigkeit:** Die Kommunikation muss früh genug in Angriff genommen werden und stattfinden, damit noch während des Prozesses Veränderungen, ausgehend vom Empfänger des Kommunikationsprozesses, möglich sind. So bekommen die Adressaten das Gefühl, noch aktiv mitwirken zu können.
- **Kontrollierbarkeit:** Der gesamte Prozess, auch die Planung, die Phasen des Bauens und Betriebes, sollen nachvollziehbar sein, um das gewünschte Vertrauen zu erreichen.

Nicht nur die potentiellen Mitglieder der Bürgerinitiativen sollen und müssen angesprochen werden, sondern alle generelle Adressaten der Initiativen. Diese

---

<sup>192</sup> vgl. Kienast 1988: 39

<sup>193</sup> ebd.

<sup>194</sup> vgl. ebd.: 39 ff.

<sup>195</sup> vgl. Langer / Schulz von Thun / Tausch 1981, zit. nach ebd.: 40

variieren zwischen den Bürgerinitiativen, können jedoch auf folgende mittelbaren und unmittelbaren Initiativen verallgemeinert werden: Verbände, Medien, andere Organisationen und natürlich andere Bürgerinitiativen sowie auch Konfliktpartner wie zum Beispiel Parteien und Verwaltungen.<sup>196</sup>

Wichtiges Stichwort ist in diesem Zusammenhang auch, vor allem in der heutigen Zeit, die Beziehung der Bürgerinitiativen zu sozialen Netzwerken, auch in Bezug auf neue Medien.

### **8.5 Die Rechtsituation von Bürgerinitiativen**

Wie schon oben angemerkt, sind Bürgerinitiativen nicht gesetzlich festgelegt und „(zumindest noch) kein Rechtsbegriff“<sup>197</sup>. Deshalb geht es hier mehr um das Recht des einzelnen Mitgliedes als um das der Gruppe, Stichwort Menschen- und Bürgerrechte. Grundrechte wie Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Petitionsfreiheit gewähren Bürgerinitiativen den Handlungsraum. Vor allem das Petitionsrecht erlaubt den Initiativen sich mit „*Bitten und Beschwerden*“<sup>198</sup>, welche auch sachlich geprüft werden müssen, gegen die zuständigen Instanzen zu wenden. Das andere ‚Werkzeug‘ der Bürgerinitiativen ist die gerichtliche Klage.<sup>199</sup>

### **8.6 Die Zukunft der Bürgerinitiativen**

Laut der Festschrift für Warnfried Dettling, einem Pionier der Bürgergesellschaft, herausgegeben von Daniel Dettling (2008), sind 23,4 Millionen Menschen in Deutschland freiwillig in den unterschiedlichsten Initiativen engagiert. Durch die Mitwirkung der Bürger an gesellschaftlich relevanten Themen werden neue „*Denk- und Handlungsperspektiven*“<sup>200</sup> sichtbar. Die Zukunft der Gesellschaft und ihrer Bürger scheint wenigstens ein Teil der Bevölkerung zu interessieren. Studien zeigen aber auch auf, dass die Beteiligung weitgehend von der Mittelschicht ausgeht. Um die Zukunft einer sogenannten Bürgergesellschaft zu garantieren und ihre Entfaltung sowie das benötigte Engagement zu fördern, müssen alle von der Wichtigkeit der

---

<sup>196</sup> vgl. Schenk 1982: 42

<sup>197</sup> Mayer-Tasch 1985: 75

<sup>198</sup> ebd.: 76

<sup>199</sup> vgl. ebd. 76-77

<sup>200</sup> Dettling 2008: 10

Beteiligung überzeugt werden.<sup>201</sup> Zuständig für die Integration sind die Initiativen, Vereine und Organisationen selber. Sie müssen sich für die Bevölkerung öffnen, zum Beispiel auch für Migranten, die eventuell andere Vorstellungen von Beteiligung haben. „*Integration in bürgerschaftliches Engagement heißt [...] auch Integration durch bürgerschaftliches Engagement*“.<sup>202</sup> Abgesehen von dem Nutzen, den die Allgemeinheit oder die Gesellschaft von dem Engagement der Bürger hat, hat auch jeder einzelne Bürger etwas von seinem Engagement. Engagement zeichnet sich immer mehr, wahrscheinlich in der Zukunft hauptsächlich, durch individuelle Motivation und individuellen Nutzen aus. Neue Engagementformen sind häufig nicht mehr von Tradition oder lokalem Bezug geprägt, sondern richten sich an den persönlichen Interessen und Zeitplan der Engagierten aus.<sup>203</sup>

Für die Zukunft der Bürgergesellschaft mit ihren Bürgerinitiativen, Verbänden und Organisationen kann festgestellt werden, dass die Struktur und Organisation immer professioneller wird und „*bürgerschaftliches Engagement als sozialer Intelligenzverstärker*“<sup>204</sup> wirkt. Einen großen Teil des Engagements betrifft auch die Freiwilligenleistungen der Bürger, welche ebenfalls soziale Anerkennung erlangt, worauf aber im Zuge dieser Arbeit nicht näher eingegangen wird. Die Ziele in Zukunft sind die „*Erneuerung und Verminderung von Widersprüchen und Gegensätzen von Staat und Bürgergesellschaft*“<sup>205</sup>, damit ein friedliches und produktives Zusammenleben zwischen Staat und Bürgergesellschaft gewährleistet werden kann.

---

<sup>201</sup> vgl. Dettling 2008: 10-11

<sup>202</sup> ebd.: 11 (Hervorhebung im Original)

<sup>203</sup> vgl. ebd.: 11-12

<sup>204</sup> ebd.: 12

<sup>205</sup> Süßmuth 2008: 39

## 9. EXKURS: Das „Demokratie-Experiment“

Die zu untersuchende Bürgerinitiative entstand zu der Zeit, als das Großprojekt Stuttgart 21 geplant und öffentlich zugänglich gemacht wurde. Um einen besseren Einblick in die Thematik dieser Initiative zu bekommen, soll dieser Exkurs die Entstehung, den Verlauf und die Folgen des Projektes zum neuen Bahnhof in der Landeshauptstadt Stuttgart deutlich machen.

### 9.1 Großprojekt Stuttgart 21

Eine kurze chronische Übersicht mit den wichtigsten Ereignissen und Entscheidungen bis zum Start der Schlichtungsgespräche soll das Großprojekt Stuttgart 21 an dieser Stelle beschreiben und näher bringen:<sup>206</sup>

**1994** Das Großprojekt Stuttgart 21 ging 1994 mit der Bekanntmachung der Idee des Stuttgarter Verkehrswissenschaftlers Gerhard Heimerl durch Bahn-Chef Heinz Dürr an die Öffentlichkeit. Heimerls Idee war es, übrigens bestand diese Idee schon seit 1988, den bestehenden Hauptbahnhof unter die Erde zu verlegen.

**1995** Ein Jahr später im November wurde die Planung sowie die Finanzierung des Projektes Stuttgart 21, wozu auch die Neubaustrecke nach Ulm dazu gehört, von Bahn, Land und Stadt festgelegt und unterschrieben.

**1997** Im November wurde das Architektenbüro von Christoph Ingenhoven mit dem Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs beauftragt, geplant ist ein Durchgangsbahnhof mit sogenannten Lichtaugen.

**1999** Doch im Juni verhängte Bahnchef Ludewig ein Planungsstopp über das Projekt Stuttgart 21, als Grund nannte er die zu hohen Kosten.

**2000** Der Planungsstopp wurde jedoch bereits im Februar durch den neuen Bahnchef Hartmut Mehdorn aufgehoben und das Projekt wieder belebt.

In den nächsten Jahren wurde viel diskutiert, es geht vor allem um die Finanzierung von Stuttgart 21.

**2005** Im Februar wurde schließlich die Baugenehmigung für den neuen Durchgangsbahnhof durch das Eisenbahn – Bundesamt erteilt.

---

<sup>206</sup> vgl. Liebnitzky 2010: 45 ff.

- 2006** In diesem Jahr wurden mehrere Klagen gegen das Projekt Stuttgart 21 eingereicht, die Klagen werden jedoch alle abgewiesen. Im November kam es zu neuen Diskussionen zwecks der Finanzierung. Wegen der Baukostenrisiken könnte das Projekt auf von 2,8 auf 3,8 Milliarden Euro steigen.
- 2007** Am 19. Juli einigten sich Bund, Bahn, Land und Stadt auf die Finanzierung, ein genauer Finanzierungsplan wurde jedoch noch nicht festgelegt. Währenddessen wurden 67.000 Stimmen gesammelt für einen Bürgerentscheid gegen Stuttgart 21. Bürgerinitiativen und die Grünen veröffentlichen das Ergebnis am 11. November. Im Dezember beschloss der Stuttgarter Gemeinderat den Bürgerentscheid abzulehnen.
- 2008** Im August standen die Kosten des Großprojekts fest: nicht wie geplant 2,8 Milliarden sondern 3 Milliarden Euro, im November sind es schon Mehrkosten von über 2 Milliarden Euro. Dennoch wurde die Finanzierung von Bundestag bewilligt.
- 2009** Am 26. Oktober fand die erste Montagsdemonstration gegen Stuttgart 21 statt. Daran teil nahmen vier Demonstranten, nur eine Woche später waren es 20.
- 2010** Der Baustart für das Großprojekt Stuttgart 21 fiel auf den 2. Februar. Im August demonstrierten mehr als 10.000 Bürger, sie forderten den Baustopp. Kurz danach wurde ein Gutachten bekannt, welches eine Kostensteigerung von bis zu 11 Milliarden Euro prognostiziert. Die Demonstrationen häufen sich und werden immer extremer, zum Teil ketten sich Menschen an Bäume oder besetzen das Dach des Bahnhofes. Im September gerät die Situation außer Kontrolle und die Polizei geht mit Hilfe von Wasserwerfern gegen die Demonstranten vor. Am 2. Oktober fand die bislang größte Demonstration gegen Stuttgart 21 statt: mehr als 100.000 Menschen finden sich im Stuttgarter Schlossgarten ein.

Heiner Geißler erklärte sich am 6. Oktober 2010 dazu bereit, auf Wunsch des Ministerpräsidenten Mappus, als Schlichter in diesem Fall zu fungieren. Am 22. Oktober starteten die Schlichtungsrunden zu Stuttgart 21.

## 9.2 Schlichtungsrunde Stuttgart 21

### 9.2.1 Die Mitglieder

Die Schlichtungssitzungen bestanden aus 15 Mitgliedern, jeweils sieben der Pro- und der Contra – Seite sowie den Schlichtungsvorsitzenden. Hier folgt nun eine Kurzdarstellung der einzelnen Personen:<sup>207</sup>

#### Schlichtungsvorstand:

**Dr. Heiner Geißler**; für 25 Jahre Bundestagsabgeordneter, Bundesminister 1982 – 1985, Generalsekretär der CDU 1977 – 1989. Geißler konnte schon in mehreren Tarifgesprächen Erfahrungen in der Schlichterrolle sammeln.

#### Pro Stuttgart 21 – Mitglieder:

1. **Thomas Bopp**; Vorsitzender des Verbands Region Stuttgart
2. **Johannes Bräuchle**; evangelischer Pfarrer, Mitglied im Bündnis „Wir sind Stuttgart 21“
3. **Tanja Gönner**; Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg
4. **Dr. Volker Kefer**; seit 2009 Konzernvorstand bei der Deutschen Bahn AG für Technik, Systemverbund und Dienstleistungen, seit 2010 auch für Infrastruktur
5. **Ingulf Leuschel**; seit 2006 Konzernbevollmächtigter der Deutschen Bahn AG für das Land Berlin
6. **Stefan Mappus**; Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg und CDU – Landesvorsitzender
7. **Dr. Wolfgang Schuster**; seit 1997 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

#### Contra Stuttgart 21 – Mitglieder:

1. **Klaus Arnoldi**; stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsclubs Deutschland in Baden-Württemberg, Mitarbeit am Konzept zum Kopfbahnhof Stuttgart 21
2. **Peter Conradi**; Architekt und ehemaliger Leiter des Staatlichen Hochbauamts Stuttgart

---

<sup>207</sup> Liebnitzky 2010: 83-85

3. **Dr. Brigitte Dahlbender**; seit 1997 Vorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) Baden-Württemberg
4. **Winfried Kretschmann**; seit 2002 Vorsitzender der Fraktion Bündnis90 / Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg
5. **Hannes Rockenbauch**; seit 2004 Stadtrat in Stuttgart für das parteifreie Bündnis „SÖS – Stuttgart Ökologisch und Sozial“
6. **Gangolf Stocker**; Sprecher der Initiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ und Vorsitzender des Vereins Leben in Stuttgart
7. **Werner Wölfe**; seit 2006 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg und Verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis90 / Die Grünen

### 9.2.2 Die Sitzungen

Insgesamt fanden in einem Zeitraum von fünfeinhalb Wochen acht Sitzungen plus eine Sitzung für den Schlichterspruch im Stuttgarter Rathaus statt. Die Sitzungen wurden live im Fernsehen und im Internet übertragen. In einer kurzen Auflistung soll hier dargestellt werden, welche wichtigen Punkte wann besprochen wurden:<sup>208</sup>

1. **Schlichtungsrunde, 22.10.2010**: strategische Bedeutung und Leistungsfähigkeit des geplanten Projekts Stuttgart 21
2. **Schlichtungsrunde, 29.10.2010**: Leistungsfähigkeit des neuen Durchgangsbahnhof ist immer noch Hauptthema, Beschluss eines gemeinsamen Besichtigungstermin am Südflügel des alten Bahnhofs
3. **Schlichtungsrunde, 04.11.2010**: Neubaustrecke Wendlingen-Ulm
4. **Schlichtungsrunde, 12.11.2010**: Präsentation des Alternativprojekts Kopfbahnhof 21
5. **Schlichtungsrunde, 19.11.2010**: Ökologie und Städtebau
6. **Schlichtungsrunde, 20.11.2010**: geologische Risiken
7. **Schlichtungsrunde, 26.11.2010**: Kostenschätzungen
8. **Schlichtungsrunde, 27.11.2010**: Abschluss der Sachschlichtung, Zusammenfassung der Diskussionen um Kosten, Kapazitäten und Leistungsfähigkeit von Stuttgart 21
9. **Schlichtungsrunde, 30.11.2010**: Bekanntgabe des Schlichtungsurteils „Stuttgart 21 Plus“ durch Heiner Geißler

---

<sup>208</sup> vgl. [www.spiegel.de/thema/stuttgart\\_21/](http://www.spiegel.de/thema/stuttgart_21/)

### 9.2.3 Die Ergebnisse

Am 30. November 2010 fand die letzte Schlichtungs-Sitzung zum Großprojekt Stuttgart 21 statt. Schlichter Heiner Geißler hat sich für das Projekt Stuttgart 21 ausgesprochen, vor allem aus dem Grund heraus, dass ein Ausstieg aus dem jahrelang geplanten Projekt zu teuer wäre. Das Projekt soll jedoch nicht wie geplant durchgeführt, sondern in mehreren Punkten ausgebessert werden, deswegen der neue Name des Projekts „Stuttgart 21 Plus“.<sup>209</sup>

1. Freiwerdende Grundstücke rund um den Hauptbahnhof Stuttgart sollen einer Stiftung zugesprochen werden, um auf diesem Grundstück ökologische und parkdurchsetzte Bebauung zu realisieren.
2. Die gesunden Bäume des Schlossgartens sollen erhalten bleiben, nur kranke Bäume dürfen gefällt werden.
3. Die Gäubahn, Strecke Stuttgart–Freudenstadt, soll erhalten bleiben und ausgebaut werden.
4. Unbedingt ausgebessert werden soll die Verkehrssicherheit des neuen Hauptbahnhofs, Verantwortlicher ist hier die Deutsche Bahn. Darunter fällt Behindertengerechtigkeit sowie Barrierefreiheit. Außerdem sollen die Fluchtwege und Zugänge zum Tiefbahnhof geändert werden.
5. Die Feuer- und Rauchschutz – Maßnahmen sollen verbessert werden, vor allem der Zugang für die Feuerwehr.
6. Der neue Hauptbahnhof soll um zwei Gleise erweitert werden. Das übrige Gleisnetz soll außerdem besser vernetzt sein.
7. Heiner Geißler hat einen "Stresstest" für das Projekt Stuttgart 21 eingeführt, demnach soll die Bahn zeigen, dass der geplante Bahnhof einen Leistungszuwachs von 30 Prozent aushält. Für den Fall, dass der Bahnhof dieses nicht tut, soll ein Notfallplan ausgearbeitet werden.

Heiner Geißler lobte die Schlichtung ausdrücklich als Erfolg. Gegner und Befürworter von Stuttgart 21 hätten Argumente ausgetauscht und die Debatte ‚auf Augenhöhe geführt‘ - dies sei vor zwei Monaten noch unvorstellbar gewesen. Die Gespräche seien offen und transparent geführt worden, sie seien daher auch eine ‚moderne Aufklärung im besten Sinne‘ gewesen. Die Schlichtung habe in der Bevölkerung ein überaus positives Echo gefunden.<sup>210</sup>

---

<sup>209</sup> vgl. Lösch / Stocker / Leidig / Wolf 2011: 9 ff.

<sup>210</sup> [www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,732008,00.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,732008,00.html)

Abgesehen vom Resümee Geißlers und den Reaktionen von Stuttgart 21 - Befürwortern und -Gegnern nach dem Schlichtungsurteil – was für Folgen hatte diese fünfeinhalb Wochen andauernde Schlichtungsrunde für die Bevölkerung, für die Medien und für die Gesellschaft an sich? Auf diese und andere Fragen sowie den aktuellen Stand zum Großprojekt Stuttgart 21 soll im nächsten Unterkapitel eingegangen werden.

### **9.3 Das „Demokratie -Experiment“ und seine Folgen**

„Stuttgart 21“ – es heißt, dies sei das Unwort des Jahres 2010 – ist mit Sicherheit zumindest ein viel benutzter und viel diskutierter Begriff. Der Begriff des „Demokratie-Experiments“ entstand in dem Zusammenhang mit den Schlichtungsrunden zu Stuttgart 21 und wurde von Schlichter Heiner Geißler geprägt. Das Demokratie-Experiment stellt den Versuch dar, mit allen Seiten und Parteien über ein Großprojekt wie Stuttgart 21 zu diskutieren und gemeinsam zu entscheiden. Dies hätte natürlich schon vor den Schlichtungsrunden geschehen müssen, so wie es beim Ausbau des Frankfurter Flughafens der Fall war. Hier wurde die Bürgerbeteiligungsform der Mediation angewandt, in welcher alle Beteiligten (Parteien, Investoren, Anwohner) vor der Realisierung des Vorhabens mit einem Vermittler zusammengesetzt wurden.<sup>211</sup> Dieses Mediationsverfahren, sowie auch die Gespräche über Stuttgart 21 in den Schlichtungsrunden, fördern den Gedanken, welcher hinter einer Demokratie steht. Sie erlauben allen Parteien ihre Meinungen, Ideen und Kritiken zu äußern und darüber zu diskutieren. Der Bundesminister Baden-Württembergs Stefan Mappus erklärt den Tag des Schlichtungsstarts im Fall Stuttgart 21 als einen „*guten Tag für die Demokratie*“<sup>212</sup>.

Die Einschaltquoten zu den Schlichtungsrunden auf dem Informationssender Phoenix zeigen ebenfalls, dass dieses Verfahren einen großen Anklang findet. Die Bürger werden nun, zwar zeitverzögert, in das Projekt einbezogen. Sie haben Vertreter beider Seiten, Pro und Contra, in den Sitzungen und können diese auch live verfolgen. Abgesehen von dem Ergebnis und den Meinungen dazu, sind die Reaktionen auf das Demokratie-Experiment überwiegend positiv. Sogar die

---

<sup>211</sup> vgl. Bartsch / Brandt (2010): 30-31

<sup>212</sup> Michels 2010: [www.rp-online.de/politik/deutschland/Ein-spannendes-Demokratie-Experiment\\_aid\\_921847.html](http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Ein-spannendes-Demokratie-Experiment_aid_921847.html)

Bundeskanzlerin Angela Merkel empfiehlt diese Art von Vermittlung an das Land Schleswig-Holstein in Bezug auf ein geplantes Großprojekt.

In Zukunft wird der Trend der Forderung nach Beteiligung und Mitsprache seitens der Politik und Wirtschaft hoffentlich ernster genommen und ermöglicht. Mediationen sowie Schlichtungsverfahren können den Bürgern ihr Recht auf Information und Beteiligung, zumindest in dieser Form, gewährleisten.

## 10. Methodenwahl

### 10.1 Die qualitative Inhaltsanalyse

Die qualitative Inhaltsanalyse entstand primär durch die Kritik an der Methode der quantitativen Inhaltsanalyse und einer Suche nach quantitativen alternativen Techniken.<sup>213</sup> Nach Philipp Mayring (2003) ist die Inhaltsanalyse eine „*Methode zur systematischen Analyse von Texten*“<sup>214</sup>, wie zum Beispiel einem Interview. Mayring unterscheidet drei Arten und Grundformen der qualitativen Inhaltsanalyse:<sup>215</sup>

1. **Die zusammenfassende Inhaltsanalyse:** Das zu analysierende Material wird auf das Wesentliche reduziert. Durch Abstraktion wird dennoch ein Gebilde produziert, das ein Abbild des Materials darstellt.
2. **Die strukturierende Inhaltsanalyse:** Nach vorher bestimmten Ordnungskriterien werden einzelne Aspekte aus dem Grundmaterial herausgenommen, um dann einen Querschnitt durch jenes zu vollziehen.
3. **Die explizierende Inhaltsanalyse:** Wenn spezifische Textteile nicht ganzheitlich zu begreifen oder zu verstehen sind, wird nach zusätzlichem Hilfsmaterial gesucht, welches die besagte Textstelle erläutern kann.

Bei einer qualitativen Inhaltsanalyse werden Materialien von verschiedenen Kommunikationsarten, wie Texte oder Bilder systematisch und regelgeleitet untersucht, mit dem Ziel, diese theoretisch und kategorisch zu analysieren.<sup>216</sup>

Die Kategorien, denen die Textpassagen zugeordnet werden sollen, sind in der qualitativen, im Gegensatz zur quantitativen Inhaltsanalyse, stark theoriegeleitet. Diesen Aspekt nehmen Gläser und Laudel (2009), weiter unten angeführt, auf und verstärken diesen in Bezug auf Leitfadeninterviews. Einer der Hauptunterschiede zur quantitativen Inhaltsanalyse ist, dass die qualitative „*an Struktur und Bedeutung des zu analysierenden Materials, also des Textes ansetzt*“<sup>217</sup>, während die quantitative genau bei diesem Aspekt ihre Schwäche hat. Die qualitative Inhaltsanalyse versteht

---

<sup>213</sup> vgl. Mayring 2007: 16

<sup>214</sup> Illg 2001: 57

<sup>215</sup> vgl. ebd.

<sup>216</sup> vgl. Mayring 2003: 13

<sup>217</sup> Mayring 2007: 26

den „Zuordnungsprozess von Kategorien und Textstellen als Interpretationsakt“, versucht den selbigen aber durch inhaltsanalytische Regeln zu kontrollieren.<sup>218</sup>

Mayring (2003) sieht in den folgenden sechs Aspekten die Spezifika dieser empirischen Erhebungsmethode:<sup>219</sup>

1. Die Kommunikation ist der Grunduntersuchungsgegenstand der Inhaltsanalyse.
2. Protokollierte Aufzeichnungen als „fixierte Kommunikation“ stellen das Untersuchungsmaterial dar.
3. Die Methode soll systematisch durchgeführt werden.
4. Durch die Systematik entsteht die Regelhaftigkeit der Methode, wodurch sich wiederum besser Verständlich- und Nachvollziehbarkeit für andere Forscher ergibt.
5. Das Kategoriensystem ist theoriegeleitet.
6. Diese Methode ist eine Analysemethode, welche die Daten und Materialien aufarbeitet.

Nach Gläser und Laudel (2009), die die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring kritisch betrachten, entnimmt man bei einer qualitativen Inhaltsanalyse dem Text oder dem Gespräch die Daten, „das heißt, man extrahiert Rohdaten, bereitet diese Daten auf und wertet sie aus“<sup>220</sup>. Diese Extraktion soll dazu dienen, nur jene Informationen heraus zu filtern, welche man für die Beantwortung der Forschungsfragen braucht. Die qualitative Inhaltsanalyse zeichnet sich durch ihre Loslösung vom eigentlichen Text und ihrer dadurch entstandenen Möglichkeit zu einer weiten Interpretationsfreiheit aus. Durch die Offenheit des Systems können Merkmalsausprägungen frei geäußert werden, es entsteht also eine Nominalskala. Diese Änderung des Verfahrens von Gläser und Laudel (2009) ist die einzige Abweichung vom Verfahren Mayrings.<sup>221</sup>

---

<sup>218</sup> vgl. Mayring / Gläser-Zikuda 2005: 10

<sup>219</sup> vgl. Mayring 2003: 12

<sup>220</sup> Gläser / Laudel 2009: 199

<sup>221</sup> vgl. ebd.: 200-201

## 10.2 Das Experteninterview

Das Experteninterview gehört, wie die qualitative Inhaltsanalyse, zu einer empirisch sozialwissenschaftlichen Forschungsmethode.<sup>222</sup> In der Regel werden Experteninterviews als Leitfadeninterviews mit offenen Fragen gestaltet, sie zählen zu den nichtstandardisierten Interviews. Die offenen Fragen des Interviews sind der Leitfaden des Gesprächs und bilden die Grundlage. In einem Leitfadeninterview soll ein sozialer Prozess rekonstruiert werden.<sup>223</sup>

Was versteht man jedoch unter einem Experten? Dass die Methode des Experteninterviews zu einer tiefer gehenden Einsicht in die Materie führen soll, versteht sich von selbst. Doch was zeichnet einen so genannten Experten, welcher uns diese Einsicht geben soll, aus? In dem Buch von Gläser und Laudel (2009) werden Experten als „*Angehörige einer Funktionselite, die über besonderes Wissen verfügen*“<sup>224</sup> definiert. Diese Experten müssen aber nicht zwangsläufig zu einer sogenannten Elite gehören. Sie wissen über das Themengebiet, zum Beispiel über eine Krankheit oder über eine Bürgerinitiative, aus dem Grund so gut Bescheid und haben dieses spezifische Wissen, da sie persönlich und sozial involviert sind. Forscher versuchen genau dieses Wissen der Personen durch eine Befragung derer für ihre Zwecke zu gewinnen. Diese Befragung wird als Experteninterview betitelt.

Das Experteninterview ist als Methode in den Sozialwissenschaften sehr populär und zeichnet sich durch zwei Merkmale aus.<sup>225</sup>

1. Experten werden als Medium, als sogenannte Zeugen, des zu untersuchenden Sachverhaltes gesehen und nicht als eigentliches Objekt.
2. Experten zeichnen sich durch eine besondere Position in dem sozialen Raum, welcher den Forscher interessiert, aus.

Durch diese beiden Merkmale wird klar, was oben schon erwähnt wurde: Experteninterviews soll der Untersuchung helfen, eine „*soziale Situation oder Prozess*“<sup>226</sup> zu rekonstruieren, um damit wiederum eine sozialwissenschaftlichen Ansatz aufzuzeigen.

---

<sup>222</sup> vgl. Gläser / Laudel 2009: 36 ff.

<sup>223</sup> vgl. ebd.: 111

<sup>224</sup> ebd.: 11

<sup>225</sup> vgl. ebd.: 12-13

<sup>226</sup> ebd.: 13

Dies ist auch der Grund warum in dieser Arbeit das Experteninterview, neben der qualitativen Inhaltsanalyse, als empirische sozialwissenschaftliche Methode angewendet wird: um zusätzlich zu dem theoretischen Hintergrund und den empirisch ausgewerteten Artikeln, einen Blick, ein Gefühl in die soziale Welt eines Beteiligten des Themengebietes zu bekommen. Der soziale und persönliche Aspekt darf in diesem Fall nicht außer Acht gelassen werden und soll diese Arbeit und ihre Ergebnisse auf dieser Ebene bereichern.

Gläser und Laudel (2009) betrachten das Experteninterview unter zwei Aspekten: zum einen als einen „*besonderen Kommunikationsprozess*“ und zum anderen „*als eine sozialwissenschaftliche Erhebungsmethode*“. <sup>227</sup> Die Autoren fassen den Prozess eines Experteninterviews folgend zusammen:

Ein leitfadengestütztes Experteninterview zu führen heißt also, einen Kommunikationsprozess zu planen und zu gestalten, der an den kulturellen Kontext des Befragten angepasst ist und alle Informationen erbringt, die für die Untersuchung benötigt werden. Diese Aufgabe kann man nur lösen, wenn man den Interviewpartner zur Kooperation motivieren kann. <sup>228</sup>

Bei einem Interview kommen klarerweise spontane Operationalisierungen, zusätzlich zu den schon vorangegangen, während des Interviews hinzu. Gläser und Laudel (2009) zitieren in ihrem Buch Hopf (1987), der vier Anforderungen an ein Leitfadeninterview stellt: <sup>229</sup>

1. *Reichweite*: Unterschiedliche Sichtweisen sollen angesprochen werden, um den Befragten zu eigene Denk- und Redensansätzen zu bewegen.
2. *Spezifität*: Themen und Fragen sollen nicht zu allgemein angesprochen werden, sondern in „*spezifizierter Form*“, auch in Bezug auf die individuellen Erfahrungen des Befragten.
3. *Tiefe*: Der Befragte soll sich komplett integriert und involviert fühlen.
4. *Personaler Kontext*: Die persönlichen Umstände des Befragten sollen in die Interpretation und somit in die Ergebnisse mit einfließen.

Die Grundprinzipien eines Experteninterviews als Leitfadeninterview sind nun festgehalten. Für die praktische Anwendung ist es von Nöten, den Interviewpartner,

---

<sup>227</sup> vgl. Gläser / Laudel 2009: 111

<sup>228</sup> ebd.: 114

<sup>229</sup> vgl. Hopf 1978: 99-101, zit. nach ebd.: 116

in diesem Fall mit Gangolf Stocker schon festgelegt, auszusuchen, sowie den Leitfaden mit den einzelnen offenen Fragen zu erstellen. Hier sollte auf die Auswahl, die Formulierung und die Anordnung der Fragen Wert gelegt werden. Der Interviewleitfaden ist sehr wichtig, um eine gewisse Struktur in das Gespräch zu bringen. Trotz aller gefragten Spontaneität sollte der Interviewer jederzeit zu einem geregelten Ablauf zurückkehren können, um dem Interview auch die nötigen Informationen abzugewinnen.

Nach der Durchführung des Interviews, bei dem natürlich die allgemeinen Regeln der Interviewführung beachtet werden müssen, kommt es zu einem abschließenden Gespräch und des abzuschließenden Interviewberichts sowie des Gedächtnisprotokolls. Um das Experteninterview schlussendlich auswerten zu können, muss dieses transkribiert werden.<sup>230</sup>

Auf den Schritt der Auswertung des Experteninterviews soll nun an dieser Stelle kurz eingegangen werden. Die Methode der qualitative Inhaltsanalyse, welche im vorangehenden Kapitel erörtert wurde, wird als eine der Auswertungsmethoden eines Experteninterviews genannt. In dieser Arbeit jedoch wird die qualitative Inhaltsanalyse zur Analyse und Interpretation der Zeitungsartikeln als Methode gewählt und nicht zur Auswertung des Experteninterviews. In diesem Zusammenhang wird eine freie Interpretation gewählt. Das heißt, das Interview und der Inhalt wird im Rahmen des Forschungsinteresses und der Forschungsfragen interpretiert und zusammengefasst. Trotz des Wissens, dass diese „Auswertungsmethode“ wissenschaftlich nicht optimal ist, wird sie dennoch zu den gewünschten Ergänzungen und Einblicke in die Materie führen. Das Experteninterview ist außerdem nicht die Hauptmethode dieser empirischen Forschung, sondern dient, wie schon erwähnt, zur Ergänzung vor allem in Hinblick auf die emotionalen und sozialen Aspekte.

Aus den bereits genannten Gründen wird im Zuge dieser Forschungsarbeit Herr Gangolf Stocker zu der von ihm gegründeten Bürgerinitiative, ihrer Organisation und Strukturen sowie ihrer Kommunikation nach Innen und nach Außen befragt. In den folgenden Kapiteln wird nun näher auf die Entstehung und Gestaltung des Interviewleitfadens eingegangen.

---

<sup>230</sup> vgl. Gläser / Laudel 2009: 117-193

## 11. Experteninterview mit Gangolf Stocker

### 11.1 Der Experte Gangolf Stocker

Stocker ist am 7. Juni 1944 in Offenburg geboren, machte eine Ausbildung als Vermessungstechniker und ging 1969 für drei Semester an die Stuttgarter Kunstakademie. Schließlich wurde Gangolf Stocker Sachbearbeiter beim Stuttgarter Thieme – Verlag. Dort gründete er den Betriebsrat, von welchem er 13 Jahre Vorsitzender war. Insgesamt arbeitete Stocker 23 Jahre beim Verlag. Politisch engagierte er sich unter anderem für die PDS und war dort sechs Jahre lang Geschäftsstellenleiter. Seit mehreren Jahren ist Stocker Mitglied des parteifreien Bündnis Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS) sowie Mitglied des Gemeinderats Stuttgart.<sup>231</sup> Er selber bezeichnet seinen derzeitigen Berufsstand als Rentner, Maler, Politiker und scherzhaft als Gaisburger (der derzeitige Wohnort Stockers ist der Osten Stuttgarts, der Stadtteil Gaisburg).<sup>232</sup>

Warum wurde in dieser Arbeit Gangolf Stocker zu einem Experteninterview eingeladen? Gangolf Stocker gründete im November 1995 die Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“. Schon seit 1994, seit der Vorstellung des Großprojektes Stuttgart 21, interessierte er sich für die Thematik. 1995 brachte Winfried Wolf, unter anderem Journalist, ein Buch zu Stuttgart 21 raus, kurz darauf gab es eine Veranstaltung mit 40 Teilnehmern und aus dieser Veranstaltung heraus entstand die Bürgerinitiative. Dieses und mehr erzählte Gangolf Stocker im Interview. Als Gründer der Bürgerinitiative, sowie als Mitglied der Schlichtungsgespräche ist Gangolf Stocker ein Experte in Bezug auf Bürgerinitiativen und dem Großprojekt Stuttgart 21. Zudem hilft sein politisches Engagement und sein Verständnis von Demokratie: „*mehr direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild*“<sup>233</sup> für die Sicht auf Beteiligung und Partizipation in der Gesellschaft, was in dieser Arbeit eine große Rolle spielt. Deswegen wurde Gangolf Stocker vor ein paar Monaten über die Website der Bürgerinitiative per Mail kontaktiert und nach seiner Bereitschaft zu einem Experteninterview gefragt. Seine Antwort fiel, trotz strengen Zeitplans aufgrund der aktuellen Ereignisse, durchaus positiv und interessiert aus. So kam es dazu, dass Stocker zu einem

---

<sup>231</sup> vgl. Hascher: [www.stuttgart.de/item/show/374605](http://www.stuttgart.de/item/show/374605)

<sup>232</sup> Kratzer 2009: 19

<sup>233</sup> vgl. Hascher: [www.stuttgart.de/item/show/374605](http://www.stuttgart.de/item/show/374605)

Experteninterview zum Thema Bürgerinitiativen am Beispiel Stuttgart 21 zu Verfügung stand.

## **11.2 Der Interviewleitfaden**

Der Interviewleitfaden ist aufgeteilt in drei Themengebiete: Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“, Großprojekt Stuttgart 21 sowie die Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21. Aufbauend auf diesen Themen wurden fünf offene Fragen formuliert, drei zum Thema Bürgerinitiative und jeweils eine zu den Themen Stuttgart 21 und Schlichtungsgespräche. Es wurden bewusst nur fünf Fragen generiert, da dieses Interview mit Gangolf Stocker als Experte wie ein Art Quelle / Beleg zu den theoretischen Überlegungen und Angaben über Bürgerinitiativen fungieren und einen praxisbezogenen Zugang geben soll. Das Experteninterview stellt nicht den Hauptteil der methodischen Auseinandersetzung in dieser Arbeit dar. Fünf ist zudem eine „handvoll“, vom psychologischen Aspekt her eine sinnvolle Anzahl. Sie schreckt weder ab, noch erscheint sie dilettantisch.

Aufgelistet werden nun die fünf offenen Fragen des Interviews, sowie die Erklärungen zur Wahl dieser Fragestellung:

### **1. Wie würden Sie die Organisation und Struktur Ihrer Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ beschreiben? Welche Aufgaben haben Sie als Gründer der Initiative?**

Mit dieser ersten Frage soll auf die von Stocker gegründete Initiative eingegangen werden. Diese Fragestellung erlaubt dem zu Interviewenden sein Wissen und Fakten / Daten zu präsentieren, ohne viel nachdenken oder seine Antwort überlegen zu müssen. Aus dieser Fragestellung soll hervor gehen, ob eine Bürgerinitiative in der Praxis eine Struktur hat, oder ob sie relativ unstrukturiert gehalten wird. Die Frage nach der Aufgabe Stockers als Gründer soll entnommen werden, ob es eine Art Hierarchie bzw. einen „Leiter“ der Bürgerinitiative gibt.

### **2. Gibt es eine Art Kommunikationssystem innerhalb der Bürgerinitiative? Wie kommuniziert „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ nach „Außen“ und wie nach „Innen“?**

Die zweite Frage knüpft an die erste Frage an und geht genauer auf die Initiative und ihr Kommunikationssystem ein. Auch hier kann Gangolf Stocker sein Wissen wiedergeben und „seine“ Bürgerinitiative in ihrer Darstellung nach Innen und nach Außen repräsentieren. Diese Frage soll ebenso der Fragestellung nachgehen, ob es eine Art Sprecher in dieser Bürgerinitiative gibt.

**3. Da das Großprojekt Stuttgart 21 nun erst einmal auf Eis gelegt wurde, wie sieht die Zukunft für Ihre Bürgerinitiative aus?**

Diese Frage ist mit Absicht provokativ gestellt. Der Interviewpartner fühlt sich bis dato sicher und aufgehoben, da die bisherigen Fragen genau sein Spezialgebiet waren. Dieses Gefühl soll nicht aufgehoben werden, dennoch soll an dieser Stelle zum spontanen Nachdenken angeregt werden. Die Frage nach der Zukunft der Bürgerinitiative könnte auf negative Kritik stoßen. Zudem noch nicht sicher ist, wie das Großprojekt Stuttgart 21 ausgehen wird. Trotzdem ist es ein interessanter Aspekt zu wissen, was nach dem Auflösen des Projektes, aus dem die Initiative entstand, mit dieser Initiative geschieht.

**4. Bitte nennen Sie mir spontan drei Wörter / Begriffe, die Ihnen zum Stichwort „Stuttgart 21“ einfallen.**

Auch hier soll eine spontane Antwort hervorgerufen werden. Dadurch dass der Interviewleitfaden schon im Voraus, auf Wunsch Stockers, per Email geschickt wurde, konnte eine durchwegs spontane Antwort ausgeschlossen werden. Jedoch kann ein Eindruck gewonnen werden, welche Assoziationen der Gründer der Initiative mit dem Großprojekt Stuttgart 21 verbindet. Die Zahl drei stellt, ähnlich wie die Zahl fünf, einen psychologisch positiven Effekt her. „Alle guten Dinge sind drei.“

**5. Sie waren Mitglied in den Schlichtungsrunden zu Stuttgart 21. Wie waren Ihre Erfahrungen mit diesem „Demokratie-Experiment“, wie es genannt wurde? Gab es durch dieses Verfahren eine Beteiligung der Betroffenen?**

Die letzte Frage soll schließlich auf die Schlichtungsgespräche im Rahmen der Debatte um Stuttgart 21 eingehen. Gangolf Stocker war einer der Mitglieder der

Sitzungen und kann dadurch einen praxisnahen und authentischen Einblick geben, zu was die Schlichtungsrunden geführt haben.

Dieser Interviewleitfaden soll eine Art roten Faden durch das Interview geben. Bei Durchführung des Interviews muss sich nicht exakt an diesen Fragestellungen aufgehängt werden, jedoch sollen diese Themengebiete mit ihren Fragestellungen am Schluss des Interviews angesprochen und beantwortet sein.

Wie sich beim tatsächlichen Interview herausstellte, war der Leitfaden eine Hilfe zur Orientierung, sowohl für den Interviewer als auch für den Experten. Beim Gespräch selber entstanden noch folgende drei Zwischenfragen seitens des Interviewers:

Zwischenfrage 1: Ihre Homepage / Website habe ich mir auch schon angeschaut. Ist diese eine Art Forum für die Mitglieder?

Zwischenfrage 2: Herr Stocker, können Sie noch einmal auf Ihre Funktion als Gründer der Bürgerinitiative eingehen.

Zwischenfrage 3: Angenommen das Projekt Stuttgart 21 wird wirklich nicht realisiert, wie geht es dann weiter mit Ihrer Bürgerinitiative?

### **11.3 Die Durchführung des Experteninterviews**

Das Interview wurde vorher per Email-Kontakt ausgemacht. Auf Wunsch von Gangolf Stocker wurde ein Telefoninterview für den 17. Mai 2011 um 14 Uhr vereinbart. Stocker schickte die Telefonnummer (Rathaus Stuttgart) ebenfalls per Email. Das Gespräch dauerte ca. 15 Minuten und verlief sehr unkompliziert. Bevor das Interview begann, wurde der Interviewpartner gefragt, ob das Gespräch aufgezeichnet werden kann. Nach der Zustimmung begann das Interview. Herr Stocker beantwortete jede Frage, auch die Zwischenfragen, mit Interesse und Elan. Das Telefon – Interview zeichnete sich schließlich als sehr informativ und nützlich für diese Arbeit aus, was mit einer Bedankung am Ende des Experteninterviews gewürdigt wurde.

### **11.4 Die Transkription**

Wie bereits erwähnt, wurde das Experteninterview mit Hilfe der Sprachaufzeichnung des Telefons aufgezeichnet und dann wortgetreu transkribiert. Die Antworten

Stockers wurden zum Teil grammatisch sowie sinnhaft ausgebessert. Auf Pausen, Räuspern, Lachen und anderen „*nonverbalen oder parasprachlichen Elementen*“<sup>234</sup> wird an dieser Stelle nicht eingegangen, da sie, im Gegensatz aber zum Beispiel zu narrativen Interviews, nicht relevant für die Interpretation sind.

## **11.5 Die Inhaltsanalyse des Experteninterviews: Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“**

Hier muss angemerkt werden, dass dieses Experteninterview als Quelle für diese Arbeit gesehen wird. Die Quelle, also die Transkription des Experteninterviews, ist im Anhang wiedergegeben. Theoretische Überlegungen anderer Autoren können anhand der Aussagen des Interviewpartners überprüft und verglichen werden. An dieser Stelle wird keine qualitative Inhaltsanalyse des Leitfadeninterviews durchgeführt, sondern die relevanten Aussagen und Inhalte wiedergegeben.

Die vorher angeführten Punkte wie Entstehung, Organisation, Struktur und Kommunikation werden nun mittels dem Beispiel der Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ noch einmal betrachtet und an diesem Beispiel näher gebracht.

### 11.5.1 Entstehung

„*Ein Anlass zu einer Bürgerinitiative ist ein Projekt.*“ Dieses Zitat des Experten Gangolf Stocker beschreibt den Ursprung einer Bürgerinitiative. Nach ihm besteht die Motivation zur Gründung einer Initiative in einem Projekt, welches höchstwahrscheinlich verhindert oder verändert werden soll – in diesem Fall das Großprojekt Stuttgart 21. Das Projekt Stuttgart 21, gegen das Stocker schon seit über 15 Jahren vorgeht, beschreibt der Experte mit den zwei folgenden Beschreibungen: „*Stuttgart 21 – Das Milliardenloch*“ und „*Murks*“. Stockers Lieblingsplakatspruch der Proteste war „*Marx ist tot – Murks lebt*“.

Im Fall der Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ war eine Veranstaltung zu dem Projekt der Startschuss zur Gründung. Diese rund 40 Teilnehmer<sup>235</sup> der Veranstaltung entwickelten den „*Wunsch, etwas gegen dieses*

---

<sup>234</sup> Bogner 2005: 83

<sup>235</sup> vgl. Lösch / Stocker / Leidig / Wolf 2011: 52

*Projekt zu tun*“ und aus diesem Wunsch heraus entstand eine „*relativ stabile Gruppe*“.

Diese Aussagen von Stocker zeigen unter anderem, dass eine Bürgerinitiative aus der Motivation heraus entsteht, bestehende Situationen und Gegebenheiten zu verändern, wie es auch schon Kriegl (1996) beschrieb. Zu welcher Form von Bürgerinitiativen, wie Kienast (1988) und Pelinka (1978) sie vorgestellt haben, das Beispiel „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ zugeordnet werden kann, lässt sich schwer sagen, da das Projekt Stuttgart 21 zum einen ein lokales Projekt ist (Raum Stuttgart), zum anderen aber durch die mediale Verbreitung und die Massendemonstrationen im Laufe der Zeit an überregionaler Relevanz gewonnen hat.

#### 11.5.2 Organisation und Struktur

Die von Gangolf Stocker gegründete Bürgerinitiative ist nicht hierarchisch aufgebaut. „*Bei uns gibt es weder Mitglieder, noch gibt's einen Vorstand, noch sonstwas.*“ Stocker wurde „*vor Urzeiten zum Sprecher gewählt*“. Entscheidungen werden jedoch gemeinsam diskutiert und demokratisch abgestimmt. Gangolf Stocker wird durch seine Funktion als Sprecher innerhalb als auch nach Außen als Leitfigur der Bürgerinitiative gesehen. Stocker spricht in punkto Organisation von einer „*relativ stabile kleine Gruppe*“, die die Organisation übernimmt und Treffen sowie andere Aktionen organisiert.

Die Bürgerinitiative wurde als gemeinnütziger Verein "Leben in Stuttgart e.V." eingetragen<sup>236</sup>, untersteht also den Rechtssituationen eines gemeinnützigen Vereins. Bößhar (1982) gliederte die Organisationsstrukturen einer Bürgerinitiative in fünf Teile auf. An dieser Stelle soll nun die Bürgerinitiative von Gangolf Stocker anhand Bößhars Strukturen betrachtet werden:

1. **Die Größe einer Bürgerinitiative:** Stocker redet nicht von Mitgliedern oder von einem Vorstand. Jedoch wurde die Initiative mit rund 40 Mitgliedern gegründet und im Laufe der Jahre kamen immer mehr Mitglieder hinzu.
2. **Der „äußere Organisationsgrad“:** Diese Bürgerinitiative kann zu einer formellen Bürgerinitiative gezählt werden, aufgrund der Eintragung als Verein, ihrer Mitgliederzahl sowie dem Umfang ihrer Organisation

---

<sup>236</sup> vgl. [www.leben-in-stuttgart.de/inis/lis01.htm](http://www.leben-in-stuttgart.de/inis/lis01.htm)

zwecks Demonstrationen, Beiträge und Spenden und auch durch ihre Kommunikation. Trotzdem ist „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ eine offene Bürgerinitiative, in der jeder eintreten und auch jederzeit austreten kann: *„Es gibt ja auch immer Menschen, die kommen mal, ziehen dann aber weg oder haben eine andere persönliche Lebensplanung.“*

3. **Der „innere Organisationsgrad“:** Gangolf Stocker wurde als Sprecher der Bürgerinitiative gewählt, er repräsentiert die Initiative nach Außen als eine Art Leitfigur.
4. **Der „Verlauf von Willensbildungsprozessen“:** Die Bürgerinitiative ist eine formelle Initiative und wird durch einen Sprecher vertreten. Außerdem werden *„Entscheidungen [...] immer besprochen, diskutiert und abgestimmt“*. Hier korreliert also die Form der Organisation (formell) mit der demokratischen Entscheidungsfindung.
5. **Die Kontaktaufnahme zu anderen Bürgerinitiativen:** „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ gehört zum „Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21“ und gemeinsam wird gegen Stuttgart 21 vorgegangen und gekämpft.<sup>237</sup>

Auf die genaue Kontaktaufnahme und auf die generelle Kommunikation geht das nächste Unterkapitel ein. Es soll an dieser Stelle noch angemerkt werden, dass die Strategien der Bürgerinitiative und in ihrer Kommunikation vor allem anhand der qualitativen Inhaltsanalyse herausgearbeitet werden sollen.

### 11.5.3 Kommunikation

#### 11.5.3.1 Externe Kommunikation

Gangolf Stocker als Gründer der Bürgerinitiative gilt nach Außen hin als Sprecher der Initiative und somit auch als erster Ansprechpartner für Journalisten. Zudem kommuniziert die Bürgerinitiative *„über einen Presseverteiler mit Pressemitteilungen.“*

Experte Stocker wurde, durch seine Sprecherfunktion in einer der Bürgerinitiativen des „Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21“ zu den Schlichtungsgesprächen zu Stuttgart 21 eingeladen. Stockers Motivation zur Teilnahme an den Schlichtungsrunden

---

<sup>237</sup> vgl. [www.leben-in-stuttgart.de/inis/lis01.htm](http://www.leben-in-stuttgart.de/inis/lis01.htm)

beschrieb er folgendermaßen: *„Wir hatten mit dieser Schlichtung die Möglichkeit in jedes Wohnzimmer der Bundesrepublik unsere Argumente gegen Stuttgart 21 vorzutragen und das haben wir genutzt.“* Er erwähnte die Schwierigkeiten mit der Presse und den Medien, da die überregionalen Medien die Thematik als zu regional bezeichneten und die regionalen Medien auf der Seite der Projekt-Befürworter standen. Somit war die Live-Übertragung und der Medien-Hype um Stuttgart 21 eine große Chance für die Bürgerinitiative, an die Öffentlichkeit zu treten. Gangolf Stocker sieht in den Schlichtungsgesprächen durchaus einen Nutzen, betont jedoch die Tatsache, dass die Gespräche viel zu spät statt gefunden haben. Außerdem kritisiert er die Entscheidungsfindung durch einen Mann, durch den Schlichter Heiner Geißler. Nötig wäre seiner Meinung nach einen *„durchaus demokratischeren Charakter“*.

#### 11.5.3.2 Interne Kommunikation

Die Kommunikation der Bürgerinitiative Gangolf Stockers zu ihren Mitgliedern läuft primär über die wöchentlichen persönlichen Treffen. *„Wir treffen uns jetzt seit fünfzehneinhalb Jahren, wöchentlich immer Dienstags.“* Stocker spricht hier vom Erfolgsrezept *„Stabilität und Kontinuität“*. Vor allem in schwierigen Zeiten ist es wichtig, sich kontinuierlich zu treffen und innerhalb der stabilen Gruppe zusammen zu finden.

Die andere Kommunikationsplattform der Bürgerinitiative ist die Website [www.leben-in-stuttgart.de](http://www.leben-in-stuttgart.de), auf der unter anderem auch die Termine für die wöchentlichen Treffen zu finden sind. Über die Website *„hatten [wir] relativ früh begonnen [...] Rundbriefe zu verschicken“*, jedoch merkte Stocker an, dass diese Website überarbeitet werden müsste. Sie wurde bewusst ‚einfach‘ gestaltet, *„damit Leute, die nicht viel Übung haben, sich darin auch bewegen können. Aber seitdem hat sich viel geändert, die Kommunikationsformen haben sich sehr geändert.“* Die Website kann ebenso als Informationsquelle für Außenstehende und Nicht – Mitglieder fungieren. Zum Teil wurden Rundbriefe auch noch per Post verschickt, dies wurde jedoch in den letzten Jahren aufgrund von Zeitmangel geradezu unmöglich.

Wie bereits bei der Organisation und Struktur erwähnt, sollen die Kommunikationsstrategien der Initiative *„Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“*

anhand der ausgewählten Zeitungsartikel durch die qualitative Inhaltsanalyse erarbeitet und dargestellt werden.

#### 11.5.4 Zukunft

Bezugnehmend auf die aktuellen Ereignisse rund um das Großprojekt Stuttgart 21 und den Protesten, ist es sehr interessant, was in Zukunft mit „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ geschieht. Der aktuelle Stand zur Zeit des Experteninterviews am 17. Mai 2011 war jener, dass durch den Regierungswechsel ein Baustopp über das Projekt verhängt wurde. Geplant war ein Stresstest im Juli sowie eine anschließende Volksabstimmung im Oktober. Durch den Rücktritt des Projektleiter Hany Azer sieht es im Moment danach aus, dass das Projekt auf Eis gelegt wird. Zumindest bis sich neue Erkenntnisse auftun. Jedoch kommentierte Gangolf Stocker die Frage nach der Zukunft der Initiative, wenn das Projekt Stuttgart 21 nicht realisiert werden sollte, mit einem: *„Diese Frage ist ein bisschen sehr voreilig.“* Er geht dennoch auf die aktuelle Lage ein und bestätigt, dass durch die rot-grüne Regierung *„die [...] nicht mehr betrügen [können] mit irgendwelchen Zahlen oder bei irgendwelchen Dingen hinterm Berg halten oder Geheimpolitik machen.“*

Stocker geht schließlich doch noch auf den Fall der Auflösung des Projekts Stuttgart 21 und auf die Frage, was dann mit der Bürgerinitiative geschehen wird. *„Etwas unheimlich tolles [ist in den letzten Jahren durch die Proteste] gewachsen“* und dieses Etwas soll erhalten bleiben. Die Menschen *„wollen mehr direkte Demokratie, sie wollen also mehr mitreden.“* Dieses Gesamtgefühl soll mit in das nächste Projekt der Bürgerinitiative genommen werden: *„Wir reden mit“*. Diese Idee von *„kontinuierlich sich wiederholenden Volksversammlungen auf dem Marktplatz“* in Stuttgart, in denen über *„wichtige regional kommunal politische Dinge“* gesprochen, diskutiert und abgestimmt werden soll, an denen auch Politiker Rede und Antwort stehen sollen, diese Idee soll eine Art *„neues Stuttgarter Demokratiemodell“* darstellen.

## 12. Empirische Erhebung

Dieses Kapitel beschreibt den zweiten Teil der empirischen Forschung dieser Arbeit: die qualitative Inhaltsanalyse. Zunächst wird auf das Untersuchungsdesign, später auf den Untersuchungsgegenstand und den -zeitraum eingegangen. In der Untersuchungsdurchführung wird in einzelnen Schritten beschrieben, wie die Untersuchung durchgeführt wird. Außerdem werden die untersuchungsleitenden Forschungsfragen sowie die entstandenen Kategorien angeführt, um schließlich das Ergebnis der qualitativen Inhaltsanalyse darzustellen.

### 12.1 Untersuchungsdesign

Als Forschungsmethode wurde die qualitative Inhaltsanalyse gewählt, welche in dem Kapitel der Methodenwahl schon eingehender beschrieben wurde. In diesem Kapitel wurde auch auf die drei verschiedenen Unterformen der qualitativen Inhaltsanalyse eingegangen: auf die zusammenfassende, die strukturierende sowie auf die explizierende Inhaltsanalyse. In dieser Forschungsarbeit wird die strukturierende Inhaltsanalyse verwendet. Sie ist die sogenannte klassische Inhaltsanalyse von Mayring<sup>238</sup>, in der nach vorher festgelegten Ordnungskriterien oder Kategorien ein Querschnitt durch oder eine Einschätzung des Materials gemacht wird.<sup>239</sup> „Dazu wird ein Kategorienschema erstellt und nach einem Probedurchlauf verfeinert, bevor die Endauswertung erfolgt“. <sup>240</sup> Das Kategorienschema führt zum Ziel der strukturierenden Inhaltsanalyse, eine bestimmte Struktur aus den Artikeln heraus zu ziehen. Es gibt zwei verschiedene Ansätze zu einem Kategorienschema zu kommen: auf der einen Seite das induktive Kategoriensystem, welches aus dem Text des Artikels gewonnen wird und auf der anderen Seite das deduktive, das theoriegeleitete Kategoriensystem, welches, wie der Name bereits sagt, aus der Theorie gewonnen wird, zum Beispiel in Form von Forschungsfragen.<sup>241</sup> Bei dieser Arbeit werden die Kategorien induktiv durch das vorhergehende Studieren der Artikel erstellt. Die Theorie sowie die untersuchungsleitenden Forschungsfragen werden dabei nicht außer Acht gelassen. Nach einem zweiten Durchgang sollen die Kategorien noch einmal überarbeitet, ergänzt und / oder zusammengefasst werden.

---

<sup>238</sup> vgl. Groeben / Rustemeyer 2002: 243

<sup>239</sup> vgl. Mayring 1991: 213

<sup>240</sup> Bortz / Doering 2002: 332

<sup>241</sup> vgl. ebd.: 330

Um eine klassische qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2007) durchzuführen, soll an dieser Stelle die einzelnen Schritte des inhaltsanalytischen Ablaufmodells durchgegangen werden. Die Frage nach dem *Material zur Analyse*, sollte nach Repräsentativitäts- und ökonomischen Gesichtspunkten beantwortet werden. Die Auswahl fiel auf die überregionale Tageszeitung *Süddeutsche Zeitung*, auf die regionale Tageszeitung *Stuttgarter Zeitung* und auf das monatlich erscheinende Stadtteilmagazin *LIFT*. Die Gründe für diese Auswahl sowie die Auswahl der Artikel soll in dem Kapitel des Untersuchungsgegenstands (12.2) näher erläutert werden. Auch die *Analyse der Entstehungssituation* wird in diesem Kapitel mit einer jeweiligen Kurz- und Hintergrundbeschreibung des Materials durchgeführt. Die *formalen Charakteristika* wurde gleich zu Anfang der Untersuchung mit Hilfe von Belegexemplaren und Mikrofilmen geklärt: das Untersuchungsmaterial ist jeweils in schriftlicher Form vorhanden. Die *Richtung der Analyse* und die *theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellung* wird in dem Kapitel der Untersuchungsdurchführung (12.3) mit den untersuchungsleitenden Forschungsfragen aufgezeigt. Die *Bestimmung der Analysetechnik(en)* wurde weiter oben schon angeführt: es wird eine strukturierende Inhaltsanalyse durchgeführt. *Festlegung des konkreten Ablaufmodells* sowie auch die *Definition der Analyseeinheiten* werden anhand der Kategorienbildung, Kapitel 12.3.2, nachgewiesen. Wie bereits weiter oben im Forschungsdesign angeführt, ist die inhaltsanalytische Methode die der inhaltlichen Strukturierung mit dem Ziel der Extrahierung und Zusammenfassung nach bestimmten Inhaltsbereichen.

Warum in dieser Arbeit die qualitative und nicht die quantitative Inhaltsanalyse gewählt wurde, erklärt sich durch die Kritikpunkte durch Mayring (2002) an der quantitativen Inhaltsanalyse:<sup>242</sup>

- keine Rücksichtnahme auf den Kontext der einzelnen Bestandteile des Textes
- keine Rücksichtnahme auf verborgene Sinnstrukturen
- keine Rücksichtnahme auf sogenannte Einzelfälle
- keine Rücksichtnahme dessen, was im Analysematerial gar nicht erscheint

---

<sup>242</sup> vgl. Mayring 2002: 14

Diese vier Kritikpunkte von Mayring beschreiben sehr gut, was eine qualitative mehr als eine quantitative Inhaltsanalyse an Inhalten, Wertungen und Aussagen dem Analysematerial, in diesem Fall den Zeitungsartikeln, entziehen kann. Die bloße Mehrheitszählung anhand eines Codebogens, wie in der quantitativen Inhaltsanalyse, ist in dieser Arbeit nicht ausreichend. Wertende Aussagen der Journalisten, welche höchstwahrscheinlich nicht anhand der Wörter sondern anhand des Sinnes der Artikel zu begreifen sind, können nur anhand der qualitativen Methode extrahiert werden. Und genau diese wertenden Aussagen zu den Themen Stuttgart 21 und Bürgerbeteiligung unter anderem sollen bei der empirischen Untersuchung herausgefiltert und anschließend interpretierend dargestellt werden, um ein besseres Bild und einen tiefer gehenden Einblick in die Stimmung und Meinungen der Bürger zu bekommen.

Die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse dient in dieser Forschungsarbeit dazu, das Material systematisch zu analysieren und dadurch wissenschaftliche Gütekriterien wie die Validität und die Reliabilität zu gewährleisten. Durch die Einhaltung dieser Grundsätze wissenschaftlichen Arbeitens kann eine Überprüfbarkeit der Forschungsergebnisse sichergestellt werden.

## **12.2 Untersuchungsgegenstand**

Als Untersuchungsgegenstand werden drei Zeitungen gewählt: Die *Süddeutsche Zeitung*, die *Stuttgarter Zeitung* und die Stadtteilzeitung *LIFT – Das Stadtmagazin*. Der Grund für die Wahl dieser drei Zeitungen soll hier kurz erklärt werden. Dadurch dass das Großprojekt Stuttgart 21 von einer lokalen Thematik dann, vor allem durch die Schlichtungsgespräche, zu einer überregionalen wurde, soll die Inhaltsanalyse auch beide Zeitungssektoren berücksichtigen. Die *Süddeutsche Zeitung* steht für die überregionale Zeitung, die *Stuttgarter Zeitung* für die regionale Zeitung und das Stadtteilmagazin *LIFT* soll einen noch lokaleren Einblick geben. Bezogen auf die Stadtteilzeitung fiel die Entscheidung aus dem Grund auf *LIFT*, da viele andere Stadtteilzeitungen, wie zum Beispiel *Hallo Hallschlag*, kaum bis keine Artikel zu Stuttgart 21 verfasst haben. *LIFT* ist zwar im Gegensatz zu Anderen eine Stadtteilmagazin für Stuttgart und die Region, dafür bringt sie das Großprojekt in ihre Berichterstattung mit ein und hat sogar ein Interview mit Gangolf Stocker veröffentlicht.

In den folgenden drei Unterkapiteln sollen nun die einzelnen Zeitungen kurz beschrieben werden.

### 12.2.1 Süddeutsche Zeitung (SZ)

Die Süddeutsche Zeitung ist die größte überregionale Abonnements – Tageszeitung sowie einer der Qualitäts – Tageszeitungen Deutschlands. Die SZ hat eine tägliche Auflage von rund 428.000 Exemplaren sowie 1,27 Millionen Leser, laut den Mediadaten 2010. Somit ist sie der Marktführer unter den überregionalen Qualitätstageszeitungen. Der aktuelle Chefredakteur ist Kurt Kister.<sup>243</sup> Die Süddeutsche Zeitung wird vom Süddeutschen Verlag herausgegeben. Ihre erste Ausgabe hatte sie am 6. Oktober 1945 als eine Art Wegbereiter für eine freie Presse in Bayern.<sup>244</sup> Charakteristisch für die SZ ist die ‚Seite drei‘, welche maßgeblich von den Anfängen der Tageszeitung geprägt wurde sowie das liberale Engagement. Politisch kann die Süddeutsche Zeitung keiner Richtung zugeordnet werden, weder zur Gründungszeit noch heute.<sup>245</sup>

Als eine überregionale Qualitätszeitung ist die Süddeutsche Zeitung als Untersuchungsgegenstand für diese Arbeit sehr gut geeignet.

### 12.2.2 Stuttgarter Zeitung

Die Stuttgarter Zeitung ist eine regionale Tageszeitung in Deutschland mit dem selbst genannten überregionalen Qualitätsanspruch. Sie hat eine Auflage von 150.000 Exemplaren, zusammen mit den Stuttgarter Nachrichten eine verkaufte Auflage von 202.492 Exemplaren sowie eine Leseranzahl von ca. 1,2 Millionen. Chefredakteur der Stuttgarter Zeitung ist Joachim Dorfs.<sup>246</sup> Die Stuttgarter Zeitung wird vom Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH verlegt und hat ihren Sitz im Pressehaus Stuttgart. Die erste Ausgabe erschien am 18. September 1945. Einer der Gründungsmitglieder war Josef Eberle, er definierte die Leitidee der Stuttgarter Zeitung: *„das tägliche Bemühen um die ‚kritische Wahrheit‘“*<sup>247</sup>. Die politische Richtung der Stuttgarter Zeitung wird von sich aus als liberal bezeichnet.

---

<sup>243</sup> vgl. Süddeutsche Zeitung Mediadaten (<http://mediadaten.sueddeutsche.de/home/>)

<sup>244</sup> Strömer 2009: 35

<sup>245</sup> Buschke 2003: 102 ff.

<sup>246</sup> vgl. Stuttgarter Zeitung. Besser lesen. Einblick: [http://content.stuttgarter-zeitung.de/pdf/STZ\\_Einblick.pdf](http://content.stuttgarter-zeitung.de/pdf/STZ_Einblick.pdf)

<sup>247</sup> ebd.: 5 (Hervorhebung im Original)

Die Stuttgarter Zeitung wird als regionale Qualitätszeitung zur Inhaltsanalyse herangezogen, auch aus dem spannenden Aspekt heraus, dass die Tageszeitung aus Stuttgart sich öffentlich auf die Seite der Befürwortern des Großprojekts Stuttgart 21 stellt.

### 12.2.3 LIFT – Das Stadtmagazin für Stuttgart und die Region

Das Stadtmagazin LIFT ist ein monatliches Stadtmagazin für Stuttgart und die Umgebung. Die verkaufte Auflage liegt laut Mediadaten 2011 bei 14.672 Exemplaren. Der derzeitige Chefredakteur ist Ingmar Volkmann. LIFT besteht aus verschiedenen Ressorts, zum Beispiel Menschen, Stadtleben, Gastronomie, Musik, Film, Kunst und Theater. In der Rubrik Menschen wurde 2009 das Interview mit Gangolf Stocker veröffentlicht, was der ausschlaggebende Grund war, dieses Stadtteilmagazin als lokales Print – Medium zu wählen. Das Magazin veröffentlicht außerdem jeden Monat Sonderthemen und veranstaltet unter anderem die „Lange Nacht der Museen“ in Stuttgart.<sup>248</sup>

Die Artikelauswahl in den drei verschiedenen Untersuchungsgegenständen wurde nach vorher festgelegten Quoten und Kriterien durchgeführt. Die Artikel wurden nach Schlagwörtern wie Stuttgart 21, Schlichtungsrunde, -gespräche zu Stuttgart 21, Proteste zu Stuttgart 21 (auch die damaligen Proteste zu Castor-Transporten war ein Kriterium) sowie allgemeine Artikel zu Stuttgart 21 und Bürgerinitiativen und -beteiligung. Die zu untersuchenden Zeitungsartikel wurden nach ihrer Relevanz im Bezug auf die untersuchungsleitenden Forschungsfragen sowie die Kategorien ausgesucht. Eine Beschränkung auf eine bestimmte Anzahl von Artikeln pro Zeitung oder Magazin wurde nicht durchgeführt, da weder gesagt werden konnte, dass alle Artikel noch eine bestimmte Anzahl pro Zeitung die Fragestellungen beantworten könne. An dieser Stelle soll noch erwähnt werden, dass die sich die Anzahl der insgesamt analysierten Artikel auf 37 Artikel beläuft wobei 12 Artikel aus der Süddeutschen Zeitung, 20 Artikel aus der Stuttgarter Zeitung und fünf Artikel (exklusive zwei Vorwörter) aus dem Stadtteilmagazin LIFT stammen.

---

<sup>248</sup> vgl. Mediadaten LIFT 2011: [www.lift-online.de/fileadmin/lift-online/downloads/LIFT\\_Mediadaten/Media\\_LIFT\\_11.pdf](http://www.lift-online.de/fileadmin/lift-online/downloads/LIFT_Mediadaten/Media_LIFT_11.pdf)

### **12.3 Untersuchungszeitraum**

Der Untersuchungszeitraum wurde festgelegt auf die Zeit der Schlichtungsgespräche vom 22. Oktober bis einschließlich 27. November 2010. Diese acht Sitzungen wurden am 30. November 2010 mit dem Schlichterspruch von Heiner Geißler abgeschlossen. Der Untersuchungszeitraum ist demnach fünfeinhalb Wochen, vom 22.10. – 30.11.2010. Da die Thematik Stuttgart 21 sowie alle Frage- und Problemstellungen und Institutionen, die mit Stuttgart 21 in Verbindung stehen, in diesem fünfwöchigen Zeitraum die stärkste Medienpräsenz hatten, bietet sich dieser für eine qualitative Inhaltsanalyse von Zeitungen an.

Nach einer ersten Untersuchung des Materials kann davon ausgegangen werden, dass die Berichterstattung zu den oben angeführten Kriterien an Donnerstagen, ein Tag vor dem wöchentlichen Schlichtungsgespräch, an Freitagen, der Tag der Schlichtungsgespräche, und an Samstags- und Sonntagsausgaben höher ist, als an den anderen Wochentagen. Aus diesem Grund wird der Untersuchungszeitraum in dem Maße weiter eingegrenzt, dass nur Zeitungsausgaben der Wochentage Donnerstag, Freitag und Samstag / Sonntag zur Analyse herangezogen werden, außer an dem Tag vor dem ersten Schlichtungsgespräch. Ausnahmen machen ebenfalls die letzte Schlichtungssitzung am Samstag, den 27. November 2010 sowie der Tag des Schlichterspruchs Dienstag, 30. November 2010. In diesen Fällen werden die Ausgaben vom Montag, 29.11.10 und Mittwoch 01.12.10 zur Analyse hinzugezogen. Bei dem monatlich erscheinenden Stadtmagazin LIFT erübrigt sich diese Eingrenzung. Zusammenfassend kann hier angeführt werden, dass an insgesamt 20 Tagen im genannten Untersuchungszeitraum Zeitungsausgaben analysiert werden sollen.

### **12.4 Untersuchungsdurchführung**

#### **12.4.1 Untersuchungsleitende Forschungsfragen**

Wie bereits oben im Forschungsdesign erwähnt spielen die aus der Theorie und dem Forschungsinteresse gewonnenen Forschungsfragen in der Kategorienbildung zwar

eine zweitrangige aber dennoch wichtige Rolle. Sie sollen an dieser Stelle noch einmal, angepasst an die qualitative Inhaltsanalyse, aufgezählt werden:<sup>249</sup>

1. Was kennzeichnet die Öffentlichkeit in einer Demokratie?
2. Durch welche Merkmale ist die Gegenöffentlichkeit geprägt?

*Forschungsfrage 1 und 2 sollen und wurden annähernd anhand des Theorieteils beantwortet.*

3. Wie ist eine Bürgerinitiative in ihrer Struktur und Organisation aufgebaut?
4. Wie kommuniziert eine Bürgerinitiative innerhalb der Organisation und wie nach Außen zur Öffentlichkeit? *Gibt es eine Art Kommunikationsstrategie?*

*Forschungsfrage 3 und 4 sollen um die Fragestellung nach der Zukunft der Bürgerinitiativen ergänzt werden.*

5. Welchen Teil trägt die Gegenöffentlichkeit in Form einer Bürgerinitiative, Beispiel „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ zur Beteiligung der Bürger bei?
6. Welche Aufgaben und Verantwortung tragen die Massenmedien in Bezug auf Partizipation am Beispiel von Stuttgart 21?

#### 12.4.2 Kategorien

Die nun folgende Kategorienerstellung soll nach induktiver Methode durchgeführt werden, das heißt, das zu analysierende Material, die Zeitungsartikel, wird in „*einer explorativen Phase gesichtet, um erste Kategorien zu entwickeln*“<sup>250</sup>. Mit Bezug auf die forschungsleitenden Fragen als eine Art Leitfaden sowie auf die theoretischen Überlegungen werden dann gegebenenfalls Kategorien noch hinzugezogen. In diesem Kapitel werden die herausgefilterten Kategorien aufgestellt, nach denen die Zeitungsartikel anschließend inhaltlich analysiert und interpretiert werden. Jede Kategorie kann ebenso als eine Fragestellung betrachtet werden.

---

<sup>249</sup> Anmerkung: Ergänzungen in kursiv gekennzeichnet

<sup>250</sup> Lamnek 1995: 207, zit. nach Trültzsch 2009: 159

Hier nun die Aufstellung der ausgewählten Kategorien mit ihren Unterkategorien und Anmerkungen zur Erklärung:<sup>251</sup>

### **1. Bürgerbeteiligung durch Schlichtungsverfahren**

Nach den einsetzenden Großdemonstrationen und einer in nächster Zukunft nicht feststehenden Entscheidung in Bezug auf Stuttgart 21, wurde das Schlichtungsverfahren eingeführt. In wie weit kann durch dieses neue Verfahren eine Bürgerbeteiligung gewährleistet werden? Kann überhaupt von einer Beteiligung gesprochen werden?

### **2. Neues Demokratieverständnis**

Ansätze wie das ‚Demokratie-Experiment‘ mit Bürgerbeteiligungen sprechen für ein neues Verständnis von Demokratie. Auch die Aufklärung des Polizeieinsatzes am 30. September 2010 im Stuttgarter Schlosspark ist ein Zeichen für die Forderung nach transparentem Einblick in die Aktionen des Staates.

### **3. Rolle und Verantwortung der Medien**

Erfüllen die Medien ihre Funktionen, zum Beispiel die Kontrollfunktion als sogenannte vierte Gewalt im Staat? Die Übertragung der Schlichtungsgespräche im Rundfunk und im Internet können hier als eine Maßnahme zur Aufgabenerfüllung gesehen werden. Welche Stellung hat das Internet? Können Foren und (Foren-) Kommentare als Beteiligungsform gesehen werden?

### **4. Stellungnahme der Zeitung / des Magazins zu Stuttgart 21**

Welche Linie verfolgt das Blatt in Bezug auf Stuttgart 21? Vertritt es seine Meinung offen nach Außen? Wie rechtfertigt es mit seiner Stellungnahme den Anspruch der Objektivität an ein Medium?

### **5. Organisation und Strategien des Widerstandes**

Gibt es eine Struktur und / oder (Kommunikations-) Strategien der Gegner von Stuttgart 21 in Bürgerinitiativen oder auch in den Schlichtungsgesprächen? Kann man Unterschiede feststellen in der Organisation der Befürwortern und der Gegner von Stuttgart 21?

---

<sup>251</sup> Anmerkung: Die Reihenfolge bedeutet keine Aufstellung nach Relevanz, nur nach Thematik.

## **6. Sicht in die Zukunft**

Wie weit wird das Verfahren der Schlichtungsgespräche, das sogenannte ‚Demokratie-Experiment‘ in der Zukunft beleuchtet? Steht es zur Debatte dieses Verfahren auch bei zukünftigen (Groß-) Projekten einzusetzen? Wird das Thema Stuttgart 21 mit all seinen Auswirkungen auf die Bürger, die Politik und die Medien auch in Bezug auf die Zukunft betrachtet?

Diese sechs Kategorien heißt es nun in der Untersuchung zu berücksichtigen. Das bedeutet für den Forschungsablauf, dass die Zeitungsartikel ein zweites Mal untersucht werden. Dieses Mal nach den ausgewählten Kategorien und ihren Fragestellungen. In dem folgenden Kapitel sollen schlussendlich die Ergebnisse der zweiten Untersuchung der Artikel anhand der festgelegten Kategorien angeführt werden. Die Ergebnisse werden in einer Art Interpretation und Beantwortung der Fragestellungen bzw. der Kategorien dargestellt.

### **12.5 Ergebnisse**

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse einer qualitativen Inhaltsanalyse von Zeitungsartikeln aus drei verschiedenen Zeitungen dargestellt. Wichtige Faktoren bei dem empirischen Teil dieser Arbeit waren Wertungen und Meinungen, welche es galt aus den Artikeln heraus zu filtern. Die Darstellung der Ergebnisse soll nach Beantwortung und Erklärung der genannten Kategorien aufgebaut werden, da die Zeitungsartikel nach diesen strukturell untersucht wurden. Eine Ordnung / Reihung nach Zeitung ist bei der Ergebnisdarstellung nicht gegeben, die relevanten Inhalte werden den jeweiligen Kategorien zugeordnet. Zudem ergänzen angeführte Textpassagen oder Zitate aus den Zeitungsartikeln die Ergebnisse, um die untersuchungsleitenden Fragen eingehender beantworten zu können. Die Zeitungsartikel wurden nicht als Anhang angehängt, durch die Beschreibung des Untersuchungsgegenstands kann aber eingesehen werden, welche Ausgaben der jeweiligen Zeitungen analysiert wurden.

An dieser Stelle folgen nun die Aufzählung der Kategorien sowie die dazugehörigen interpretierten Ergebnisse.

## 1. Bürgerbeteiligung durch Schlichtungsverfahren

Die Entscheidung der Verantwortlichen, sich zu den besagten Schlichtungsgesprächen zu treffen, gab dem Großprojekt Stuttgart 21 eine gewisse Sachlichkeit und Ruhe. Die Gespräche wurden medial übertragen, wodurch eine Beteiligung der Bürger gewährleistet wurde. Doch gab es durch dieses Verfahren wirklich eine Beteiligung der Bürger?

Was im Zuge der Inhaltsanalyse der Zeitungsartikel stark hervor trat, ist die Aussage, dass durch die Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21 eine „*neue Form von Bürgerbeteiligung*“<sup>252</sup> entstanden ist. Ein Artikel der Stuttgarter Zeitung zeigt auf, dass dieses neue Vermittlungsverfahren die Möglichkeit bietet, „*den Bürgern nun Entscheidungsprozesse transparent darzustellen, Planungsprozesse, Kostenberechnungen und Bauabläufe nachvollziehbar zu machen, um so verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen*“<sup>253</sup>. Ein Kommunikationswissenschaftler erklärt in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung<sup>254</sup>, dass die Gespräche zwischen Gegnern und Befürwortern von Stuttgart 21 nun durch die Live-Übertragungen auch für den Bürger transparent werden. Dies wiederum erlaubt den Bürger ein Teil dieses Prozesses zu sein. „*Die Gegner mussten ihre Kritik nicht mehr auf der Straße äußern und konnten stattdessen mit der Landesregierung und der Bahn auf Augenhöhe diskutieren.*“<sup>255</sup> Doch wer ist hier mit Gegner gemeint? Die Vertreter der Gegner konnten ihre Meinung äußern, doch konnten dies auch die Bürger? An dieser Fragestellung angeknüpft wurde die Beteiligung der Bürger durch ein Bürgerentscheid gefordert, allen voran von Grünen – Politiker Winfried Kretschmann: „*Das Volk muss schlichten.*“<sup>256</sup> Die Gegner des Projekts sind sich in dem Fall einig, dass die Bürger das letzte Wort sprechen sollten. Ein „*Schön, dass wir darüber gesprochen haben*“<sup>257</sup>, in Bezug auf die Schlichtungsgespräche, ist ihnen zu wenig. Doch das Volksentscheid wurde abgelehnt und damit auch die direkte Beteiligung der Bürger.

---

<sup>252</sup> u.a. Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 22.10.2010, S. 20

<sup>253</sup> ebd., S. 27

<sup>254</sup> vgl. ebd., S. 20

<sup>255</sup> Süddeutsche Zeitung, 27.11.2010, S. 7

<sup>256</sup> Süddeutsche Zeitung, 30.10.2010, S. 6

<sup>257</sup> Süddeutsche Zeitung, 01.12.2010, S. 2

Auffallend sind ebenfalls Äußerungen, sowohl am Anfang als auch am Ende der Schlichtungsgespräche, welche beschreiben, dass der Fokus der Schlichtungsgespräche weder sehr auf den Inhalt noch auf dem Endergebnis liegt. „Der eigentliche Wert der Gespräche bestehe in der Erprobung eines neuen Modells für eine moderne Bürgergesellschaft“<sup>258</sup>, meint auch Winfried Kretschmann von den Grünen. Die Schlichtungsrunden seien ein „wichtiges Experiment in Sachen Bürgerbeteiligung bei Großprojekten“<sup>259</sup> und sollen ihren Teil dazu beitragen, dass die mehrmals genannte „Vertrauenskrise zwischen Politiker und Bürger“<sup>260</sup> durch „neue demokratische Beteiligungsinstrumente“<sup>261</sup> wie die der Schlichtungsgespräche vorüber geht.

Diese Art von Vermittlungsverfahren sind, wie sich im Laufe dieser Forschungsarbeit und der qualitativen Inhaltsanalyse herausstellte, nicht unbekannt, wenn es um die Planung eines Großprojektes geht. Das Beispiel, was im Zusammenhang zur Berichterstattung zu Stuttgart 21 und den Schlichtungsrunden erwähnt wird, ist das Mediationsverfahren im Fall des Frankfurter Flughafens. Dort wurde ein eineinhalb Jahre dauernder Vermittlungsprozess durchgeführt, an dem drei Mediatoren (Vermittler) beteiligt waren. Dies wurde im Vorfeld der Planung von Stuttgart 21 vermisst. Die Konsequenz daraus ist ein verspäteter Schlichtungsversuch. Durch diesen soll trotz der eigentlich verspäteten Mobilisierung nach Nils Schmid, SPD – Landeschef, nun eine „gestaltende Bürgerbeteiligung“<sup>262</sup> eingeführt werden.

Die Reaktionen auf den Schlichterspruch waren, vor allem seitens der Gegner, eher verhalten. Doch für die Journalisten als auch für die Politiker war das Schlichtungsverfahren durch die „Wiederentdeckung des Bürgers“<sup>263</sup> ein großer Nutzen für die Demokratie, denn dieses Verfahren führte und führt auch in Zukunft zu einer wirklichen Beteiligung der Bürger. Trotz der Tatsache, dass die Schlichtung

---

<sup>258</sup> Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 23.10.2010, S. 21

<sup>259</sup> Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 30.11.2010, S. 24

<sup>260</sup> Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 29.10.2010, S. 7

<sup>261</sup> Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 30.11.2010, S. 24

<sup>262</sup> Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 13.11.2010, S. 5

<sup>263</sup> Süddeutsche Zeitung, Ausgabe 01.12.2010, S.6

mit Sicherheit zu spät eingesetzt wurde, war sie das „*Ergebnis einer bürgerlichen Revolution*“<sup>264</sup>.

## 2. Neues Demokratieverständnis

Die Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21 ist nach dem Schlichter Heiner Geißler ein sogenanntes „*Demokratie-Experiment*“<sup>265</sup>. Dieser mittlerweile bekannte Ausdruck setzt an der Forderung der Bürger nach Transparenz und Aufklärung an. Ein weiteres Schlagwort in dem Zusammenhang ist ‚Prototyp‘, welches besagt, dass dieses Experiment noch nie in dieser Form existierte. Zudem wird in der Berichterstattung über Stuttgart 21 und den Schlichtungsgesprächen häufig über den Vergleich mit ‚High Noon‘, ein Filmklassiker, geschrieben und mit dem Kommentar versehen, dass das Schlichtungsverfahren zu Stuttgart 21 eine Art „*Klassiker der Demokratiegeschichte*“<sup>266</sup> werden könnte. Durch diese neue Art von Bürgerbeteiligung wird die Demokratie auf eine Art wiederbelebt, die die Bürger und auch der Staat vielleicht dringend nötig hatten. Bürger sollten an Entscheidungsprozessen wie diesen beteiligt werden.

„*Demokratie lebt vom bürgerschaftlichen Engagement, aber auch von der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, am Finden von Entscheidungen, die oftmals einen Kompromiss bedeuten, konstruktiv und am Allgemeinwohl orientiert mitzuwirken.*“<sup>267</sup> Diese Aussage entstammt einem Artikel der Stuttgarter Zeitung am Tag des ersten Schlichtungsgesprächs, der den passenden Titel ‚Keine Akzeptanz ohne Transparenz‘ trägt. Auf die Stellung der Transparenz wurde in Bezug auf Bürgerbeteiligung schon eingegangen, soll an dieser Stelle aber noch durch den Zusatz der Funktion als wichtiges Bestandteil für eine Demokratie und eine freie Meinungsbildung ergänzt werden. In einer modernen Demokratie, wie die unsere bezeichnet wird, ist es von Nöten kritisch zu beobachten und zu hinterfragen. Eine „*direkte Form von Demokratie*“<sup>268</sup> ist gefordert. Im Zuge der letzten Schlichtungsrunden und das Warten auf den Schlichterspruch durch Geißler wurde,

---

<sup>264</sup> ebd.

<sup>265</sup> u.a. Süddeutsche Zeitung, Ausgabe 27.11.2010, S. 4

<sup>266</sup> Süddeutsche Zeitung, Ausgabe 29.11.2010, S. 5

<sup>267</sup> Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 22.10.2010, S. 27

<sup>268</sup> Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 26.11.2010, S. 26

unter anderem vom Magazin Spiegel, von einer „*Lehrstunde für unsere Republik*“<sup>269</sup> gesprochen. Es besteht die Hoffnung auf eine neue „*Diskursrepublik*“<sup>270</sup>, um der Politik- und Demokratieverdrossenheit entgegen zu wirken.

Um noch einmal auf den Aspekt der Aufklärung und Transparenz zurückzukommen, soll an dieser Stelle die Untersuchung des Polizeieinsatz am 30. September 2010 erwähnt werden. Durch die Forderung nach Aufklärung der harten Vorgehensweise und dem Nachkommen dieser Forderung durch die Regierung, zeigt sich das Verständnis von Demokratie. Die Polizei als Symbol des Staates und damit der Befürworter für Stuttgart 21 werden vom Volk kritisiert und ihre Handlungen unter anderem durch ein „*Protokoll des Zorns*“<sup>271</sup>, eine Dokumentation des besagten Polizeieinsatz durch die Süddeutsche Zeitung, transparent gemacht.

Hinsichtlich eines Demokratieverständnisses mit direkter Beteiligung und Partizipation der Bürger wird unvermeidlich auf die Massenmedien Bezug genommen. Durch die Medien ist es den Bürgern erst möglich an Verfahren, wie die der Schlichtung zu Stuttgart 21, auf eine Art und Weise teilzunehmen, die es verspricht, mitwirken zu können. Doch nehmen die Massenmedien ihre Rolle wahr? Erfüllen sie die Kontrollfunktion als sogenannte vierte Gewalt im Staat?

### **3. Rolle und Verantwortung der Medien**

Zum ersten Mal wurde ein Fachgespräch zwischen Gegnern und Befürwortern eines Großprojekts live in den Medien übertragen. Der Fernsehsender Phoenix sowie diverse Internetseiten / -foren zeigten in voller Länge und direkter Übertragung die acht Schlichtungsgespräche sowie den Schlichterspruch. Die Einschaltquoten übertreffen die Erwartungen, Phoenix hat die zweitbesten Einschaltquoten seit Bestehen des Senders. Ein Artikel aus der Süddeutschen Zeitung, welcher nach dem Schlichterspruch erschien, definierte die Einschaltquoten als Beweis, dass die Zuschauer doch wissbegieriger und anspruchsvoller sind als TV – Produzenten und Andere denken.<sup>272</sup>

---

<sup>269</sup> Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 01.12.2010, S. 20

<sup>270</sup> ebd.

<sup>271</sup> Süddeutsche Zeitung, Ausgabe 13.11.2010, S. 5

<sup>272</sup> vgl. Süddeutsche Zeitung, Ausgabe 01.12.2010, S. 4

Dieser Prototyp in der Geschichte der Medien steht als Symbol für Bürgerbeteiligung, Glaubwürdigkeit sowie für, nach Heiner Geißler, eine „*moderne Mediendemokratie mit Internet und Facebook*“<sup>273</sup>. Die Übertragungen im Internet sowie auch die Online – Berichterstattung der Tageszeitungen bleiben jedoch nicht unkommentiert. Zahlreiche Online – Foren waren zur Zeit der Schlichtungsgespräche komplett überlastet, es gab zum Teil bis zu 1.300 Kommentare an einem Tag über Stuttgart 21.<sup>274</sup> Auch dieser Teil des neuen Mediums Internet ist eine Form von Partizipation. Das Internet ermöglicht den Bürgern, noch mehr als das Fernsehen, durch die Möglichkeit des Feedbacks, ihre Meinungen zu äußern.

Auch das Internetprojekt ‚Flügel TV‘, eingeleitet vom Pionier der Stuttgart 21 Medienwelle Robert Schrem, nutzt die Möglichkeit, ungefiltertes Material via Internet zu veröffentlichen. „*Das Interessante am Internet ist ja, dass man mit sehr geringen Mitteln sehr viel Öffentlichkeit für ein Thema erzeugen kann*“<sup>275</sup>, betont der n-tv Reporter Schrem. An dieser Stelle könnte die Frage erscheinen, ob das Internet wohlmöglich die klassischen Medien wie Print und Rundfunk langsam aber sicher mit Zeit ersetzen wird? Beantwortet kann diese Frage vorerst nicht, dennoch kann festgestellt werden, dass das Vertrauen in die Medien zum Teil verloren gegangen ist und alternative Medien gesucht werden. Dadurch entstehen immer mehr alternative Medien und werden dann auch in Fällen wie diesen eingesetzt. Ein anderer Lösungsansatz ist, dass die sogenannten klassischen Medien ihre Berichterstattung wieder mehr auf Hintergrundinformationen aufbauen, um so Vertrauen durch eine transparente Berichterstattung herzustellen.<sup>276</sup> Da Themen wie Stuttgart 21 sehr emotionsgeladen sind, ist es für die Journalisten schwierig, die „*emotionale Meta-Ebene*“<sup>277</sup> nicht ebenfalls in ihre Berichterstattung aufzugreifen, wie eine Journalistin der Stuttgarter Nachrichten bemerkt.

„*Wir sollten dringend mal wieder was zu Stuttgart 21 machen!*“<sup>278</sup> Dieser Spruch wurde nicht nur in der Zeit der Schlichtungsgespräche in den Redaktionen der Zeitungen und regionalen Magazinen geäußert. Natürlich muss diese Aussage auf

---

<sup>273</sup> Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 23.10.2010, S. 22

<sup>274</sup> vgl. LIFT, Ausgabe November 2010, S. 8-9

<sup>275</sup> LIFT, Ausgabe November 2010, S. 12

<sup>276</sup> vgl. ebd., S. 10

<sup>277</sup> LIFT, Ausgabe November 2010, S. 9

<sup>278</sup> LIFT, Ausgabe Oktober 2010, Vorwort

eine ironische Weise betrachtet werden, doch was steckt genau hinter der Verbwahl ‚sollen‘?

Die oben erwähnte Kontrollfunktion der (Massen-) Medien und ihre damit verbundene Verantwortung gegenüber dem Volk, ist im Untersuchungsmaterial ebenfalls ein zentrales Thema. Was die Bürger und was auch die Zeitungen / Magazine fordern und dementsprechend versuchen zu erfüllen, ist eine objektive, transparente und kritische Medienberichterstattung. Vor allem die objektive Berichterstattung ist eine schwer einzuhaltende Anforderung an ein Blatt, da dieses meist, zum Beispiel durch ihre politische Gesinnung, eine gewisse Haltung zu einer Thematik wie Stuttgart 21 haben. Trotz einer Affinität zu einer Seite sollte das Medium die Objektivität der Berichterstattung einhalten können und beide Seiten beleuchten und zu Wort kommen lassen.

„Solange wir gleichermaßen von Befürwortern und Gegnern des Projekts kritisiert werden, machen wir unseren Job richtig“<sup>279</sup>, diese Ansicht bezüglich objektiver Berichterstattung hat der Online Chef der Stuttgarter Zeitung Tobias Köhler. Forderung nach Objektivität ist oft auch verbunden mit dem Verlangen nach einer einseitigen Berichterstattung, je nachdem welche Seite die Forderung stellt.

Kann nun die Frage nach der Erfüllung der Verantwortung und Funktionen der Medien beantwortet werden? Nach den Äußerungen in den zu untersuchenden Artikeln, kann davon ausgegangen werden, dass durch die Hilfe der Medien eine Bürgerbeteiligung entstehen konnte. Den Bürgern war es aufgrund der medialen Übertragung als auch aufgrund der Feedbackfunktion durch Internetforen möglich, nicht nur am Prozess teilzunehmen, sondern diesen auch zu kommentieren und ihre Meinungen dazu zu äußern. Demnach hat die Medienwelt ihre Funktion als Forum, Sprachrohr und Übertragungsmittel erfüllt. Ohne die Medien wären die Schlichtungssitzungen mit ihrem Anspruch eines ‚Demokratie-Experiments‘ nicht auf diese Art und Weise gelungen. Auf der anderen Seite, darauf bezieht sich die folgende Kategorie, haben Medien auch bestimmte Linien zu erfüllen. Sie stellen sich zum Teil bewusst auf eine bestimmte Seite. Dadurch ist der Aspekt der Objektivität natürlich gestört und das Medium erfüllt in dem Moment nicht die zum Teil geforderte Funktion der sogenannten vierten Gewalt im Staat.

---

<sup>279</sup> LIFT, Ausgabe November 2010, S. 9

#### **4. Stellungnahme der Zeitung / des Magazins zu Stuttgart 21**

Wie die vorhergehende Kategorie am Ende schon einleitet, geht es hier um die Einstellung oder Stellungnahme des zu untersuchenden Mediums in Bezug auf die Thematik Stuttgart 21. Dadurch, dass es in dieser Forschungsarbeit ein wichtiger Punkt ist, in wie fern und ob überhaupt, die Medien Verantwortung in unserer Gesellschaft übernehmen, soll an dieser Stelle auch darauf eingegangen werden, wie sie im Endeffekt bei diesem speziellen Thema, vor allem die Stuttgarter Zeitung als lokale Tageszeitung Stuttgarts, ihre Berichterstattung führen.

Was aus der Inhaltsanalyse des Untersuchungsmaterials hervortritt, ist die zum Teil schon starke Kritik an beiden Tageszeitungen in Stuttgart: Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten. Beide Zeitungen, vom selben Verlag heraus gebracht, stehen in der Kritik pro Stuttgart 21 zu sein und dadurch Meinungen und Argumente der Gegner nicht zu veröffentlichen. Stichworte wie „*Lügenblatt*“ oder Anprangerungen wie „*offenkundig willfähige Journaille*“ werden im Zusammenhang mit den beiden Stuttgarter Tageszeitungen genannt. Die Zeitungen selber, vor allem die eher liberale Stuttgarter Zeitung, verteidigen sich mit den Worten, dass eine Zeitung Stellung beziehen muss und sich nicht von einem öffentlichen Trend leiten lassen kann. Doch zahlreiche Abo – Kündigungen bleiben auch in diesem Fall nicht unbemerkt und es ließ sich eine Tendenz zu einer wieder ausgewogeneren Berichterstattung feststellen.<sup>280</sup>

Leider konnte zu dieser Kategorie weder in der betroffenen Stuttgarter Zeitung noch in der überregionalen Süddeutschen Zeitung Inhalte gefunden werden. Das Stadtteilmagazin LIFT dennoch beleuchtete diese Problemstellung in der Novemberausgabe 2010 eingehend.

#### **5. Organisation und Strategien des Widerstands**

Zu untersuchende Zeitungsartikel mit Aussagen zu dieser Kategorie wurden primär am Anfang der Schlichtungsgespräche gefunden. Die Journalisten schien es zu interessieren, mit welchen Taktiken und Strategien die Gegner- und auch die Befürworterseite an die Schlichtungsgespräche herangehen. Heraus kristallisiert hat

---

<sup>280</sup> vgl. LIFT, Ausgabe November 2010, S. 8-9

sich, dass die Gegenseite des Projekts, berechtigt oder nicht berechtigt, Angst hat bei dieser Art von öffentlichen Auftritten der Befürworterseite unterlegen zu sein. Diese Angst schürt aus dem Grund heraus, da die Akteure auf der Seite von Stuttgart 21 erfahrener sind, was allgemeine mediale Präsenz angeht. Was sicherlich daraus hervorgeht, dass die Deutsche Bahn eines der größten staatlichen Unternehmen ist und die Vertreter dieses Unternehmens öffentliche Auftritte oder Pressekonferenzen gewohnt sind. Auch die Vorbereitung für ein derartiges Medienspektakel kann bei der Deutschen Bahn auf eine professionellere Art und Weise durchgeführt werden. Die Rede ist von zahlreichen Mitarbeitern, Teams aus der PR, Werbung und dem Marketing, die die wichtigsten Argumente gesammelt gezielt präsentieren können.

Dadurch, dass diese „*Premiere ohne Generalprobe*“<sup>281</sup> ein Experiment vor laufender Kamera ist, Erfahrungen in dem Zusammenhang eher gering sind, scheint eine gewisse Vorbereitung und Strategieplanung sinnvoll. Die bisherige Strategie der Gegner des geplanten Großprojekts ist vor allem durch die organisierten Großdemonstrationen sichtbar. Doch die ständigen Proteste ermüden mit der Zeit, weswegen die Schlichtungsrunden eine neue Chance der Präsentation für die Gegner ist. Nun können Sie ihre Argumente nicht nur auf der Straße oder über das Internet verbreiten, sondern auch über das Fernsehen. Außerdem ist durch die Live-Übertragungen das Interesse der Bevölkerung Deutschlands an dem Großprojekt Stuttgart 21 und damit auch an den Argumenten beider Seiten erheblich gestiegen. Doch trotz der Chance, die sich nun auftun, sind die Gegner eher skeptisch gegenüber dem Schlichtungsverfahren eingestellt. Die Risiken dieser medialen Übertragung des Argumentenaustauschs sind wegen der oben angeführten Vorteile ihrer Gegner nicht zu verbergen.

In einem Leserbrief der Stuttgarter Zeitung wird beschrieben, was auch in dieser Arbeit als Fragestellung existiert:<sup>282</sup> Wie sind die Widerständler wie die Aktivisten, Parkschützer oder die Bürgerinitiativen organisiert? Wie finanzieren sie sich zum Beispiel? Doch diese Fragen bleiben zumeist unbeantwortet. Einblicke in die Strategie der Gegner von Stuttgart 21, mit Gegner sind die strukturierten Gruppierungen, wie zum Beispiel die Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein

---

<sup>281</sup> Süddeutsche Zeitung, Ausgabe 22.10.2010, S. 2

<sup>282</sup> vgl. Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 04.11.2010, S. 30

Stuttgart 21', gemeint und nicht das protestierende Volk auf den Straßen Stuttgarts, werden leider nicht gegeben.

## 6. Sicht in die Zukunft

Dass das Verfahren der Schlichtungsgespräche und deren mediale Übertragung ein beispielloses Experiment ist, das wurde weiter oben schon mehrfach erwähnt. In wie weit die Journalisten dieses ‚Demokratie-Experiment‘ als Modell für die Zukunft sehen, soll in diesem Teil der Ergebnisse veranschaulicht werden.

„*Das nächste Mal bitte rechtzeitig*“<sup>283</sup>, so lautet ein Titel der Süddeutschen Zeitung gegen Ende der Schlichtungsgespräche im Stuttgarter Rathaus. In diesem Fall sind sich Zeitungen zum größten Teil einig: das Projekt Stuttgart 21 ist der „*Ausgangspunkt für eine künftig grundsätzlich veränderte Kommunikations- und Verfahrensweise in Deutschland*“<sup>284</sup> und auf diese Weise zukunftsweisend. Doch rechtzeitig war die Entscheidung, die Gespräche zwischen Stuttgart 21 Befürwortern und Gegnern einzuleiten, mit Sicherheit nicht. Die Journalisten, die Politiker und auch die Bürger stellen sich die Frage, ob dieses Verfahren auch für andere Großprojekte als Modell einsetzbar ist und Projekte dieser Größenordnung auf diese Weise vorbereitet werden können. Der ehemalige Ministerpräsident Stefan Mappus ließ zumindest verlauten, dass zukünftige Großprojekte in diesem Stil durch sogenannte Mediationsverfahren, wie beim Frankfurter Flughafen, schnell und demokratisch entschieden werden sollen. Großprojekte sollen von Anfang an besser kommuniziert werden, um Schlichtungen wie bei Stuttgart 21 gar nicht erst zu benötigen.<sup>285</sup>

Der Städtebau im Rosensteinviertel in Stuttgart wurde schon im November 2010, also noch während der Schlichtungsgespräche, unter dem Motto ‚Wir gestalten unsere Stadt von morgen‘ mit den Bürgern via Internet und im Ratssaal Stuttgarts diskutiert. Zukünftig sollen alle Großprojekte der Stadt Stuttgart, sogar der Stadthaushalt 2012/13, frühzeitig mit den Bürgern intensiv besprochen werden, um eine Eskalation wie bei Stuttgart 21 zu vermeiden. Diese sogenannten

---

<sup>283</sup> Süddeutsche Zeitung, Ausgabe 27.11.2010, S. 4

<sup>284</sup> Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 22.10.2010, S. 27

<sup>285</sup> vgl. Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 13.11.2010, S. 5

„Beteiligungsprojekte“<sup>286</sup> sollen Offenheit und Transparenz gewährleisten. Somit zeigt sich, dass auch abseits von Stuttgart 21 der Dialog mit den Bürgern gesucht wird. Auf die Frage was nach den Schlichtungsgesprächen mit der Bürgerbeteiligung an Stuttgart 21 geschehen wird, hat Stuttgarts Oberbürgermeister Wolfgang Schuster den „Bürgerkonvent Stuttgart“ vorgeschlagen. Eine Art „neutrale Plattform“, auf der weitere Fragestellungen diskutiert und von Experten beantwortet werden können.<sup>287</sup>

Zusammenfassend kann hier also festgehalten werden, dass diese neu entwickelte Form von Bürgerbeteiligung als sogenannte ‚Master – Vorlage‘ für alle kommenden Großprojekte dienen und eingesetzt werden soll. Nicht die Schlichtungsgespräche an sich sollen wiederholt werden, sondern die Möglichkeit der Bürger auf der einen Seite die gesamten Entscheidungsprozesse jederzeit zu verfolgen und auf der anderen Seite ihre Meinungen zum Projekt äußern zu können. Die direkte Beteiligung ist aber nur gewährleistet, wenn die Bürger in (Internet-) Foren, auf Demonstrationen oder auch organisierten Versammlungen ihrer Meinung Gehör geschenkt wird. Deswegen wurde auch schon mehrmals das Mediationsverfahren am Beispiel Frankfurter Flughafen erwähnt, welches über ein Jahr lang Projektverantwortliche und betroffene Bürger diskutiert hat lassen. In diesem Fall war eine nachträgliche Schlichtung wie bei Stuttgart 21 gar nicht erst notwendig. Dies soll auch in Zukunft das Ziel sein, wie schon an verschiedenen Projekten der Stadt Stuttgart zu sehen ist.

---

<sup>286</sup> Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 12.11.2010, S. 22

<sup>287</sup> Stuttgarter Zeitung, Ausgabe 19.11.2010

## 13. Resümee

In diesem Kapitel werden die Forschungsergebnisse anhand der Forschungsfragen konkludiert. Zunächst wird ein Überblick gegeben, wie sich der Ablauf der Forschung gestaltet hat. Dann werden die Forschungsfragen nacheinander mit Hilfe der Literatuarbeit sowie des empirischen Teils bestehend aus Experteninterview und der qualitativen Inhaltsanalyse versucht, zu beantworten. Dieser Teil soll die Ergebnisse dieser Forschungsarbeit noch einmal strukturiert anführen. Der letzte Teil des Resümees besteht aus dem Ausblick der Forschung. Hier werden die aktuellen Ereignisse und Zustände des Projektes Stuttgart 21 noch einmal angeführt, um dann anschließend darauf einzugehen, welche Aspekte in zukünftigen Forschungen interessant wären aufzugreifen und zu untersuchen.

### 13.1 Forschungsablauf dieser Arbeit

Der Forschungsablauf der Forschungsarbeit kann in zwei verschiedene Teile zerlegt werden: auf der einen Seite der Ablauf des Experteninterviews und auf der anderen Seite der Ablauf der qualitativen Inhaltsanalyse.

Das Experteninterview wurde aus dem Grund durchgeführt, dass die theoretischen Überlegungen aus der Literatur auf die Praxis bezogen werden können, in dem Fall auf das spezielle Beispiel von Stuttgart 21. Der Experte Gangolf Stocker, auch der Gründer der Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“, sollte anhand fünf ausgewählter Fragen zu dem Phänomen Bürgerinitiativen sowie zum Großprojekt Stuttgart 21 befragt werden. Nach der Kontaktaufnahme mit Stocker per Mail wurde ein Telefoninterview vereinbart, welches ca. 15 Minuten dauerte. In dieser Zeit konnten alle Fragen beantwortet und bei manchen Fragestellungen auch nachgehakt werden. Der Ablauf des Experteninterviews verlief reibungslos und sehr unkompliziert. Nach der Transkription des Interviews wurde der Inhalt als eine Art Quelle verwendet. Anhand der Aussagen von Gangolf Stocker konnte ein Bild der Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ entstehen und anschließend nach dem Aufbau der Theorie dargestellt werden. Das, was aus dem Experteninterviews erwartet wurde, ist in diesem Fall auch eingetreten und konnte in der Arbeit verwertet werden. Eine Ausnahme bildete die Frage nach der Strategie der Bürgerinitiative. Auf die Frage, welche Strategien verwendet werden, in der internen und externen Kommunikation oder auch in den Schlichtungsgesprächen, ist der

Experte trotz Nachfrage nicht eingegangen. Dies erklärt sich jedoch eventuell durch die Verschwiegenheit, die der Gründer der Bürgerinitiative über seine Strategien einhalten möchte. Schließlich konnte Stocker sich nicht hundertprozentig sicher sein, dass die Befragung wirklich im Zuge einer Magister – Arbeit statt fand. Die Fragestellung nach den Strategien von Bürgerinitiativen oder auch ihrer Gegner wurde nun versucht im Teil der qualitativen Inhaltsanalyse zu beantworten.

Der Hauptteil der Empirie, die qualitative Inhaltsanalyse von Zeitungsartikeln, sollte ebenfalls die Theorie auf die Praxis beziehen und durch die Analyse von Wertungen und Meinungen zu ausgewählten Kategorien die Thematik der Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit näher bringen. Nach der Auswahl der Medien, entschieden wurde sich absichtlich für drei verschiedene Nischen: überregional, regional und lokal, wurde nach einer ersten Untersuchung der Artikel die Kategorien, nach denen die Zeitungsartikel analysiert werden sollten, festgelegt. Anhand dieser Kategorien, verstanden als eine Art Leitfaden, wurden Aussagen und Wertungen herausgefiltert und nach den untersuchungsleitenden Forschungsfragen zusammengefasst und angeführt. Vorher musste das Untersuchungsmaterial organisiert werden, doch durch engagierte Redakteure und Mitarbeiter der Zeitungen wurde dies relativ schnell möglich gemacht. Eine Zeitung konnte in der Nationalbibliothek Wien ausgeliehen werden. Die Auswahl der Artikel erfolgte über die schon erwähnten Kategorien und untersuchungsleitenden Forschungsfragen. Leider wurde auch hier die Kategorie der Strategie der Bürgerinitiativen nicht eingehend genug im Untersuchungsmaterial behandelt, als das viele Ergebnisse herausgezogen werden konnten. Doch auch hier stellt diese Fragestellung wieder die Ausnahme dar. Die qualitative Inhaltsanalyse extrahierte die relevanten Äußerungen der Artikel und stellte sie mit Forschungsfragen in einen Zusammenhang. Ob die Forschungsfragen im Laufe der Literatuarbeit und dem empirischen Teil beantwortet werden konnten, wird im nächsten Unterkapitel angeführt.

### **13.2 Beantwortung der Forschungsfragen**

An dieser Stelle folgt eine Auflistung der Forschungsfragen mit der jeweiligen Beantwortung dieser. Diese Anführung soll gleichzeitig als Conclusio dieser Arbeit dienen.

## **1. Was kennzeichnet die Öffentlichkeit in einer Demokratie?**

Die Öffentlichkeit, als zentraler Begriff dieser Arbeit, wird im Teil der Theorie- und Begriffsbeschreibung eingehend erörtert. Öffentlichkeit und Demokratie sind zwei Begriffe die zusammengehören, sich gegenseitig ergänzen und bedingen. Auf die Frage, wodurch die Öffentlichkeit in einer modernen demokratischen Gesellschaft gekennzeichnet ist, gehen viele Autoren ein. Jeffrey Wimmer (2007) prägt diese Forschungsarbeit durch seine Arbeiten über Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit. Die Öffentlichkeit kann als ein öffentlicher Raum oder auch als eine Art Kommunikationsforum bezeichnet werden, in dem Meinungen ausgetauscht und diskutiert werden. Es kann zur Entstehung einer öffentlichen Meinung kommen, eine sogenannte herrschende Meinung. Diese Meinung beeinflusst die Politik sowie auch die Politik die öffentliche Meinung. Um eine öffentliche Meinung zu verbreiten, bedarf es an (Massen-) Medien. Diese stehen heutzutage in direkter Verbindung zu Öffentlichkeit. Wenn jedoch trotz der massenmedialen Verbreitung die öffentliche Meinung nicht zu Jedermanns Zustimmung führt, wie es bei dem Bau von Stuttgart 21 der Fall war, dann kommt es zur Bildung einer Gegenöffentlichkeit.

Die Öffentlichkeit kann durch eine allgemeine öffentliche Meinung definiert werden, welche abhängig von Politik, Massenmedien und ihren Akteuren gebildet und verbreitete wird. Meist beansprucht diese herrschende Meinung das Alleinrecht und wird versucht ‚durchzusetzen‘. Im konkreten Beispiel von Stuttgart 21 wird aufgezeigt, was passieren kann, wenn die allgemeine Meinung eben nicht für alle die ‚richtige‘ Meinung ist. Darauf geht nun die zweite Forschungsfrage näher ein.

## **2. Durch welche Merkmale ist die Gegenöffentlichkeit geprägt?**

Die Gegenöffentlichkeit und ihre Theorien, als eng verbundenes Phänomen der Öffentlichkeit, ist für diese Arbeit eine Hinführung zum ihrem zentralen Thema: die Bürgerinitiativen. Gegenöffentlichkeit entsteht, wie oben schon erwähnt, wenn ein Teil der Öffentlichkeit der öffentlichen Meinung nicht zustimmt. Bürgerinitiativen werden gegründet, Demonstrationen organisiert, alternative Medien gesucht und / oder gegründet, um die ‚Gegenmeinung‘ zu veröffentlichen und den Bürgern nahe zu bringen. Gegenöffentlichkeit ist also geprägt durch den Umstand, dass die öffentliche Meinung von Gruppierungen oder einzelnen Bürgern nicht akzeptiert wird und

deswegen Möglichkeiten gesucht werden, ihre eigene Meinung zu vertreten. Als Formen von Gegenöffentlichkeit wurden bereits die Bürgerinitiativen genannt. Im Beispiel von Stuttgart 21 wurde die zentrale Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ schon lange vor der medialen Präsenz des Großprojekts gegründet. Durch die Montagsdemonstrationen in Stuttgart wurde das Thema Stuttgart 21 in ganz Deutschland bekannt und diskutiert.

Die Zeit zeigt, dass eine moderne Demokratie durch Gegenöffentlichkeit, auch vergleichbar mit der Opposition in der Politik, von Nöten ist, um eine demokratische Gesellschaft zu garantieren. Durch alternative Meinungen, alternativ meint in diesem Zusammenhang ‚andere‘, kommt es zu Forderung nach Transparenz und Beteiligung für die Bürger. Unabhängige Medien werden gesucht oder neue gegründet, um sich genau so Öffentlichkeit verschaffen zu können wie die Akteure der ‚Gegenseite‘ auch.

### **3. Wie ist eine Bürgerinitiative in ihrer Struktur und Organisation aufgebaut?**

Die Bürgerinitiative, als eine Form von Gegenöffentlichkeit, wurde in dieser Arbeit anhand des Beispiels „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ nahe gebracht. Vorerst wurde mit Hilfe von Literaturarbeit ein Bild von der Struktur, Organisation, innerer und äußerer Kommunikation und den Strategien einer Bürgerinitiative gegeben. Das anschließende Experteninterview mit Gangolf Stocker, dem Gründer der Bürgerinitiative zu Stuttgart 21, wurde als Art Quelle und Bezug zur Praxis verwendet.

Eine Bürgerinitiative kann nicht anhand einer Definition beschrieben werden, da Bürgerinitiativen, wie alle Gruppierungen, aus den verschiedensten Ursachen und Gründen entstehen und aufgebaut sind. Es würde in diesem Fall nicht den Sinn und Zweck erfüllen, die verschiedenen herausgearbeiteten Organisationsstrukturen sowie Kommunikationsstrategien noch einmal anzuführen, weswegen hier eine Zusammenfassung des Aufbaus der Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart - Kein Stuttgart 21“ als konkretes Beispiel folgen soll.

Die von Stocker gegründete Bürgerinitiative entstand aus dem Grund heraus, ‚etwas‘ gegen das Großprojekt Stuttgart 21 zu unternehmen. Die Mitglieder setzten sich anfangs aus dem Personenumfeld Stockers zusammen die seiner Meinung waren und gewannen im Laufe der Jahre und mit Steigung der Bekanntheit von Stuttgart 21 an Zulauf. Durch Newsletter und der Homepage sowie Rundbriefe wurden neue Mitglieder gewonnen und ein Kommunikationsnetz für die bestehenden Mitglieder aufgebaut. Die Finanzierung läuft durch freiwillige Spendenbeiträge. Mit Hilfe der Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21 im Oktober und November 2010 konnten Vertreter der Bürgerinitiative, allen voran Gangolf Stocker als sogenannten Leit- und Gründerfigur, die Meinung der Initiative an die Bürger bringen. Durch die mediale Übertragung wurden ihre Argumente nicht nur bei Großdemonstrationen auf der Straße erhört, sondern nun auch in ganz Deutschland über das Fernsehen und das Internet. Ob die Bürgerinitiative bestimmte Strategien, zum Beispiel in der Kommunikation verfolgt, konnte weder durch das Experteninterview noch durch die Analyse der Zeitungsartikel herausgefunden werden. Aus der Literatur gehen jedoch verschiedene Strategiemöglichkeiten einer Bürgerinitiative hervor, ein Beispiel wären Formen der Öffentlichkeitsarbeit / PR. In diesem speziellen Fall kann es jedoch sein, dass die Bürgerinitiative keine finanziellen Mittel für diese Art von Strategien besitzt. Auf die interne und externe Kommunikation der Bürgerinitiative wird nun die nächste Forschungsfrage eingehen.

#### **4. Wie kommuniziert eine Bürgerinitiative innerhalb der Organisation und wie nach Außen zur Öffentlichkeit?**

Die Kommunikation innerhalb einer Bürgerinitiative sowie nach Außen ist ebenfalls nicht anhand einer Beschreibung festzumachen, denn jede Initiative hat seine eigenen Kommunikationsstrategien. „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ benutzt, wie oben schon beschrieben, Newsletter und Rundbriefe, um die Kommunikation innerhalb der Initiative zu betreiben. Die wöchentlichen Treffen zählen ebenfalls zur inneren Kommunikation. Nach außen hin betreibt die Bürgerinitiative einen Presseverteiler mit Pressemitteilungen. Anhand dieser bekommen Journalisten, generell Interessierte sowie potentielle Mitglieder Informationen über die Arbeit und die aktuellen Entwicklungen der Bürgerinitiative.

Wie auch schon bei der vorhergehenden Antwort auf die Forschungsfrage muss hier erwähnt werden, dass es noch mehr interne und externe Kommunikationsformen einer Bürgerinitiative gibt, welche im theoretischen Teil dieser Arbeit auch angeführt sind.

### **5. Welchen Teil trägt die Gegenöffentlichkeit in Form einer Bürgerinitiative, Fallbeispiel „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“, zur Beteiligung der Bürger bei?**

Sowohl durch das Experteninterview als auch durch die Analyse der Zeitungsartikel, konnte erkannt werden, dass die Forderung nach Beteiligung der Bürger durch das Projekt Stuttgart 21 an Bedeutung gewonnen hat. Dadurch, dass die Bürger anfangs nicht beteiligt wurden und das Projekt ohne Rücksicht auf ihre Meinungen, Ansichten und Argumente geplant wurde, entstand eine große Unruhe in der Bevölkerung Stuttgarts. Menschen versammelten sich zu organisierten Großdemonstrationen, um ihre Meinungen dort kundzutun. Bürgerinitiativen und andere Organisationen wurden gegründet, um nicht nur auf der Straße zu argumentieren, sondern auch auf eine strukturierte Art und Weise einen Widerstand aufzubauen. Durch die sich verstärkende Medienpräsenz wurden immer mehr Bürger auf das Projekt Stuttgart 21 und auf die Umstände des Projektbaus aufmerksam und die Demonstrationen erfuhren noch mehr Zulauf.

Stuttgart 21 und die damit verbundenen Forderungen nach Partizipation und Beteiligung der Bürger wurde für ganz Deutschland ein Synonym für eine neue Art von Demokratie, zumindest ein Synonym für die Forderung derer. Die Thematik spielte sowohl in der Politik, in den Medien als auch im Alltag und auf der Straße eine große Rolle. Durch die im Oktober 2010 gestarteten Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21 und deren Live-Übertragung im Fernsehen und Internet erfuhr die Präsenz und Bekanntheit des Themas ihren Höhepunkt. Das „Demokratie-Experiment“, auch „Medien-Experiment“ genannt, war in aller Munde und wurde diskutiert. Politiker als auch Journalisten / Medienvertreter waren und sind der Meinung, dass durch dieses Verfahren, welches eigentlich an einem viel zu späten Zeitpunkt eingeführt wurde, der Beteiligung der Bürger neue Maßstäbe gesetzt

wurden. Direkte Beteiligung wurde nun gewährleistet und dies soll auch für alle Großprojekte in Zukunft der Fall sein.

Die Bürgerinitiativen an sich jedoch spielten bei der öffentlichen Diskussion um Bürgerbeteiligung eine eher kleine Rolle. Nach der Durchführung des Experteninterviews wurde deutlich, dass Initiativen wie „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ durch konstante Treffen, Newsletter und Pressemitteilungen ein organisiertes Umfeld bilden, um den Widerstand strukturiert durchzuführen. Doch sind Bürgerinitiativen dafür verantwortlich, dass die Partizipation der Bürger, in diesem Fall zu Stuttgart 21, steigt und an Bedeutung gewinnt? Indirekt kann diese Frage mit einem Ja beantwortet werden, da durch die Bürgerinitiativen und Bündnisse gegen Stuttgart 21 organisierten Großdemonstrationen das Thema so stark an Medienpräsenz gewonnen hat, dass sich auch die nicht in Stuttgart oder Baden-Württemberg lebenden Bürger für dieses Thema interessiert haben. Dadurch entstand eine Welle von Interesse und Sympathie für die Bürger Stuttgarts, die für ihre Rechte als Bürger kämpften.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass die Bürgerinitiativen im Hintergrund wichtige und organisierte Arbeit leisten, welche leider weder in den (untersuchten) Medien noch in der Öffentlichkeit und im Alltag der Bürger angemessen erwähnt noch gewürdigt wird. Doch durch die Schlichtungsgespräche kamen auch die Argumente der Bürgerinitiative, vertreten durch den Gründer Gangolf Stocker, durch die Massenmedien zu den Bürgern. Die Beteiligung der Bürger an Großprojekten soll nun in Zukunft ein entscheidender Aspekt sein und nicht außen vor gelassen werden. Zu dieser Feststellung und Zukunftssicht durch Politik und Medien haben auch die Bürgerinitiativen einen großen Teil beigetragen.

## **6. Welche Aufgaben und Verantwortung tragen die Massenmedien in Bezug auf Partizipation am Beispiel von Stuttgart 21?**

Die Massenmedien wurden schon in den vorhergehenden Beantwortungen der Forschungsfragen mehrmals als relevante Träger der sich neu entwickelten Phänomene erwähnt. Die Funktion der Massenmedien, als sogenannte vierte Kontrollinstanz des Staates, spielt vor allem in Diskussionen um Demokratie und damit auch über Partizipation der Bürger eine große Rolle. Denn durch die

Massenmedien können die Bürger in unserer modernen Mediendemokratie erst an Entscheidungen teilnehmen. Dies erklärt sich leicht durch die große Anzahl der Bürger, der zu entscheidenden Projekte oder durch die geografische Entfernung. Die Massenmedien fungieren hier als eine Art Plattform oder Forum, denen alle Interessierten beitreten und, zumindest in den neuen Medien wie dem Internet, sogar Feedback äußern können. Die Meinungen und Argumente der Bürger werden durch die Medien an die Öffentlichkeit getragen, dies kann auf eine regionale, überregionale, nationale oder sogar internationale Weise geschehen. Durch die Massenmedien erfährt die Meinung der Gegenöffentlichkeit, wie die öffentliche Meinung, an Öffentlichkeit. Dieser Satz klingt zunächst verwirrend, dennoch lässt er sich erklären: wenn sich eine Gegenöffentlichkeit bildet, zum Beispiel durch eine Bürgerinitiative, dann steht sie meist im Gegensatz zur Meinung der allgemeinen Öffentlichkeit. Diese jedoch erfährt von Natur aus, durch die Vertretung der Politik und der hinter der Regierung stehenden Medien, an großer Medienpräsenz und damit an Öffentlichkeit. Die dagegen stehende alternative Meinung wird nicht von der Masse getragen, weswegen sie sich durch andere, alternative Medien Öffentlichkeit verschaffen muss. Wenn dies gelingt, durch welche Medien auch immer, dann haben die (Massen-) Medien ihre Aufgabe erfüllt und sind ihrer Verantwortung in einem demokratischen Staat gerecht geworden.

Am Beispiel von Stuttgart 21 kann aufgezeigt werden, in wie fern sich (Massen-) Medien ihren Aufgaben gestellt haben und ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht geworden sind. Fast alle Medien haben, vor allem in der Zeit der Schlichtungsgespräche, über Stuttgart 21 berichtet. Durch die qualitative Inhaltsanalyse wurde jedoch bewusst, dass die Einhaltung des Objektivitätsanspruchs schwierig sein kann, da Stuttgart 21 auch politisch geprägt ist und sich das Medium dadurch eventuell auf eine Seite, pro oder contra Stuttgart 21, stellen muss. Im Endeffekt müssen die Medieninhaber entscheiden, in wie weit sie den Ansprüchen und Aufgaben an die Massenmedien gerecht werden und sie ihre Verantwortung gegenüber den Bürgern erfüllen.

Abschließend kann angemerkt werden, dass Bürgerinitiativen einen großen Teil von Bürgerbeteiligung ausmachen, vor allem wenn es um organisierten Widerstand geht. Es lassen sich anhand der Literatur und des Experteninterviews Strukturen in der Organisation und Kommunikation von Bürgerinitiativen feststellen. Genaue Einblicke in die Strategien für die Zielerreichung, zum Beispiel durch externe Kommunikation, wurden jedoch auch durch die qualitative Inhaltsanalyse nicht gegeben. Ebenso einen großen Teil für eine direkte Partizipation machen die (Massen-) Medien aus, denn durch sie entsteht in unserer Mediendemokratie Beteiligung, zum Beispiel in Form von Live-Übertragungen im Fernsehen und Internet wie bei den Schlichtungsgesprächen zu Stuttgart 21. Im Endeffekt entsteht Bürgerbeteiligung durch Initiativen mit eingehenden Strukturen sowie Strategien, welche die Bürgerinitiativen oder zumindest einzelne Personen mit den Massenmedien vernetzen. Denn durch sie erfahren die Bürger von Projekten, Phänomenen wie Bürgerinitiativen oder Großdemonstrationen und Trends zur Partizipation und Transparenz.

### **13.3 Forschungsausblick**

In diesem Kapitel soll es nun einen Ausblick auf weitere interessante Forschungen in Bezug auf Öffentlichkeit, Gegenöffentlichkeit und Partizipation geben. Zunächst aber werden die aktuellen Ereignisse zu Stuttgart 21 laut dem Status Quo vom Juli 2011 angegeben, um der Forschungsarbeit ein rundes Ende zu geben.

Stuttgart 21 – ‚das Jahrhundertprojekt.‘ Kaum ein anderes Großprojekt hat diesen Bekanntheitsgrad, diese Medienpräsenz und derartige Diskussionen ausgelöst wie Stuttgart 21. Diese Forschungsarbeit beginnt mit den Schlichtungsgesprächen zu dem Projekt, alle vorangegangenen Ereignisse sind im Exkurs Kapitel angeführt, und endet mit dem Status Quo Anfang Juli 2011. Der schon erwähnte geplante Stresstest zu Stuttgart 21, bei dem der neue Bahnhof in seiner Leistung getestet werden soll, wurde Ende Juni durchgeführt und sollte eigentlich am 14. Juli der Öffentlichkeit präsentiert werden. Die Ergebnispräsentation wurde dennoch auf Ende Juli vertagt. In der Zeit führten die Gegner von Stuttgart 21, allen voran die Initiative „Parkschützer“, einen eigenen Stresstest durch, bei dem der geplante tiefer gelegte Hauptbahnhof mit dem Alternativprojekt K 21 (Kopfbahnhof 21) verglichen wurde. Bei diesem Test fiel, nicht sehr verwunderlich, der seit Jahren geplante Tiefbahnhof

durch, während der alternative Kopfbahnhof den Test bestand. Auch die Demonstrationen zu Stuttgart 21 fanden wieder statt, jedoch nicht mit der Anzahl an Demonstranten wie es von den bisherigen Montagsdemonstrationen zu erwarten war. Ebenfalls wurden die wieder aufgenommen Bauarbeiten versucht durch Demonstranten zu blockieren. Im Fall der Finanzierung des Projekts existieren weitere Unklarheiten, anscheinend wurden die genauen Kosten des Projekts durch die Deutsche Bahn nicht bekannt gegeben. Die neue Landesregierung steht unter immensen Druck, da ein Großteil der Bürger fordern, das Projekt Stuttgart 21 zu stoppen. Im Endeffekt laufen die Bauarbeiten weiter, die Menschen in Stuttgart und auch in ganz Deutschland sind zum größten Teil unzufrieden und die Stuttgarter Regierung befindet in einem Dilemma. Einen Ausweg scheint es bis dato nicht zu geben. Weder für die Gegner noch für die Befürworter des Projekts und erst recht nicht für die Politiker. Es bleibt spannend, wie sich dieses Großprojekt entwickeln und zu welcher Entscheidung, wenn es dann zu einer kommt, es schlussendlich kommen wird.

In punkto zukünftige Forschungen in der Thematik Gegenöffentlichkeit, zum Beispiel in Form von Bürgerinitiativen, besteht noch viel Potential. Wie schon im Kapitel zum Forschungsstand erwähnt, gibt es zu Bürgerinitiativen relativ viel veraltete, aber kaum aktuelle Arbeiten. Sehr interessant wären Forschungen über die Arbeit und Strategien von Bürgerinitiativen in unserer heutigen Gesellschaft. Gerade aus dem Grund, dass Bürgerbeteiligung ein immer größeres Thema mit Diskussionspotential ist und Bürgerinitiativen als organisierter Widerstand hier eine große Rolle spielen kann. Leider wurde in dieser Arbeit weder durch das Experteninterview noch durch die qualitative Inhaltsanalyse etwas zu den Strategien, zum Beispiel in der Kommunikation, einer Bürgerinitiative herausgefunden. Forschungen oder Literaturarbeiten zu dieser Thematik könnten ein neues Bild auf Initiativen dieser Art werfen, ihre Relevanz in unserer Gesellschaft hervorheben und einen tieferen Einblick in das ‚Innenleben‘ einer Bürgerinitiative gewähren. Eventuell sind diese auch schon, mit Hinblick auf die heutige Mediengesellschaft, wieder veraltet und organisierter Widerstand existiert primär im Internet. Kommunikation innerhalb einer Gruppierung sowie zur Außenwelt wird eventuell nur noch durch Internetforen betrieben. Diese Art von Fragestellungen wären interessante Anknüpfungspunkte an diese Forschungsarbeit. Schwerpunkte könnten die

Bürgerinitiativen oder alternative Gruppierungen sowie aber auch die moderne Medienlandschaft und ihre Aufgaben in Bezug auf Partizipation der Bürger sein.

Durch die aktuellen Ereignisse in unserer heutigen Gesellschaft, zum Beispiel Stuttgart 21 oder auch die sich wiederholenden Castor-Proteste, wird eine Art neues Bild von Demokratie oder zumindest von einer Vorstellung einer Demokratie vermittelt. Die Menschen möchten ein Teil von wichtigen Entscheidungen sein, denn sie sind die Betroffenen. Moderne Medien wie das Internet ermöglichen eigenständige Informationsbeschaffung, sie geben Einblicke in die Hintergründe und Ursachen von Entscheidungen. Außerdem gibt es Internetforen und -plattformen, auf denen die Bürger Feedback geben und miteinander diskutieren können. Doch wünscht sich der Bürger noch einen Schritt tiefer in die Materie gehen zu können. Er möchte von Anfang bis zum Ende eines Projektes als Entscheidungsmitglied fungieren und an Entscheidungen partizipieren. Diese neuen Entwicklungen unserer Gesellschaft ist meiner Meinung nach ein sehr interessantes und relevantes Thema und sollte in der Wissenschaft, nicht nur in der Kommunikationswissenschaft, näher erforscht werden.

## 14. Literaturverzeichnis

Bartsch, Matthias / Brandt, Andrea (2010): Runder Tisch statt High-Noon. In: Der Spiegel, Nr. 44.

Bauer, Erik (2002): „Gegenöffentlichkeit“ – Baukasten zu einer Ideengeschichte. Paradigmatische Konzepte im deutschsprachigen Diskurs von den sechziger Jahren bis heute. In: Medien & Zeit, Nr.1, S. 4-15.

Bogner, Alexander (2005<sup>2</sup>): Das Experteninterview - Theorie, Methode und Anwendung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bortz, Jürgen / Döring, Nicola (2002<sup>3</sup>): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. Berlin: Springer-Verlag.

Bößhar, Klaus-Peter (1982): Bürgerinitiativen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Probleme des politischen Systems und ihre gesellschaftlichen Folgen. Frankfurt a.M.: Verlag Peter Lang.

Burkart, Roland (2002<sup>4</sup>): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. Wien; Köln; Weimar: Böhlau Verlag.

Buschke, Heiko (2003): Deutsche Presse, Rechtsextremismus und nationalsozialistische Vergangenheit in der Ära Adenauer. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.

Buse, Michael J. / Nelles, Wilfried (1975): Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch/administrativen Bereich. In: Alemann, Ulrich von (Hrsg.) (1975): Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung. Herausgegeben für die Studiengruppe Partizipationsforschung, Bonn von Ulrich von Alemann. Opladen: Westdeutscher Verlag. (=Studienbücher zur Sozialwissenschaft, Bd. 19).

Dettling, Daniel (Hrsg.) (2008): Die Zukunft der Bürgergesellschaft. Herausforderungen und Perspektiven für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Warnfried Dettling. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlag GmbH.

Duchkowitsch, Wolfgang (2002): Auf zum Widerstand? Zur Gegenöffentlichkeit in Österreich vor 1848. In Medien & Zeit, Nr. 1, S. 53-66.

Eurich, Claus (1983): Gegen- oder Komplementär-Medien? Zu Gegenstand, Funktion und Ursache „Alternativer“ Kommunikation. In: Jarren, Otfried (Hrsg.) (1983<sup>2</sup>): Stadtteilzeitung und lokale Kommunikation. München, New York, London, Paris: K. G. Saur Verlag (=Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 32).

Fabris, Hans Heinz (1979): Journalismus und bürgernahe Medienarbeit. Formen und Bedingungen der Teilhabe an gesellschaftlicher Kommunikation. Salzburg: Verlag Wolfgang Neugebauer.

Gabriel, Oscar W. (Hrsg.) (1983): Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie. München: Minerva Publikation (= Beiträge zur Kommunikationswissenschaft, Bd. 13).

Geizler, Michaela (1993): Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen in Österreich unter Bezugnahme auf die direkte Demokratieform der Bürgerinitiative. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Universität Wien.

Gläser, Jochen / Laudel, Grit (2009<sup>3</sup>): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH.

Glück, Alois (2008): Teilhabe und Verantwortung in der Aktiven Bürgergesellschaft. In: Dettling, Daniel (Hrsg.) (2008): Die Zukunft der Bürgergesellschaft. Herausforderungen und Perspektiven für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Warnfried Dettling. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlag GmbH.

Groeben, Norbert / Rustemeyer, Ruth (2002<sup>2</sup>) In: König, Eckard / Zedler, Peter (Hrsg.): Qualitative Forschung. Grundlagen und Methoden. Weinheim und Basel: Beltz Verlag, S. 233-258.

Grunwald, Armin / Banse, Gerhard / Coenen, Christopher / Hennen, Leonhard (2006): Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Berlin: edition sigma (=Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung, Bd. 18).

Hielscher, Henryk (2004): Investigativer Journalismus in Deutschland. Diplomarbeit. Norderstedt: Grin Verlag.

Hoecker, Beate (Hrsg.) (2006): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Huber, Florian (2008): „Stuttgart 21“ – Studien zur Nachhaltigkeit des neuen Durchgangsbahnhofs in Stuttgart. Norderstedt: Grin Verlag.

Illg, Beate (2001): ...Du nimmst ja auch irgend etwas mit aus diesen Serien in den Alltag...: Medienrezeption, Geschlechterkonstruktion und Informationswert; eine qualitative Rezeptionsstudie am Beispiel der Seifenoper „Verbotene Liebe“. Dissertation. Universität Münster (Westfalen).

Kienast, Günther (1988): Mit den Betroffenen. Impulse zur praktischen Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen. Wien: Signum Verlag.

Knirsch, Hanspeter / Nickolmann, Friedhelm (1976): Die Chance der Bürgerinitiativen. Ein Handbuch. Wuppertal: Hammer Verlag.

Kratzer, Verena (2009): Lieber oben bleiben. Der Stuttgarter Gangolf Stocker ist der Motor des Protests gegen S21. In: LIFT - Das Stadtmagazin für Stuttgart und die Region, Nr. 5, S. 18-19.

Kriegl, Martin (1996): Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit. Unternehmen, Bürgerinitiative und Medien im Vergleich eines Fallbeispiels. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Universität Wien.

Liebnitzky, Melanie (2010): Stuttgart 21 Pro und Contra. Fakten zu einem besonders umstrittenen Bauprojekt unserer Zeit. Norderstedt: Books on Demand GmbH.

Lösch, Volker / Stocker, Gangolf / Leidig, Sabine / Wolf, Winfried (Hrsg.) (2011): Stuttgart 21. Stuttgart 21 – Oder: Wem gehört die Stadt. Mit einem Vorwort von Walter Sittler. Köln: PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG. (=Neue kleine Bibliothek, Nr. 159).

Lösch, Volker / Stocker, Gangolf / Leidig, Sabine / Wolf, Winfried (Hrsg.) (2011): Stuttgart 21 plus. Oben bleiben! Die Antwort auf Heiner Geißler. Mit einem Vorwort von Walter Sittler. Köln: PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG. (=Neue kleine Bibliothek, Nr. 163).

Mayer-Tasch, Peter Cornelius (1985): Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag (=Rowohlts Deutsche Enzyklopädie).

Mayring, Philipp (1991): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Flick, Uwe (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: Psychologie Verlags Union, S. 209-213.

Mayring, Philipp (2002<sup>5</sup>): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz Verlag.

Mayring, Philipp (2003<sup>8</sup>): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz Verlag.

Mayring, Philipp / Gläser-Zikuda, Michaela (Hrsg.) (2005): Die Praxis der qualitativen Inhaltsanalyse. Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Mayring, Philipp (2007<sup>9</sup>): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Weinheim: Beltz Verlag.

Negt, Oskar / Kluge, Alexander (1974<sup>3</sup>): Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.

Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.) (1994): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Nowotny, Agnes (1985): Medien als Bürgeranwalt. Eine Fallstudie zum Thema "anwaltschaftlicher Journalismus". Unveröffentlichte Dissertation. Universität Salzburg.

Pelinka, Anton (1994): Wie reif sind die Betroffenen? Graswurzeln kommunaler Demokratie. In: Rosenberg, Barbara (Hrsg.) (1994): Vom Zuschauer zum Aktivbürger. Modelle der Bürgerbeteiligung in kommunalen Planungsprozessen. Fachtagung 25. - 26.11.1993. Dokumentation. Wien: Dr. Karl-Renner Institut.

Pelinka, Anton (1978): Bürgerinitiativen – gefährlich oder notwendig? Freiburg / Würzburg: Verlag Ploetz & Co. KG.

Reisbeck, Günter (1983): Stadtteilzeitungen in München. Eine Inhalts- und Strukturanalyse zur Funktionsbestimmung von Stadtteilzeitungen. In: Jarren, Otfried (Hrsg.) (1983<sup>2</sup>): Stadtteilzeitung und lokale Kommunikation. München, New York, London, Paris: K. G. Saur Verlag (=Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 32).

Schenk, Michael (1982): Kommunikationsstrukturen in Bürgerinitiativen. Empirische Untersuchungen zur interpersonellen Kommunikation und politischen Meinungsbildung. Tübingen: Mohr Verlag (= Heidelberger Sociologica, Bd. 19).

Strömer, Timo (2009): Boulevardjournalismus in der deutschen Sportberichterstattung? Die Sportberichterstattung von Werder Bremen in der Fußball-Bundesliga-Saison 2007/2008. Ein inhaltsanalytischer Vergleich der Spielberichte ausgewählter Medien. Veröffentlichte Diplomarbeit. Norderstedt: Grin Verlag.

Stürmer, Elisabeth (2005): Bürgerpartizipation und Bürgerinitiative. Voraussetzungen, Strukturen und psychologische Aspekte. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Universität Wien.

Süssmuth, Rita (2008): Der Beitrag der Bürgergesellschaft zu Zusammenleben und Zusammenhalt in multikulturellen Gesellschaften. In: Dettling, Daniel (Hrsg.) (2008): Die Zukunft der Bürgergesellschaft. Herausforderungen und Perspektiven für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Festschrift für Warnfried Dettling. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlag GmbH.

Trültzsch, Sascha (2009): Kontextualisierte Medieninhaltsanalyse. Mit einem Beispiel zum Frauenbild in DDR-Familienserien. Veröffentlichte Dissertation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlag GmbH.

Weidner, Linda (2007): Globalisierung der Kommunikation und Gegenöffentlichkeiten. Norderstedt: Grin Verlag.

Wimmer, Jeffrey (2007): (Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlag GmbH.

## Internetquellen

Fischer, Helmo (2010): Der härteste Gegner für Stuttgart 21. Online im Internet unter <http://www.ftd.lde/karriere-management/koepfe/:kopf-des-tages-der-haerteste-gegner-fuer-stuttgart-21/50159888.html> (abgerufen am 11.01.11 um 15.42 Uhr).

Fischer, Sebastian (2010): Streit um Stuttgart 21. Schlichter versuchen sich in Live-Demokratie. Online im Internet unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,724725,00.html> (abgerufen am 27.10.2010 um 11.23 Uhr).

Geißlers Schlichtung. Sieben-Punkte-Plan soll Stuttgart 21 retten. Online im Internet unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,732008,00.html> (abgerufen am 03.05.11 um 11.30 Uhr).

Hallo Hallschlag – Stadtteilzeitung. Online im Internet unter <http://www.zukunft-hallschlag.de/HalloHallschlag> (abgerufen am 17.01.11 um 10.41 Uhr).

Hascher, Karin: Gangolf Stocker - Fraktion SÖS und Linke. Online im Internet unter <http://www.stuttgart.de/item/show/374605> (abgerufen am 18.05.11 um 13.55 Uhr).

Mediadaten LIFT 2011. Online unter [http://www.lift-online.de/fileadmin/lift-online/downloads/LIFT\\_Mediadaten/Media\\_LIFT\\_11.pdf](http://www.lift-online.de/fileadmin/lift-online/downloads/LIFT_Mediadaten/Media_LIFT_11.pdf) (abgerufen am 07.06.11 um 11.23 Uhr).

Live-Schlichtung. Stuttgart-Kontrahenten liefern sich Schlagabtausch. Online im Internet unter <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,724636,00.html> (abgerufen am 14.02.2011 um 11.23 Uhr).

Michels, Reinhold (2010): Öffentliche Schlichtung bei "Stuttgart 21". "Ein spannendes Demokratie-Experiment". Online im Internet unter [http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Ein-spannendes-Demokratie-Experiment\\_aid\\_921847.html](http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Ein-spannendes-Demokratie-Experiment_aid_921847.html) (abgerufen am 04.05.11 um 14.30 Uhr).

Stocker, Gangolf: Wir über uns... Die Initiative Leben in Stuttgart. Online im Internet unter <http://www.leben-in-stuttgart.de/inis/lis01.htm> (abgerufen am 11.01.11 um 14.30 Uhr).

Stuttgart 21 – Alle Artikel, Hintergründe und Fakten. Online unter [http://www.spiegel.de/thema/stuttgart\\_21/](http://www.spiegel.de/thema/stuttgart_21/) (abgerufen am 03.05.11 um 14.30 Uhr).

Stuttgarter Zeitung. Besser lesen. Einblick. Online unter: [http://content.stuttgarter-zeitung.de/pdf/STZ\\_Einblick.pdf](http://content.stuttgarter-zeitung.de/pdf/STZ_Einblick.pdf) (abgerufen am 07.06.11 um 9.50 Uhr).

Süddeutsche Zeitung Mediadaten. Online im Internet unter <http://mediadaten.sueddeutsche.de/home/> (abgerufen am 04.06.11 um 12.22 Uhr).

## 15. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Repressiver vs. Emanzipatorischer Mediengebrauch.....S. 42

## 16. Anhang

### 16.1 Interviewleitfaden des Experteninterviews

Der Interviewleitfaden, bestehend aus fünf Fragen, wurde, auf Wunsch des zu Interviewenden, zwei Tage vorher per Email geschickt. An dieser Stelle angeführt die Email an Herr Stocker vom 15.05.2011.

Guten Tag Herr Stocker,

vielen herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft zu einem Interview zum Thema Stuttgart 21 sowie zu Ihrer Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“. Ihre Meinung zu dieser Thematik sowie auch die Beschreibung der Bürgerinitiative in ihren Strukturen und Aufbau wird mir für meine Master-Arbeit eine große Hilfe sein und mich einen detaillierteren und praxisbezogeneren Einblick in die Materie einer Bürgerinitiative bekommen lassen.

Hier nun aufgelistet die **fünf Fragen**, die ich Ihnen gerne stellen möchte:

1. Wie würden Sie die Organisation und Struktur Ihrer Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ beschreiben? Welche Aufgaben haben Sie als Gründer der Initiative?
2. Gibt es eine Art Kommunikationssystem innerhalb der Bürgerinitiative? Wie kommuniziert „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ nach „Außen“ und wie nach „Innen“?
3. Da das Großprojekt Stuttgart 21 nun erst einmal auf Eis gelegt wurde, wie sieht die Zukunft für Ihre Bürgerinitiative aus?
4. Bitte nennen Sie mir spontan drei Wörter / Begriffe, die Ihnen zum Stichwort „Stuttgart 21“ einfallen.
5. Sie waren Mitglied in den Schlichtungsrunden zu Stuttgart 21. Wie waren Ihre Erfahrungen mit diesem „Demokratie-Experiment“, wie es genannt wurde? Gab es durch dieses Verfahren eine Beteiligung der Betroffenen?

Ich bedanke mich sehr bei Ihnen und freue mich schon auf das Telefoninterview!

Herzliche Grüße aus Wien,

Julia Musahl

## **16.2 Transkription des Experteninterviews**

### Telefoninterview am 17.05.11 um 14 Uhr

1. Wie würden Sie die Organisation und Struktur Ihrer Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ beschreiben? Welche Aufgaben haben Sie als Gründer der Initiative?

*Es braucht meistens jemand einen Anlass. Ein Anlass zu einer Bürgerinitiative ist ein Projekt. Meist findet eine Veranstaltung zu diesem Projekt statt und aus dieser Veranstaltung entsteht dann eine solche Bürgerinitiative. Das heißt, es muss auch nicht unbedingt eine Veranstaltung sein, eine Bürgerinitiative kann auch aus auf eine andere Art und Weise zustande kommen. Bei uns war es jedenfalls eine Veranstaltung und aus dieser Veranstaltung heraus entstand dann der Wunsch etwas gegen dieses Projekt zu tun [Anmerkung: Das Projekt ist in diesem Fall das Großprojekt Stuttgart 21]. Nach zwei Sitzungen war absehbar, dass es eine relativ stabile Gruppe geben wird und so ist die Bürgerinitiative entstanden. Nur man dazu sagen, das gilt dann auch gleich für Ihre zweite Frage, es braucht jemanden, der das Ding dann aber auch voran treibt, kontinuierlich voran treibt. Also das Geheimnis des Erfolgs ist immer die Kontinuität, vor allem auch in schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass man sich kontinuierlich trifft. Das schafft dann auch eine gewisse Vertrauensgrundlage für die Intitiativenbeteiligten. Es gibt ja auch immer Menschen, die kommen mal, ziehen dann aber weg oder haben eine andere persönliche Lebensplanung. Dann sind sie weg von der Initiative. Das braucht also eine gewisse Stabilität. So eine relativ stabile kleine Gruppe, die das immer organisiert.*

2. Gibt es eine Art Kommunikationssystem innerhalb der Bürgerinitiative? Wie kommuniziert „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“ nach „Außen“ und wie nach „Innen“?

*Das eine sagte ich schon, das sind die persönlichen Treffen. Wir treffen uns jetzt seit fünfzehneinhalb Jahren, wöchentlich immer Dienstags. Das ist das was ich meine mit Stabilität und Kontinuität. Das heißt, man sitzt sich dann gegenüber. Die zweite Kommunikationsform heutzutage ist dann natürlich das Netz. Wir hatten relativ früh begonnen über das Web Rundbriefe zu verschicken, teilweise sogar, für eine kleine Gruppe, machen wir das noch mit der gelben Post. Es gibt da viele Menschen, die weigern sich da irgendwo im Netz zugange zu sein und die kriegen dann auch Post. Dazu waren wir aber dann in den letzten drei Jahren nicht mehr fähig, wir hatten aber auch keine Zeit mehr. Nach Außen kommuniziert die Initiative über einen Presseverteiler mit Pressemitteilungen.*

Zwischenfrage 1: Ihre Homepage / Website habe ich mir auch schon angeschaut. Ist diese eine Art Forum für die Mitglieder?

*Die ist handgestrickt, die muss dringend einmal überarbeitet werden. Aber wir haben sie auch von Anfang an bewusst so einfach gestaltet, damit Leute, die nicht viel Übung haben, sich darin auch bewegen können. Aber seitdem hat sich viel geändert, die Kommunikationsformen haben sich sehr geändert.*

Zwischenfrage 2: Herr Stocker, können Sie noch einmal auf Ihre Funktion als Gründer der Bürgerinitiative eingehen.

*Bei uns gibt es weder Mitglieder noch gibt's einen Vorstand noch sonstwas. Ich bin irgendwann mal vor Urzeiten zum Sprecher gewählt worden und wenn sie eine Sprecherfunktion inne haben, dann ist das in der Tat so etwas wie eine Leitfunktion. Aber die Entscheidungen werden immer besprochen, diskutiert und abgestimmt.*

Zwischenfrage 3: Sind Sie dann eine Art Sprecher nach Außen?

*Ja genau.*

3. Da das Großprojekt Stuttgart 21 nun erst einmal auf Eis gelegt wurde, wie sieht die Zukunft für Ihre Bürgerinitiative aus?

*Diese Frage ist ein bisschen sehr voreilig. Ich meine, Sie haben schon Recht. Ich weiß nicht, ob sie die aktuelle Nachrichtenlage kennen, der Projektleiter Hany Azer hat gestern hingeschmissen. Es gibt keinen Projektleiter mehr und der*

*Bahnvorstandsvorsitzende wird auch wahrscheinlich keinen Projektleiter mehr finden. Unabhängig davon haben wir eine neue Landesregierung, selbst das haben wir geschafft, die CDU mal aus dem Amt zu schmeißen. Das heißt, die können nicht mehr betrügen mit irgendwelchen Zahlen oder bei irgendwelchen Dingen hinterm Berg halten oder Geheimpolitik machen. Der Verkehrsminister ist jetzt ein Grüner, mit dem ich schon seit Jahren befreundet bin und da geht jetzt gar nichts mehr in der Richtung. Dann gibt es einen Stresstest, der jetzt im Moment in der Mache ist, wo wir auch mit dabei sind und denen genau auf die Finger gucken können. Wir werden wahrscheinlich nachweisen können, dass das Projekt gar nicht funktioniert. Dann hat sich eigentlich die Volksabstimmung schon erledigt, die sozusagen am Ende dieses Prozesses stehen soll [Anmerkung: Der Stresstest ist geplant für Juli 2011, die Volksabstimmung für Oktober 2011].*

Zwischenfrage 3: Angenommen das Projekt Stuttgart 21 wird wirklich nicht realisiert, wie geht es dann weiter mit Ihrer Bürgerinitiative?

*Sie sind jetzt eigentlich schon bei der fünften Frage, oder? Nein, nein. Also in diesem Protest, zumindest in den letzten zwei bis drei Jahren ist etwas unheimlich tolles gewachsen. Also einmal haben die Menschen großes Selbstbewusstsein, sie wollen mehr direkte Demokratie, sie wollen also mehr mitreden. Und das was da passiert ist, die Stadt hat sich ja auch verändert über die letzten drei Jahren dieses Prozess, das wird Ihnen jeder Stuttgarter bestätigen und das wollen wir jetzt eigentlich mit hinüber nehmen. Wir sind jetzt dabei ein Projekt zu starten, das nennt sich „Wir reden mit“, mit kontinuierlich sich wiederholenden Volksversammlungen auf dem Marktplatz, wo wir dann über wichtige regional kommunal politische Dinge reden. Da müssen unter Umständen Politiker Rede und Antwort stehen, da können Vertreter von Bürgerinitiativen ihr Wissen ausbreiten und gegebenenfalls kann es Abstimmungen geben, die diese Veranstaltung dann moderiert. Das muss man erst einmal ausprobieren, das alles ist noch ein Experiment. Wir wollen so etwas wie ein neues Stuttgarter Demokratiemodell entwickeln.*

4. Bitte nennen Sie mir spontan drei Wörter / Begriffe, die Ihnen zum Stichwort „Stuttgart 21“ einfallen.

*Ich sage Ihnen, wir haben ganz am Anfang, vor fünfzehneinhalb Jahren, als wir angefangen haben, ein Logo entwickelt und dazu den Begriff „Stuttgart 21 – Das Milliardenloch“. Und das stimmt ja bis heute noch. Zum zweiten ist es wirklich „Murks“. Also es gab ja diesen Bauzaun, da war mein Lieblingsplakat an diesem Bauzaun „Marx ist tot, Murks lebt!“. Und wenn man die Planung anguckt, dann stellt man fest, dass es genau so ist.*

5. Sie waren Mitglied in den Schlichtungsrunden zu Stuttgart 21. Wie waren Ihre Erfahrungen mit diesem „Demokratie-Experiment“, wie es genannt wurde? Gab es durch dieses Verfahren eine Beteiligung der Betroffenen?

*Also wir haben an dieser Schlichtung teilgenommen, weil wir ja immer Probleme hatten mit den Medien. Die überregionalen Medien haben gesagt: „Das ist ein kommunales Problem, wir sind überregional“. Wir hatten Probleme mit den kommunalen Medien, weil die alle auf Seitens Stuttgart 21 standen. Kurz und gut, wir hatten es ein bisschen schwer. Wir hatten mit dieser Schlichtung die Möglichkeit in jedes Wohnzimmer der Bundesrepublik unsere Argumente gegen Stuttgart 21 vorzutragen und das haben wir genutzt. Es kann also durchaus tauglich sein so etwas. Ob das Schlichtung heißen muss, das halte ich für verkehrt, aber es kann tauglich sein. Es muss aber am Anfang eines Prozesses stehen und nicht am Ende wie bei Stuttgart 21. Allerdings kann es dann nicht so sein, dass ein irgendein einzelner Mensch einen Spruch daher sagt, sondern es muss, ich kann Ihnen zwar auch nicht sagen wie ich mir das vorstelle, einen durchaus demokratischeren Charakter haben und nachvollziehbar sein, was am Ende dieses Prozesses dann auch rauskommt.*

Ich bedanke mich sehr bei Ihnen für Ihre Zeit und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute!

*Ja gerne und Sie sagen meiner Lieblingsstadt Wien einen schönen Gruß.*

## 17. Abstract

Aufgrund der aktuellen Ereignisse rund um Stuttgart 21 und dem Trend hin zur Forderung von direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung wurde diese Arbeit, ganz im Sinne der direkten Beteiligung, mit dem Interesse nach Aufklärung erarbeitet. Im Endeffekt soll vor dem Hintergrund der Öffentlichkeits- und Gegenöffentlichkeitstheorien die Art von politischer Partizipation in der Gesellschaft beleuchtet werden, welche in Form von Bürgerinitiativen erscheinen, am Beispiel von „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“. Gangolf Stocker, der Gründer der Bürgerinitiative „Leben in Stuttgart – Kein Stuttgart 21“, hat die Bürgerinitiative 1996 gegründet und kämpft seitdem gegen Stuttgart 21. Durch ein Experteninterview mit Stocker soll Fragestellungen wie in Bezug auf Organisation, Struktur und Kommunikationsstrategien beantwortet und ein praxisnaher Bezug hergestellt werden. Anhand einer Analyse von Zeitungsartikeln in der Zeit der Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21 von Ende Oktober bis Ende November 2010 werden Wertungen und Meinungen von Journalisten herausgefiltert, um schlussendlich ein Bild der Thematik rund um Bürgerbeteiligung in einer modernen Demokratie am Beispiel einer Bürgerinitiative zu zeigen.

Zentrale Theorien dieser Arbeit sind die der Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit. Aufbauend auf der Definition einer modernen Demokratie mit Partizipationsgedanken werden Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit in ihrem Ursprung, Bedeutung und Formen beleuchtet. Jeffrey Wimmer (2007) geht in seiner Arbeit ebenso auf die Verbindung zur Demokratie und den (Massen-) Medien ein. Politische Beteiligung und Transparenz lassen die Verantwortung der (Massen-) Medien mit Hinblick auf den anwaltschaftlichen Journalismus und den emanzipatorischen Ansatz von Enzensberger (1970) in den Fokus geraten.

Zusammenfassend kann aus den Ergebnissen festgehalten werden, dass Bürgerinitiativen ein großer Bestandteil ausmachen, wenn es um Bürgerbeteiligung geht. Durch sie kommen Bürger auf eine organisierte Art und Weise in den Widerstand und können ihre Argumente und Meinungen an die Öffentlichkeit bringen. Dies geschieht meist durch einen Sprecher. Durch die beiden empirischen Untersuchungen konnten Strukturen und Kommunikationsstrategien teilweise erarbeitet werden. Anhand des Fallbeispiels wurde ein praktischer Bezug hergestellt. Außerdem wurde deutlich, dass die (Massen-) Medien durch ihre Möglichkeit des

Feedbacks und Live-Übertragungen, wie bei den Schlichtungsgesprächen zu Stuttgart 21, einen erheblichen Teil dazu beitragen, dass Bürgerbeteiligung in unserer heutigen Zeit funktionieren kann.

## 18. Lebenslauf

### **Julia Musahl**

Geboren am 01. November 1986 in Friedrichshafen / Baden-Württemberg.

#### **Aus- und Weiterbildung**

01.10.2009 –	Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Magister Universität Wien
01.10. – 23.10.2009	Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Bachelor Universität Wien
01.09.1997 – 30.06.2005	Droste – Hülshoff Gymnasium Meersburg mit Abschluss Abitur
01.04.1995 – 30.06.1997	Grundschule Lichtenberg Uhldingen-Mühlhofen
01.09.1993 – 31.03.1995	Grundschule St. Michael Aachen

#### **Berufliche Tätigkeiten**

02.2011 –	Teamassistenz / Kundenberatung M'CAPS GmbH Advertising + Design Wien (Werbeagentur)
-----------	---

#### **Praktika**

05.06. – 30.10.2010	Praktikum bei ngn - new generation network GmbH, Bereich Marketing, Berlin
06.07. – 31.07.2009	Hospitanz beim Axel-Springer Verlag Hamburg, Hamburger Abendblatt – Sportredaktion
01.07. – 30.09.2008	Praktikum bei PACT Communication Group, PR- und Kommunikationsagentur, Bereich SALES, München